

- **Unternehmensstimmung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau**
- **Leichter Aufschwung erreicht fast alle Regionen.** Die Wirtschaft in den Bundesländern 2025
- **Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip**
- **Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierende Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •

Redaktion: Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2026

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2026 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



99. Jahrgang, Heft 6/2026

275-281 ■ **Unternehmensstimmung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau**

Sandra Bilek-Steindl

Nach dem Einbruch in Reaktion auf den Kriegsbeginn im Iran stabilisierten sich die Konjunkturindikatoren zuletzt auf niedrigem Niveau. In Österreich blieb die Stimmung der Unternehmen im Mai mehrheitlich skeptisch, wenngleich sich die Lageeinschätzungen etwas verbesserten. Die Wirtschaftsleistung expandierte im I. Quartal 2026 moderat, getragen durch positive Impulse aus der Industrie, während die meisten Dienstleistungsbranchen schwächelten.

Business Sentiment Stabilises at a Low Level

282 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

283-303 ■ **Leichter Aufschwung erreicht fast alle Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2025**

Anja Sebbesen, Julia Bachtrögler-Unger, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher

Nach zwei Rezessionsjahren in Folge wuchs die österreichische Wirtschaft 2025 wieder leicht. Während Bundesländer mit stärkerer Tourismus- und Dienstleistungsorientierung überdurchschnittlich expandierten, blieben etliche Industrieregionen im Rückstand. Laut WIFO-Schnellschätzung verzeichneten sieben von neun Bundesländern ein Wachstum der realen Bruttowertschöpfung; das Burgenland, Tirol, Vorarlberg, Salzburg und Wien lagen über dem österreichischen Durchschnitt, Kärnten und Niederösterreich erlitten als einzige Bundesländer Einbußen. Von der Sachgütererzeugung gingen erstmals wieder positive Wertschöpfungsimpulse aus, die Beschäftigung schrumpfte in diesem Sektor aber weiter. Wien verzeichnete mit +1,1% den höchsten Beschäftigungsanstieg in der Gesamtwirtschaft, während in der Steiermark, in Kärnten und in Oberösterreich die aktiv unselbständige Beschäftigung rückläufig war. Die Zahl der Arbeitslosen nahm 2025 in allen Bundesländern zu.

Slight Upturn Reaches Almost All Federal States. Economic Development in the Austrian Federal States in 2025

305-314 ■ **Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip**

Hans Pitlik

Mit der Agrarproduktion sind oft erhebliche Umweltbelastungen verbunden. Während ordnungsrechtliche Vorgaben und Subventionen die Gemeinsame Agrarpolitik dominieren, werden Umweltabgaben und Emissionshandelssysteme – trotz ihrer Effizienzvorteile zur Internalisierung externer Kosten – bislang kaum genutzt. Der Beitrag diskutiert die spezifischen Eigenschaften agrarischer Umweltprobleme, vergleicht marktbasierende und regulatorische Instrumente und untersucht die institutionellen und politischen Ursachen der geringen politischen Durchsetzbarkeit von Umweltabgaben und Emissionshandel im Agrarsektor. Abschließend werden Bedingungen erörtert, unter denen eine stärkere Orientierung des Instrumenteneinsatzes am Verursacherprinzip politisch realisierbar werden könnte.

European Union Agri-Environmental Policy and the Polluter Pays-Principle

315-324 ■ **Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierende Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik**

Elisabeth Christen, Franz Sinabell

Der Agrarsektor verursacht global wirksame Umweltschäden, deren Ausmaß seine ökonomische Wertschöpfung in vielen Regionen übersteigt. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU, die auf Ordnungsrecht und Subventionen setzt, verfehlt viele Umweltziele. Der vorliegende Beitrag legt dar, wie marktbasierende Instrumente nach dem Verursacherprinzip – Agrarumweltabgaben und handelbare Zertifikate – externe Kosten der Landwirtschaft internalisieren könnten. Da unilaterale Maßnahmen der EU ohne handelspolitische Flankierung Produktions- und Emissionsverlagerungen in Drittländer (Leakage) zur Folge hätten, werden drei Optionen für einen Grenzausgleich im Agrarsektor untersucht: eine Erweiterung des bestehenden CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) auf Agrargüter, ein Leakage Border Adjustment Mechanism (LBAM) sowie eine verbrauchsabhängige Abgabe auf emissionsintensive Güter. Durch die Kombination marktbasierter Instrumente mit einer geeigneten handelspolitischen Absicherung ließen sich Innovationsanreize erhöhen, der bürokratische Aufwand reduzieren und Umweltziele in vorhersehbarer Weise erreichen, ohne das internationale Handelssystem zu destabilisieren.

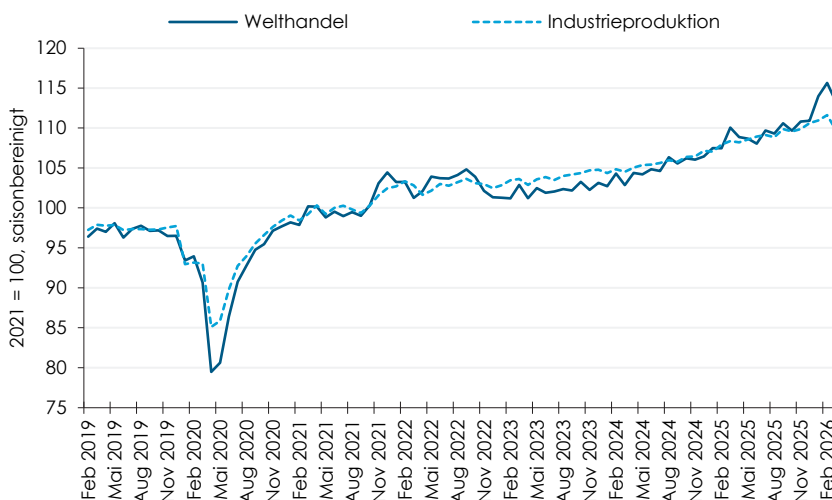
External Costs of Agriculture: Market-based Instruments and Trade Policy Measures to Support a Reform of the Common Agricultural Policy

Unternehmensstimmung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau

Sandra Bilek-Steindl

- Mit Beginn des Iran-Krieges gingen der Welthandel und besonders der Handel in den betroffenen Regionen zurück.
- Mit der Verteuerung fossiler Energieträger zogen auch die Verbraucherpreise weiter an.
- Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) für den Euro-Raum stagnierte im Mai nach dem deutlichen Rückgang im April.
- Für Österreich zeigen die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai eine leichte Verbesserung der Lageeinschätzungen; die Konjunkturerwartungen blieben hingegen gedämpft.
- Die Inflationsrate lag im Mai bei 3,7% (VPI, laut Schnellschätzung). Die Energiepreise stiegen um 9,8%.

Auswirkungen des Iran-Krieges im internationalen Handel sichtbar



"Infolge des Iran-Krieges und der Blockade der Straße von Hormus ging der internationale Handel im März zurück, vor allem in den unmittelbar betroffenen Regionen."

Der positive Trend im Welthandel und der globalen Industrieproduktion setzte sich im März nicht fort, da mit der Straße von Hormus ein wichtiger Seeweg blockiert wurde. Der Welthandel sank gegenüber Februar um 2,1%, die Industrieproduktion um 1,7% (Q: CPB Netherlands).

Unternehmensstimmung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau

Sandra Bilek-Steindl

Unternehmensstimmung stabilisiert sich auf niedrigem Niveau

Nach dem Einbruch in Reaktion auf den Kriegsbeginn im Iran stabilisierten sich die Konjunkturindikatoren zuletzt auf niedrigem Niveau. In Österreich blieb die Stimmung der Unternehmen im Mai mehrheitlich skeptisch, wenngleich sich die Lageeinschätzungen etwas verbesserten. Die Wirtschaftsleistung expandierte im I. Quartal 2026 moderat, getragen durch positive Impulse aus der Industrie, während die meisten Dienstleistungsbranchen schwächelten.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der Konjunkturbericht entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 9. 6. 2026

Kontakt: Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at)

Business Sentiment Stabilises at a Low Level

Following the slump in response to the outbreak of war in Iran, business indicators have recently stabilised at a low level. In Austria, business sentiment remained largely sceptical in May, although assessments of the current situation improved slightly. Economic output expanded moderately in the first quarter of 2026, driven by positive momentum from industry, whilst most service sectors were weak.

Der Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus ist nach wie vor praktisch eingestellt. Im März gingen der Welthandel und die weltweite Industrieproduktion zurück (laut Central Planbureau – CPB). In den vom Iran-Krieg betroffenen Regionen brachen die Exporte und Importe ein. In den meisten Industrieländern legte der Außenhandel hingegen weiter zu.

Rohöl der Sorte Brent kostete im Mai durchschnittlich rund 100 \$ je Barrel. Infolge der hohen Energiepreise zogen auch die Verbraucherpreise weltweit an.

In den USA belastet die gestiegene Inflation das Verbrauchervertrauen. Das BIP und die Industriekonjunktur blieben dagegen robust. Der S&P Manufacturing PMI erhöhte sich im Mai auf 55,1 Punkte.

Im Euro-Raum stabilisierte sich der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) im Mai, nachdem er zuvor eingebrochen war. In Deutschland hellte sich die Stimmung der Unternehmen wieder etwas auf (gemäß ifo-Geschäftsklimaindex).

In Österreich verbesserten sich die Lageeinschätzungen laut WIFO-Konjunkturtest auf niedrigem Niveau; die Erwartungen für die kommenden Monate blieben gedämpft.

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex stieg im Mai leicht auf 51,7 Punkte und signalisiert damit weiterhin ein geringfügiges Wachstum.

Die Ergebnisse der Anfang Juni veröffentlichten vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung weisen auf eine stabile, wenngleich schwache Konjunktur hin. Österreichs BIP expandierte im I. Quartal 2026 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal (saison- und kalenderbereinigt). Während die Industrie positive Impulse lieferte, ging die Produktion konsumnaher Dienstleistungen zurück.

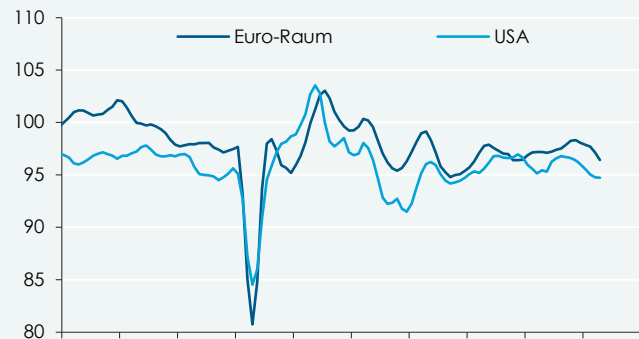
Die Inflationsrate betrug im Mai 3,7% (VPI, gemäß Schnellschätzung). Energie verteuerte sich um 9,8%. Dienstleistungen waren aufgrund ihres hohen Gewichts im Warenkorb und der überdurchschnittlichen Teuerung (+4,4%) erneut der wesentlichste Preistreiber.

Die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich Personen in Schulung) lag Ende Mai mit 378.300 Personen um 0,8% (+2.900) über dem Vorjahreswert. Während die Arbeitslosigkeit unter Männern leicht zurückging, stieg sie unter Frauen an. Die Arbeitslosenquote betrug nach nationaler Definition voraussichtlich 7,1% (saisonbereinigt: 7,6%, unverändert gegenüber April).

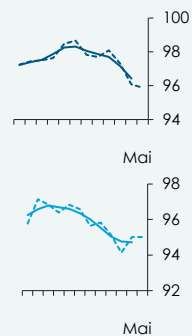
Abbildung 1: Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 2021 = 100, gleitende Dreimonatsdurchschnitte

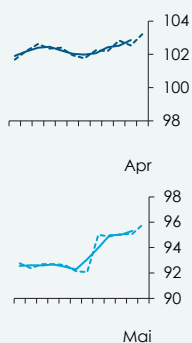
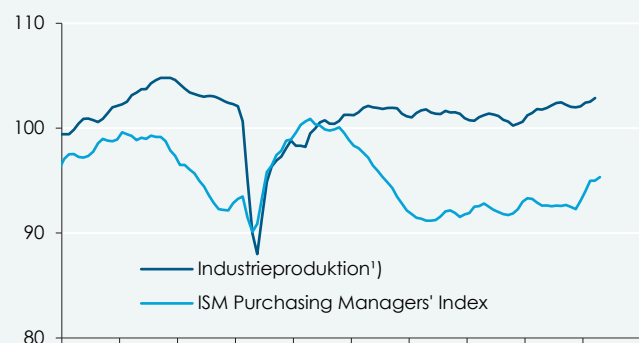
Einkaufsmanagerindex, Gesamtwirtschaft



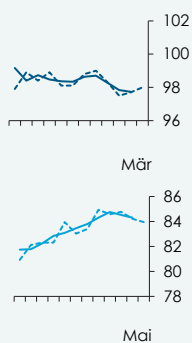
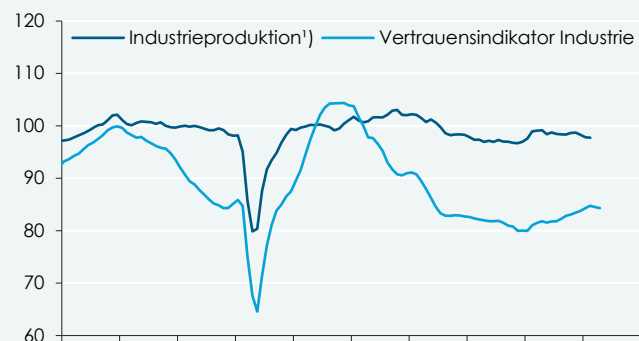
Entwicklung in den letzten 12 Monaten



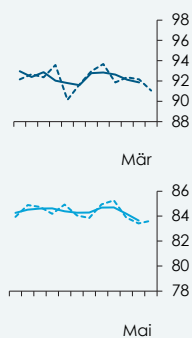
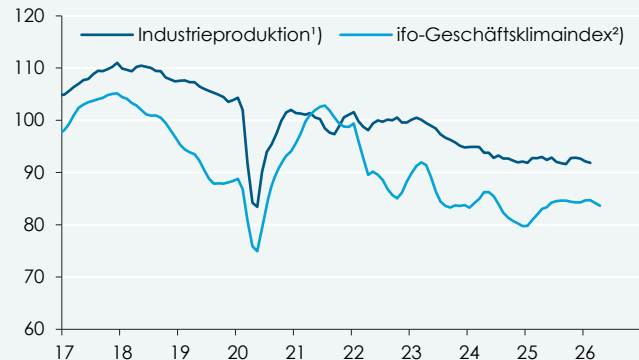
USA



Euro-Raum



Deutschland



Q: Europäische Kommission, Deutsche Bundesbank, ISM (Institute for Supply ManagementTM), ifo (Institut für Wirtschaftsforschung), OECD, S&P Global. – ¹⁾ NACE 2008, Abschnitte B, C und D. – ²⁾ Verarbeitendes Gewerbe.

1. Welthandel geht merklich zurück

In den vom Iran-Krieg beeinträchtigten Regionen brach der internationale Handel im März ein.

Der Schiffsverkehr durch die Straße von Hormus ist nach wie vor weitgehend eingestellt. Die Blockade des wichtigen Seeweges bremst die bis vor Kriegsausbruch robuste Weltwirtschaft. Laut CPB schrumpfte der Welthandel im März um 2,1% gegenüber dem Vormonat. In Afrika und dem Mittleren Osten¹⁾ brach der internationale Handel ein (Exporte -32,3%, Importe -11,2%). In den meisten Industrieländern legte er hingegen weiter zu.

Spiegelbildlich zum Welthandel erlitt auch die weltweite Industrieproduktion im März einen Rückschlag. Die Beeinträchtigung des internationalen Warenverkehrs erhöhte den Druck auf globale Lieferketten. Der Global Supply Chain Pressure Index (GSCPI) der Federal Reserve Bank of New York stieg im April merklich an und erreichte den höchsten Wert seit Juli 2022. Im Mai stagnierte er.

Seit dem Beginn der Seeblockade im Persischen Golf haben sich fossile Energieträger deutlich verteuert. Der Preis für Rohöl der Sorte Brent schnellte mit Kriegsbeginn in die Höhe. Im Mai wurde ein Durchschnittswert von 104 \$ je Barrel verzeichnet. Der Erdgaspreis auf dem europäischen Markt (Dutch TTF) hat seit Kriegsbeginn ebenfalls kräftig angezogen und lag im Mai mit rund 47 € je MWh um 37% über dem Vorjahreswert.

1.1 Energiepreisanstieg belastet Verbrauchervertrauen in den USA

In den USA verläuft die Konjunktur bisher robust. Im I. Quartal wuchs das BIP um 0,4% gegenüber dem Vorquartal. Der Anstieg der Treibstoffpreise infolge des Iran-Krieges dämpft jedoch zunehmend das Verbrauchervertrauen: Der Index der University of Michigan sank im Mai den dritten Monat in Folge und unterschritt knapp den bisherigen Tiefstand vom Juni 2022. Zugleich erreichten die Inflationserwartungen für die nächsten fünf Jahre den höchsten Stand seit sechs Monaten. Auch das vom Conference Board ermittelte Verbrauchervertrauen ging im Mai zurück.

Die Einzelhandelsumsätze in den USA wurden im April gegenüber dem Vormonat um 0,5% ausgeweitet. Damit war der Anstieg weniger dynamisch als zuvor. Rückgänge im Bereich Möbel und Bekleidung könnten darauf hindeuten, dass die hohen Treibstoffpreise die Kaufkraft trüben.

Die Verbraucherpreisinflation erreichte im April 3,8% (März: 3,3%), den höchsten Wert seit Mai 2023. Energie war um 17,9% teurer als im April 2025, Dienstleistungen um 3,3%

¹⁾ Gemäß CPB umfasst die Gruppe "Africa and Middle East" Algerien, Iran, Irak, Israel, Kenia, Kuwait, Marokko, Oman, Katar, Saudi-Arabien, Südafrika, Tansania, die Vereinigten Arabischen Emirate und Sambia.

und Nahrungsmittel um 3,2%. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und Nahrungsmittel) erhöhte sich nur leicht auf 2,8%.

Die Industrieproduktion der USA verlief robust und lag im April um 1,4% über dem Vorjahresniveau. Der S&P Manufacturing PMI stieg im Mai kräftig und notierte mit 55,1 Punkten über der Expansionsschwelle. Für die Gesamtwirtschaft lag der PMI im Mai ebenfalls über 50 Punkten.

Die Beschäftigung wurde im Mai erneut ausgeweitet (saisonbereinigt). Die Arbeitslosenquote stagnierte mit 4,3% auf dem Niveau des Vormonats.

1.2 Euro-Raum: Vorlaufindikatoren schwach

Nach dem Einbruch im April blieb der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) für den Euro-Raum im Mai nahezu unverändert (+0,3 Punkte). Während sich die Stimmung in der Industrie, im Einzelhandel und im Baugewerbe erneut verschlechterte, erholte sie sich im Dienstleistungssektor. Auch das Verbrauchervertrauen nahm zu. Der ESI blieb mit 93,5 Punkten deutlich unter seinem langjährigen Mittelwert von 100 Punkten.

Eurostat revidierte Anfang Juni die BIP-Veränderungsrate des Euro-Raumes für das I. Quartal von vormals +0,1% auf -0,2% nach unten (saisonbereinigt, gegenüber dem Vorquartal). Mitverantwortlich war der markante Rückgang des BIP in Irland²⁾. Ohne Irland wuchs die Wirtschaft um ¼%.

Für das II. Quartal deutet sich eine schwache Dynamik an. Die Einkaufsmanagerindizes (PMI) für den Euro-Raum gaben im Mai erneut nach. Der Gesamtindex erreichte mit 48,5 Punkten den niedrigsten Stand seit 18 Monaten. Der Teilindex der Industrie notierte mit 51,6 Punkten zwar höher, ging aber ebenfalls zurück.

In der EU war der Außenhandel im I. Quartal rückläufig. Im Vergleich zum Vorjahr schrumpften sowohl die Einfuhren als auch die Ausfuhren (-3,0% bzw. -8,9%, nominell). Die Exporte in die USA lagen um 31,1% unter dem Niveau des I. Quartals 2025, in dem die Importzollerhöhungen eingesetzt hatten.

Der Arbeitsmarkt im Euro-Raum erweist sich dagegen weiter als robust. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verharrte im April bei 6,3%. Die Jugendarbeitslosenquote (15- bis 24-Jährige) sank leicht auf 14,7%.

Die Inflationsrate stieg im Mai geringfügig auf 3,2% (HVPI, gemäß Schnellschätzung).

²⁾ Dort büßten die von multinationalen Unternehmen dominierten Sektoren im I. Quartal an Wertschöpfung ein, während der andere Teil der Wirtschaft leicht expandierte.

Während das BIP und die Industrieproduktion der USA robust expandieren, belastet die gestiegene Inflation das Verbrauchervertrauen.

Mit den steigenden Energiepreisen erhöhten sich die Verbraucherpreise im Euro-Raum nochmals leicht. Vorlaufindikatoren zeigen wenig Dynamik.

Im April hatte sie sich infolge des Iran-Krieges auf 3,0% erhöht. Energie verteuerte sich im April um 10,8%, Kraftstoffe für den Personenverkehr um 22,0%. Der deutliche Preisanstieg erstreckte sich breit über alle Euro-Länder.

In Deutschland blieb der PMI der Gesamtwirtschaft im Mai nahezu unverändert unter der 50-Punkte-Marke (48,8 Punkte). Gemäß ifo-Geschäftsklimaindex erholte sich die Stimmung der Unternehmen zuletzt leicht, nachdem sie im März und April eingebrochen war. Die Unternehmen schätzten vor allem die derzeitige Lage wieder günstiger

ein, aber auch die Geschäftserwartungen verbesserten sich auf niedrigem Niveau.

Das deutsche BIP war im I. Quartal 2026 um 0,3% höher als im Vorquartal. Vor allem die Exporte zogen merklich an, wozu laut Statistischem Bundesamt auch Ausfuhren von chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen sowie Metallen beitrugen. Die Bruttoanlageinvestitionen schrumpften hingegen und die Nachfrage der privaten Haushalte stagnierte. Entstehungsseitig gingen vom verarbeitenden Gewerbe positive Impulse aus.

2. Österreich: Verbesserung der Lageeinschätzungen auf niedrigem Niveau, Erwartungen weiterhin gedämpft

Gemäß WIFO-Konjunkturtest verbesserten sich die aktuellen Lagebeurteilungen in der österreichischen Gesamtwirtschaft im Mai auf niedrigem Niveau. Die Konjunkturerwartungen blieben hingegen nahezu unverändert skeptisch. Der Iran-Krieg und die Energiepreisentwicklung trübten weiterhin den Ausblick.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen fielen die Konjunktüreinschätzungen zumeist besser aus als im April, nur im Einzelhandel verschlechterte sich die Stimmung abermals. In der Sachgütererzeugung und den Dienstleistungen blieb der Index der aktuellen Lagebeurteilungen trotz Anstiegs negativ, in der Bauwirtschaft überschritt er wieder die Nulllinie. Die Erwartungen für die kommenden Monate blieben zumeist unverändert. Der positive Trend in der Bauwirtschaft könnte darauf hindeuten, dass die Baukonjunktur langsam an Schwung gewinnt.

Der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerindex stieg im Mai leicht auf 51,7 Punkte. Er signalisierte jedoch auch einen Anstieg der Einkaufspreise aufgrund der Verteuerung von Energie und Kraftstoffen.

Das heimische Verbrauchervertrauen (laut Europäischer Kommission) erholte sich nach den Rückgängen im März und April wieder, blieb aber weit unter dem langjährigen Durchschnitt. Während sich einzelne Indikatoren, wie jener zur allgemeinen Wirtschaftslage und zur erwarteten finanziellen Situation der privaten Haushalte in den nächsten 12 Monaten, auf breiter Basis verbesserten, erwarteten die befragten Konsument:innen eine Zunahme der Arbeitslosigkeit.

2.1 Wirtschaftsleistung stieg im I. Quartal moderat

Gemäß der aktuellen vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wuchs Österreichs BIP im I. Quartal 2026 um

0,2% gegenüber dem Vorquartal (IV. Quartal 2025 +0,2%; saison- und kalenderbereinigt). Nach der Rezession 2023/24 wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion somit das sechste Quartal in Folge ausgeweitet. Im Vergleich zum Vorjahr war das BIP im I. Quartal um 0,9% höher (unbereinigt).

Die Sachgütererzeugung expandierte zu Jahresbeginn kräftig und verzeichnete das fünfte Mal in Folge einen Wertschöpfungszuwachs gegenüber dem Vorquartal. In der Bauwirtschaft schrumpfte die Wertschöpfung hingegen erneut. Seit dem IV. Quartal 2020 gelang dieser Branche nur einmal ein Wachstum. Die Dienstleistungsbereiche entwickelten sich zuletzt heterogen. Während konsumnahe Dienstleistungen wie Handel, Verkehr, Beherbergung und Gastronomie ebenso wie die sonstigen Dienstleistungen an Wertschöpfung einbüßten, expandierten die übrigen Marktdienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte J bis N).

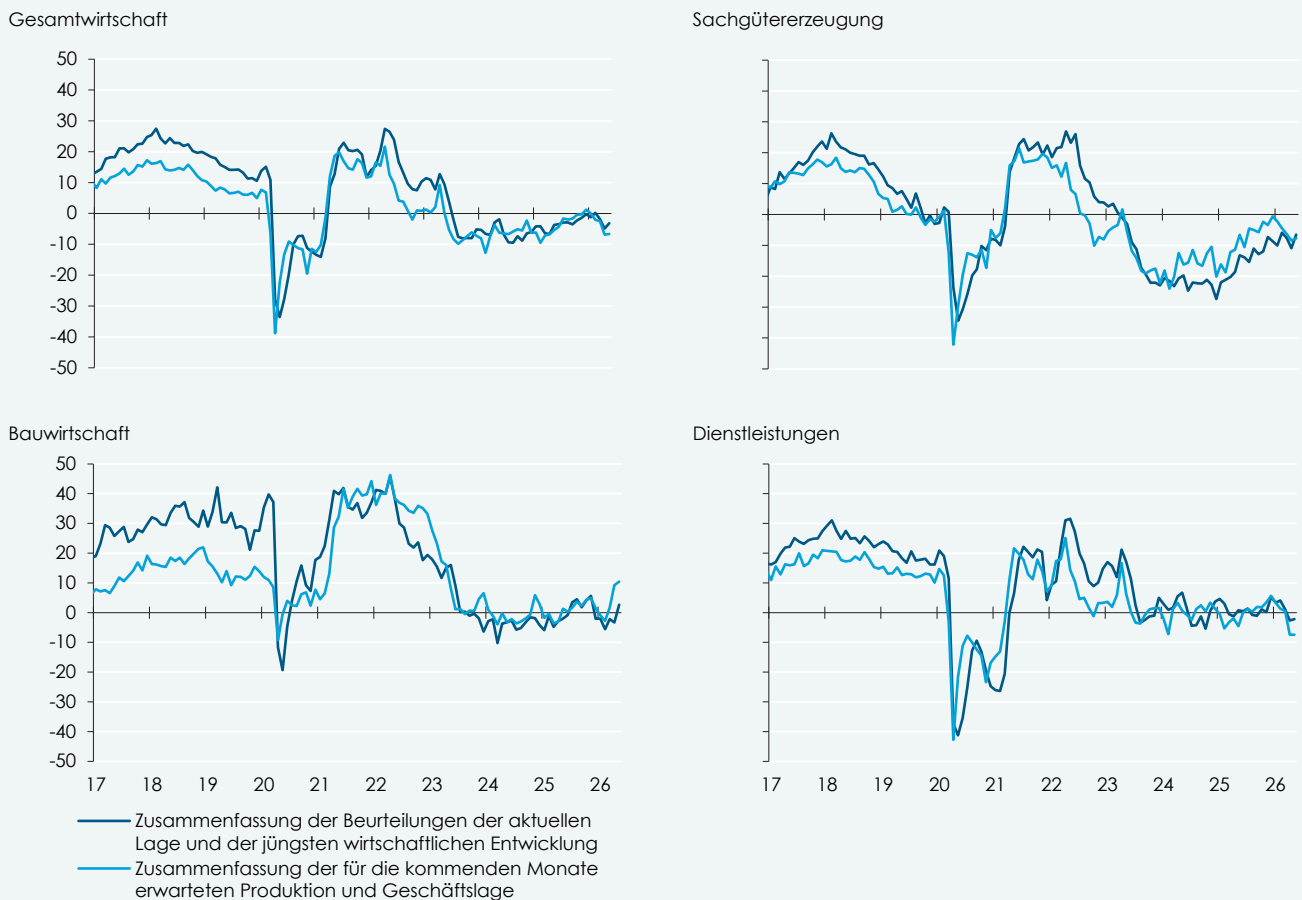
Spiegelbildlich blieb die private Konsumnachfrage im I. Quartal verhalten, lag jedoch leicht über dem Niveau des Vorquartals. Insgesamt verliefen die Nettoumsätze im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) zuletzt moderat. Im Durchschnitt Jänner bis April nahmen die nominellen Umsätze kalenderbereinigt um 1,8% zu. Preisbereinigt lagen sie auf dem Niveau des Vorjahres. Vor allem der Einzelhandel mit Nichtnahrungsmitteln schwächelte zuletzt.

Der Außenhandel verlief im I. Quartal ebenfalls enttäuschend. Sowohl die Warenexporte als auch die Warenimporte waren laut vierteljährlicher Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung rückläufig (real, gegenüber dem Vorquartal). Laut Außenhandelsstatistik zeigte sich im Vorjahresvergleich ein positiveres Bild: kumuliert von Jänner bis März 2026 stiegen die Exporte nominell um 3,4%. Die Importe erhöhten sich um 3,0%.

Die Stimmung der österreichischen Unternehmen blieb im Mai mehrheitlich skeptisch, wenngleich sich die Einschätzungen zur aktuellen Lage verbesserten.

Die Industrie lieferte zu Jahresbeginn positive Impulse, während die Produktion konsumnaher Dienstleistungen zurückging.

Abbildung 2: Lagebeurteilung und Erwartungen der Unternehmen



Q: WIFO-Konjunkturtest. Angaben in Indexpunkten (Prozentpunkten) zwischen +100 und -100. Werte über Null zeigen insgesamt optimistische, Werte unter Null pessimistische Einschätzungen an. Saisonbereinigt.

Die Beschäftigung blieb im Mai weitgehend unverändert, die Arbeitslosigkeit stieg leicht an.

Die Preise für Energie und Dienstleistungen stiegen zuletzt erneut kräftig.

2.2 Wenig Dynamik auf dem Arbeitsmarkt, Inflation weiter hoch

Nach vorläufiger Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMASGPK) blieb die unselbständige Beschäftigung im Mai weitgehend unverändert und entsprach in etwa dem Vorjahresniveau. Saisonbereinigt zeigte sich ebenfalls wenig Dynamik im Vergleich zu April.

Die Zahl der Arbeitslosen (einschließlich Personen in Schulung) lag Ende Mai mit 378.300 Personen um 0,8% (+2.900) über dem Vorjahreswert. Während die Arbeitslosigkeit unter Männern leicht zurückging, stieg sie unter Frauen an. Der Anstieg ist einerseits eine Folge der schrittweisen Anhebung des Rgelpensionsalters der Frauen, andererseits konzentrierte sich der Arbeitslosigkeitsszuwachs auf frauendominierte Branchen wie den Handel und das Gesundheitswesen³⁾.

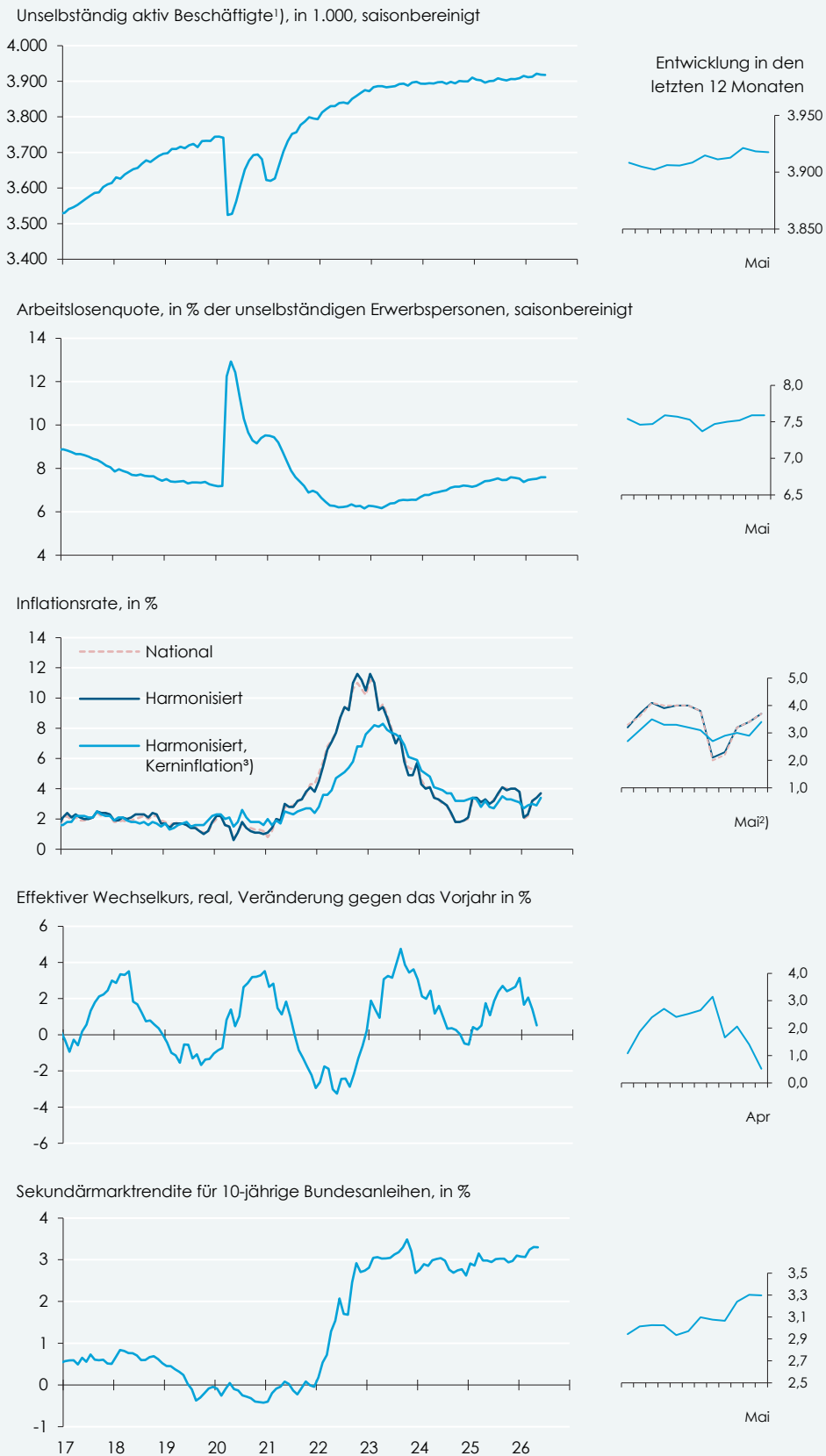
Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition betrug im Mai voraussichtlich 7,1% (saisonbereinigt: 7,6%, unverändert gegenüber April).

Gemäß der Schnellschätzung von Statistik Austria betrug die Inflationsrate (VPI) im Mai 3,7% (April: 3,4%). Dienstleistungen blieben angesichts ihres hohen Gewichts im VPI-Warenkorb und der überdurchschnittlichen Teuerung der wesentlichste Preistreiber; sie verteuerten sich im Durchschnitt um 4,4%. Lebensmittel, Alkohol und Tabak waren um 2,4% teurer als im Vorjahresmonat, Industriegüter ohne Energie um 1,4%. Die Preissteigerung von Energie schwächte sich im Jahresabstand leicht ab (+9,8%). Im April hatte sich Energie um 10,7% verteuert (Treibstoffe +28,0%, Heizöl +62,6%).

³⁾ Bock-Schappelwein, J., & Eppel, R. (2026). Konjunkturflaute und Unsicherheit prägen weiter den österreichischen Arbeitsmarkt. *WIFO-Monatsberichte*, 99(5),

243-255. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/70484980>.

Abbildung 3: **Wirtschaftspolitische Eckdaten**



Q: Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, und ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Schnellschätzung von Statistik Austria. – ³⁾ Gesamtindex ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauning@wifo.ac.at, victoria.ploechl@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleichen gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, liegen um Saison- und Kalendereffekte (bewegliche Feiertage oder eine unterschiedliche Zahl an Arbeitstagen in der Periode) bereinigte Daten zugrunde.

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und kalenderbereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Bereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang gibt an, wie stark das BIP im Folgejahr t_1 (auf Basis saison- und kalenderbereinigter Werte) wachsen bzw. schrumpfen würde, wenn die Wirtschaftsleistung das gesamte Jahr hindurch auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres t_0 verharrt. Er beschreibt damit den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf des Vorjahres auf die Veränderungsrate des Folgejahres.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2020/2025 als 1. Veränderungsrate jene von 2020 auf 2021, als letzte jene von 2024 auf 2025 (geometrisches Mittel).

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung des Verbraucherpreisindex (VPI) gegenüber dem Vorjahr. Der VPI ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb des Euro-Raumes (siehe auch <https://www.statistik.at/statistiken/volkswirtschaft-und-oeffentliche-finanzen/preise-und-preisindizes/verbraucherpreisindex-vpi/hvpi>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist international nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Positionen Lebensmittel, Alkohol und Tabak und Energie zu verwenden. So werden rund 80% der im österreichischen VPI-Warenkorb (VPI 2025) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 2.000 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Er ist Teil des gemeinsamen harmonisierten Programms der EU für Konjunkturmfragen bei Unternehmen und Verbrauchern (BCS) und wird von der Europäischen Kommission finanziell unterstützt.

Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind entweder Anteile oder Salden zwischen dem Anteil positiver und negativer Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot (Summe aus Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen befinden sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen. Für die Berechnung der gängigen Arbeitslosenquote wird ihre Zahl nicht berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Armutsgefährdungsquote und S80/S20-Verhältnis

Als armutsgefährdet gelten gemäß EU-Definition Personen, deren bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen (Äquivalenzeinkommen) unter 60% des nationalen Medianeinkommens liegt. Die Quote bezeichnet den Anteil dieser Personen an der Bevölkerung in privaten Haushalten.

Der S80/S20-Indikator, ein Maß der Einkommensungleichheit, beschreibt das Verhältnis der gesamten Äquivalenzeinkommen im obersten Einkommensquintil der privaten Haushalte zu jenem im untersten Einkommensquintil. Die Zeitangabe bezieht sich auf das Einkommensreferenzjahr der Datenbasis (Eurostat, EU-SILC 2024) bzw. der Simulation (EUROMOD J2.0+). Für alle Schlussfolgerungen sind ausschließlich die Autor:innen verantwortlich.

Leichter Aufschwung erreicht fast alle Regionen

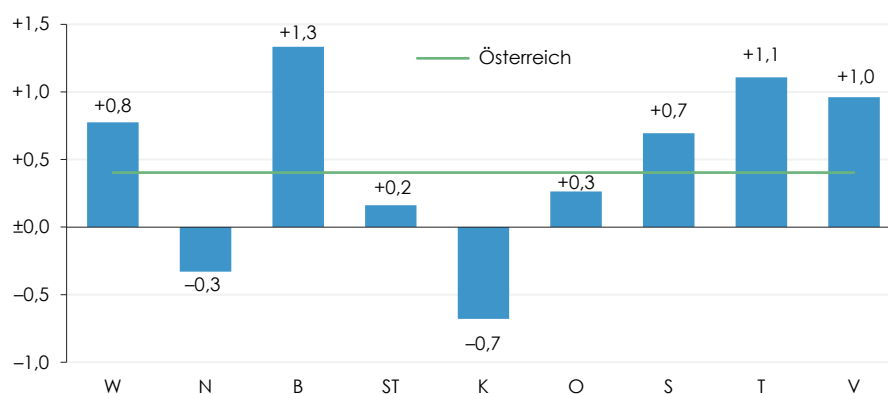
Die Wirtschaft in den Bundesländern 2025

Anja Sebbesen, Julia Bachtrögler-Unger, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher

- Nach zwei Rezessionsjahren in Folge kehrte die österreichische Wirtschaft 2025 auf einen leichten Wachstumspfad zurück, wovon Bundesländer mit stärkerer Tourismus- und Dienstleistungsorientierung überdurchschnittlich profitierten, während viele Industrieregionen im Rückstand blieben.
- Laut WIFO-Schnellschätzung konnten sieben von neun Bundesländern ihre Bruttowertschöpfung real steigern, nur in Kärnten und Niederösterreich schrumpfte sie abermals.
- Von der Sachgütererzeugung gingen 2025 im Großteil der Bundesländer erstmals wieder positive Impulse aus, die Beschäftigung schrumpfte in diesem Sektor aber weiter, insbesondere in jenen Branchen, die produktionsseitig zu den Gewinnern zählten.
- Auch auf dem Arbeitsmarkt spiegelte sich die regionale Wirtschaftsstruktur deutlich wider, da tourismus- und dienstleistungsstarke Bundesländer tendenziell Beschäftigungszuwächse verzeichneten, während in der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich der industriebedingte Beschäftigungsrückgang anhält.

Schnellschätzung der Bruttowertschöpfung 2025

Ohne Land- und Forstwirtschaft, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen), Veränderung gegen das Vorjahr in %



"Nach zwei Rezessionsjahren wuchs die österreichische Wirtschaft 2025 wieder leicht. Tourismusintensive Bundesländer profitierten überdurchschnittlich, während einige klassische Industrieregionen zurückblieben – die österreichweite Industrieholung war zu verhalten, um regionale Rückstände in den Wachstumsraten zu schließen."

Sieben von neun Bundesländern verzeichneten 2025 in realer Rechnung ein Wachstum der Bruttowertschöpfung. Das Burgenland und die tourismusintensiven Bundesländer entwickelten sich überdurchschnittlich, während Kärnten und Niederösterreich an Wertschöpfung einbüßten (Q: WIFO, ESG 2010, vorläufige Schätzung).

Leichter Aufschwung erreicht fast alle Regionen

Die Wirtschaft in den Bundesländern 2025

Anja Sebbesen, Julia Bachtrögler-Unger, Anna Burton, Sabine Ehn-Fragner, Peter Huber, Michael Klien, Philipp Piribauer, Gerhard Streicher

Leichter Aufschwung erreicht fast alle Regionen. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2025

Nach zwei Rezessionsjahren in Folge wuchs die österreichische Wirtschaft 2025 wieder leicht. Während Bundesländer mit stärkerer Tourismus- und Dienstleistungsorientierung überdurchschnittlich expandierten, blieben etliche Industrieregionen im Rückstand. Laut WIFO-Schnellschätzung verzeichneten sieben von neun Bundesländern ein Wachstum der realen Bruttowertschöpfung; das Burgenland, Tirol, Vorarlberg, Salzburg und Wien lagen über dem österreichischen Durchschnitt, Kärnten und Niederösterreich erlitten als einzige Bundesländer Einbußen. Von der Sachgütererzeugung gingen erstmals wieder positive Wertschöpfungsimpulse aus, die Beschäftigung schrumpfte in diesem Sektor aber weiter. Wien verzeichnete mit +1,1% den höchsten Beschäftigungsanstieg in der Gesamtwirtschaft, während in der Steiermark, in Kärnten und in Oberösterreich die aktiv unselbständige Beschäftigung rückläufig war. Die Zahl der Arbeitslosen nahm 2025 in allen Bundesländern zu.

JEL-Codes: R10, R11, O18 • **Keywords:** Konjunktur, Sektorale Entwicklung, Regionalentwicklung, Österreich, Bundesländer

Begutachtung: Marcus Scheiblecker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Fabian Gabelberger (fabian.gabelberger@wifo.ac.at), Sena Ökmen (sena.oekmen@wifo.ac.at), Maria Riegler (maria.riegler@wifo.ac.at), Birgit Schuster (birgit.schuster@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 10. 6. 2026

Kontakt: Anja Sebbesen (anja.sebbesen@wifo.ac.at), Julia Bachtrögler-Unger (julia.bachtroegler@wifo.ac.at), Anna Burton (anna.burton@wifo.ac.at), Sabine Ehn-Fragner (sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at), Peter Huber (peter.huber@wifo.ac.at), Michael Klien (michael.klien@wifo.ac.at), Philipp Piribauer (philipp.piribauer@wifo.ac.at), Gerhard Streicher (gerhard.streicher@wifo.ac.at)

Slight Upturn Reaches Almost All Federal States. Economic Development in the Austrian Federal States in 2025

After two consecutive years of recession, Austria's economy grew modestly in 2025. Federal states with a stronger focus on tourism and services performed above average, while many industrial regions lagged behind in the recovery. According to WIFO's Flash Estimate, seven of nine federal states recorded growth in real gross value added; Burgenland as well as Tyrol, Vorarlberg, Salzburg and Vienna exceeded the Austrian average, while Carinthia and Lower Austria remained the only states in negative territory. Manufacturing generated positive impulses, though employment in this sector continued to decline. Vienna recorded the strongest growth in active dependent employment in the economy as a whole (+1.1 percent), while Styria, Carinthia and Upper Austria again saw employment fall. Unemployment rose across Austria.

1. Von der Rezession zur regional differenzierten Erholung

Nach zwei Rezessionsjahren in Folge expandierte die österreichische Wirtschaft 2025 wieder leicht um 0,6% (real). Trotz der vom Kabinett Trump II forcierten Importzollerhöhungen und der weiterhin schwachen Konjunktur beim wichtigsten Handelspartner Deutschland stützte die exportorientierte Herstellung von Waren erstmals seit 2022 wieder die Gesamtwirtschaft. Die Bauwirtschaft büßte dagegen das siebte Jahr in Folge an Wertschöpfung ein (Baumgartner et al., 2026), wenngleich sich im Jahresverlauf eine Stabilisierung im Bausektor abzeichnete. Im Dienstleistungsbereich legten allen voran die öffentliche Verwaltung, das Bildungs- und das Gesundheitswesen zu.

Laut WIFO-Schnellschätzung wuchs die reale Bruttowertschöpfung (ohne Land- und Forst-

wirtschaft) 2025 in sieben der neun Bundesländer, nachdem im Vorjahr noch alle Landesteile bis auf Wien Rückgänge verzeichnet hatten. Den kräftigsten Zuwachs erzielte das Burgenland mit +1,3%, vor den tourismusintensiven Bundesländern Tirol, Vorarlberg, Salzburg und Wien, deren Wertschöpfung sich ebenfalls überdurchschnittlich entwickelte. Passend dazu nahm die Tourismusnachfrage weiter zu: Österreichweit stiegen die Nächtigungszahlen seit 2022 schrittweise an, wenngleich die Wachstumskurve wie erwartet abflachte (Fritz, 2025). Nächtigungsrückgänge meldeten 2025, ähnlich wie bei der Bruttowertschöpfung, nur Kärnten und Niederösterreich.

Regional uneinheitlich entwickelte sich auch die Sachgütererzeugung: in Kärnten ging

der reale Produktionsindex um 1,0% zurück, während andere Bundesländer, in denen die Industrie ebenfalls eine besonders bedeutende Rolle spielt, ein Wachstum verzeichneten (Steiermark +2,9%, Niederösterreich +2,6%, Vorarlberg +2,0%, Oberösterreich +1,7%). Die Bauwirtschaft dämpfte in den meisten Bundesländern die Gesamtentwicklung; positive reale Impulse kamen lediglich aus Salzburg (+2,1%), Niederösterreich (+1,1%) und dem Burgenland (+0,9%).

Auf dem Arbeitsmarkt schlug sich die wirtschaftliche Erholung nur verhalten nieder. Die unselbständige aktive Beschäftigung

stieg 2025 lediglich um 0,2%, wobei Wien mit 1,1% den kräftigsten Zuwachs verzeichnete. In den industriegeprägten Bundesländern Steiermark (-0,3%), Kärnten und Oberösterreich (jeweils -0,5%) schrumpfte die Beschäftigung weiter. Die Zahl der Arbeitslosen stieg österreichweit um 6,6%, am deutlichsten in Oberösterreich (+11,5%), der Steiermark und Salzburg (jeweils +8,8%).

Die folgenden Kapitel analysieren die regionale Entwicklung in Industrie, Bauwirtschaft, Dienstleistungen und Tourismus sowie auf dem Arbeitsmarkt näher. Eine kurze Zusammenfassung schließt den Beitrag ab.

2. Sachgütererzeugung: Zollpolitik der USA als neue Unsicherheit, aber leichte Erholung der Warenproduktion

Die österreichische Sachgütererzeugung konnte ihre abgesetzte Produktion im Jahr 2025 wieder um 1,7% steigern (nominell) und damit den Abwärtstrend der beiden Vorjahre durchbrechen. Preisbereinigt lag der Produktionswert allerdings nur um 1,7% über dem Niveau von 2021 (Übersicht 1). In der regionalen Betrachtung sind die Unterschiede beträchtlich. Auch wenn Wien 2025 einen nominellen Rückgang von 1,1% auswies, konnte sich dieses Bundesland in den fünf Krisenjahren seit 2021 erstaunlich gut behaupten. Zuwächse, vor allem im sonstigen Fahrzeugbau, machten Wien mit einer realen Steigerung von rund einem Viertel über die letzten fünf Jahre sogar zur dynamischsten Sachgüterregion Österreichs. Im Jahr

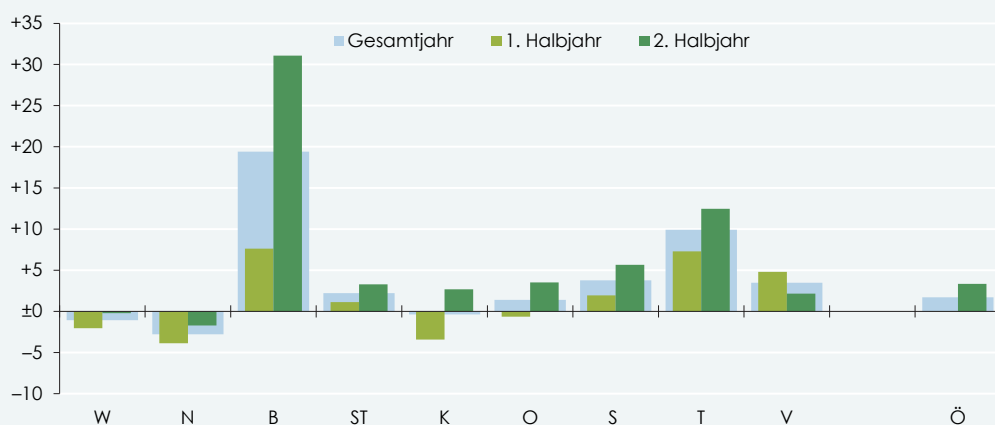
2025 gelangen den übrigen Bundesländern zwar zum Teil deutlich höhere nominelle Zuwächse¹⁾; gegenüber 2021 und in realer Betrachtung zeigt sich aber – mit Ausnahme Tirols und eben Wiens – eine eher stagnierende Sachgüterproduktion.

In der Energie- und Wasserversorgung ist der Einfluss der Konjunktur auf den Produktionswert kaum isolierbar; zu hoch ist der Einfluss der Witterung sowohl auf den Energieverbrauch (Anzahl der Heizgradtage usw.) als auch auf die Energieproduktion (Wasserdarbot, Sonnen- und Windstunden). Die regionalen Unterschiede sind dementsprechend ausgeprägt, im Bundesdurchschnitt ergab sich ein Rückgang um gut 6%.

Exporte und Absatz der Sachgütererzeugung konnten sich trotz der Unsicherheiten im Außenhandel stabilisieren, die Beschäftigung nahm mit -2,0% aber weiter merklich ab.

Abbildung 1: **Entwicklung der Sachgütererzeugung 2025**

ÖNACE 2025, abgesetzter nomineller Produktionswert, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Herstellung von Waren einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.

¹⁾ Die hohe Zuwachsrate von 19% im Burgenland ist auf einen Erhebungsfehler in der Kfz-Herstellung im Jahr 2024 zurückzuführen. Dieser Fehler schlägt zwar auch auf den Wert für Österreich durch, aufgrund der

geringen Größe des Burgenlands – nur rund 2% aller Sachgüterbeschäftigten arbeiten dort – ist er aber vernachlässigbar.

Übersicht 1: **Entwicklung von Sachgütererzeugung, Energie- und Wasserversorgung 2025**
ÖNACE 2025

| | Sachgütererzeugung | | Energie- und Wasserversorgung |
|------------------|---|---|---|
| | Abgesetzter Produktionswert, nominell ¹⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in % | Produktionsindex ²⁾ , real 2021 = 100 | Abgesetzter Produktionswert, nominell ¹⁾ Veränderung gegen das Vorjahr in % |
| Österreich | + 1,7 | 101,7 | - 6,2 |
| Wien | - 1,1 | 123,3 | - 0,6 |
| Niederösterreich | - 2,8 | 95,3 | - 9,1 |
| Burgenland | + 19,4 | 101,2 | - 10,0 |
| Steiermark | + 2,2 | 100,0 | - 1,3 |
| Kärnten | - 0,4 | 98,3 | - 6,0 |
| Oberösterreich | + 1,4 | 97,8 | - 29,1 |
| Salzburg | + 3,8 | 101,3 | - 20,5 |
| Tirol | + 9,9 | 116,5 | - 14,7 |
| Vorarlberg | + 3,5 | 100,6 | + 0,4 |

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Sachgütererzeugung: Herstellung von Waren einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden. – 1) Wert der abgesetzten Güter und Leistungen aus Haupt- und Nebentätigkeiten der Unternehmen, ohne Umsatzsteuer. – 2) ÖNACE 2008.

Die Absatzentwicklung nach ÖNACE-2025-Abteilungen (Übersicht 2) zeigt eine gewisse Erholung in den für Österreich wichtigen Metallbranchen (C24, C25, C28, C29, C30). Erfreulich ist vor allem der Zuwachs von rund 9% in der Kfz-Herstellung²⁾, der den Warenabsatz der Sachgütererzeugung insgesamt um 0,7 Prozentpunkte erhöhte – der größte Einzelbeitrag einer Branche nach der pharmazeutischen Industrie (+0,8 Prozentpunkte; Übersicht 3). Auf regionaler Ebene entwickelten sich die Metallbranchen allerdings sehr uneinheitlich – in manchen Bundesländern zählten sie zu den Bereichen mit der schwächsten Entwicklung.

Stark positive Impulse gingen erneut von den regionalen Champions³⁾ aus: So trug die Getränkeherstellung in Salzburg hohe 2,7 Prozentpunkte zum gesamten Absatzzuwachs von 3,8% bei. In Kärnten dämpfte die Elektronikbranche (+0,5 Prozentpunkte) den Gesamtrückgang merklich auf –0,4%. Den mit +5,6 Prozentpunkten höchsten positiven Einzelbeitrag leistete jedoch die Herstellung von sonstigen Waren in Wien⁴⁾. Die aus Datenschutzgründen nicht gesondert ausgewiesenen Branchen brachen dagegen in Wien um 65% ein und dämpften die regionale Absatzentwicklung deutlich um 10 Prozentpunkte. Den größten Anteil daran hatte

wahrscheinlich die Mineralölverarbeitung, die wichtigste der geheimen Branchen in Wien sowie in Niederösterreich, wo die als geheim eingestuft ÖNACE-Abteilungen mit –3,9 Prozentpunkten Absatzbeitrag ebenfalls einflussreich sind⁵⁾. In den übrigen Bundesländern haben diese Branchen nur geringe Bedeutung.

Österreichs Sachgütererzeugung ist insgesamt stark vom Außenhandel abhängig, rund 70% der Produktion werden exportiert. Nach der Zulieferkrise und der Energiekrise hatte daher auch die bestimmende Krise des Jahres 2025 ihre Wurzeln im Außenhandel: Die erratische Zollpolitik der neuen Administration der USA verunsicherte weltweit die Wirtschaftstreibenden. Sie hatte zwar nicht den ursprünglich befürchteten Einbruch, aber doch merkliche Beeinträchtigungen des Welthandels zur Folge. Die österreichischen Exporte in die USA, den 2024 wichtigsten Exportmarkt nach Deutschland, gingen insgesamt um mehr als 20% zurück und dämpften Österreichs Gesamtausfuhren damit um 1,8 Prozentpunkte. Der Exportanteil der USA, der 2024 fast 9% betragen hatte, sank im Jahr 2025 auf gut 7% oder ein Volumen von 12,8 Mrd. €. Vom Rückgang betroffen waren speziell Pharmazeutika, die

²⁾ Auch wenn dieser Wert durch den in Fußnote 1 erwähnten Erhebungsfehler um 1 bis höchstens 2 Prozentpunkte nach oben verzerrt ist.

³⁾ "Regionale Champions" sind in Kärnten die Elektronikindustrie und in Salzburg die Getränkeherstellung; sie stellen in diesen Bundesländern 35% bis 40% der gesamten Industrieproduktion. In Wien ist die Herstellung sonstiger Waren, die die Münze Österreich beinhaltet, ein besonderer "regionaler Champion". Diese Branche zeichnet sich durch extrem volatile Umsätze bei stabiler Beschäftigung und Wertschöpfung aus. Ihr Anteil an der Wiener Industrieproduktion betrug in der Vergangenheit teils mehr als 20%; 2024 waren es nur 7%, 2025 wieder 13%.

⁴⁾ Der noch deutlich höhere Wert der burgenländischen Kfz-Herstellung ist eine Folge des in Fußnote 1 erwähnten Erhebungsfehlers.

⁵⁾ Vier Branchen sind in Wien als geheim eingestuft – die Herstellung von Bekleidung und Lederwaren (mit zusammen gut 400 Beschäftigten), die Metallherzeugung und -bearbeitung (rund 200 Beschäftigte) und, als größte, die Mineralölverarbeitung mit rund 800 Beschäftigten. Letztere ist mit rund 900 Beschäftigten auch in Niederösterreich die größte der als geheim eingestuft Branchen, neben insgesamt rund 300 Beschäftigten in der Bekleidungsherstellung und der Lederherstellung.

28% des Exportvolumens ausmachten, sowie Maschinen und Kfz.

Die Exporte insgesamt gingen 2025 zwar weiter zurück, nach den -4,4% des Vorjahres stellten -0,9% aber eine merkliche Verbesserung dar, die sich allerdings erst im Jahresverlauf manifestierte (1. Halbjahr -3,1%, 2. Halbjahr +1,3%). Für das 1. Halbjahr 2025

liegen bereits regionale Daten vor: Als einziges Bundesland konnte Kärnten mit knapp +3% seine Exporte ausweiten, wozu die Bereiche Holz und Elektronik mit rund +0,8 bzw. +0,7 Prozentpunkten am stärksten beitrugen. In Vorarlberg stagnierten die Ausfuhren, die anderen Bundesländer meldeten Rückgänge zwischen 2% (Salzburg) und 7% (Burgenland).

Übersicht 2: Entwicklung des nominellen Produktionswertes der Sachgütererzeugung nach Branchen 2025 ÖNACE 2025

| | | Wien | Nieder- österreich | Burgen- land | Steier- mark | Kärnten | Ober- österreich | Salzburg | Tirol | Vorarl- berg | Österreich | |
|---------|--|------------------------------------|-----------------------|-----------------|-----------------|---------|---------------------|----------|--------|-----------------|------------|--|
| | | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | | | | | | | |
| C10 | Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln | + 0,5 | + 5,2 | + 1,2 | + 2,4 | + 7,1 | + 3,6 | + 10,0 | + 1,3 | + 2,4 | + 4,1 | |
| C11 | Getränkeherstellung | - 8,6 | - 5,2 | - 3,0 | - 6,9 | - 32,9 | + 0,8 | + 7,1 | - 3,3 | - 8,5 | + 3,4 | |
| C12 | Tabakverarbeitung | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | |
| C13 | Herstellung von Textilien | - 15,3 | - 9,3 | . | - 3,4 | . | - 4,3 | + 5,9 | - 8,9 | - 3,0 | - 4,7 | |
| C14 | Herstellung von Bekleidung | . | . | . | - 8,3 | . | - 4,7 | - 5,2 | + 0,6 | . | - 3,9 | |
| C15 | Herstellung von Leder-, -waren und ähnlichen Produkten aus anderen Materialien | . | . | - 40,4 | . | . | + 2,2 | . | . | - 4,8 | + 0,4 | |
| C16 | Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb-, Korkwaren | - 10,8 | + 9,4 | + 4,4 | + 14,8 | + 6,8 | + 8,8 | + 6,8 | + 6,5 | + 4,9 | + 8,6 | |
| C17 | Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus | - 10,0 | - 3,6 | . | - 3,4 | - 3,4 | - 1,4 | . | . | - 5,0 | - 3,0 | |
| C18 | Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern | - 2,5 | - 1,6 | . | - 1,5 | - 2,3 | - 5,4 | - 8,3 | . | - 4,8 | - 4,3 | |
| C19 | Kokerei und Mineralölverarbeitung | . | . | - | - | - | . | - | - | . | . | |
| C20 | Herstellung von chemischen Erzeugnissen | - 7,1 | + 1,2 | . | + 12,5 | - 11,6 | + 3,2 | + 5,5 | . | . | + 1,0 | |
| C21 | Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen | + 11,9 | + 25,5 | . | + 15,9 | . | . | . | + 34,3 | - 1,7 | + 29,1 | |
| C22 | Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren | + 4,8 | + 2,1 | + 7,2 | + 0,2 | - 5,3 | + 2,7 | - 4,4 | - 7,8 | + 4,7 | + 1,6 | |
| C23 | Herstellung von Glas und -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden | + 2,4 | + 1,0 | - 0,9 | + 0,1 | - 1,6 | + 0,9 | - 2,6 | - 2,2 | - 1,3 | - 0,3 | |
| C24 | Metallerzeugung und -bearbeitung | . | + 5,2 | . | - 5,2 | - 12,3 | + 0,1 | . | + 7,0 | . | + 1,3 | |
| C25 | Herstellung von Metallerzeugnissen | - 7,0 | + 1,6 | + 20,4 | - 1,6 | - 3,5 | - 4,8 | - 1,2 | - 2,3 | + 4,6 | - 0,7 | |
| C26 | Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen | + 12,8 | - 1,1 | . | - 2,1 | + 1,5 | + 4,4 | - 4,1 | . | + 12,3 | + 2,5 | |
| C27 | Herstellung von elektrischen Ausrüstungen | + 1,5 | + 2,6 | - 4,6 | + 9,1 | - 0,7 | + 9,9 | + 1,2 | + 17,7 | - 6,5 | + 6,5 | |
| C28 | Maschinenbau | - 4,2 | - 7,0 | - 20,6 | + 4,8 | - 7,2 | - 1,6 | - 3,8 | + 5,6 | + 13,9 | - 0,1 | |
| C29 | Herstellung von Kraftwagen und -teilen | - 1,2 | - 4,0 | +458,4 | + 7,7 | + 14,3 | + 5,0 | - 5,8 | + 48,3 | + 0,3 | + 9,2 | |
| C30 | Sonstiger Fahrzeugbau | + 12,6 | + 1,2 | - 56,5 | - 10,5 | - 26,3 | - 26,0 | . | . | . | - 7,0 | |
| C31 | Herstellung von Möbeln | + 5,6 | + 6,0 | - 10,6 | + 1,2 | + 8,3 | - 1,1 | + 6,0 | + 2,7 | - 7,1 | + 1,5 | |
| C32 | Herstellung von sonstigen Waren | + 76,4 | - 2,6 | - 3,7 | - 7,1 | - 6,9 | - 2,1 | + 2,9 | + 5,4 | + 2,3 | + 25,8 | |
| C33 | Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen | + 18,7 | + 3,8 | - 5,8 | - 0,8 | + 3,5 | + 0,4 | + 14,2 | - 6,9 | + 2,3 | + 7,3 | |
| B bis C | Herstellung von Waren und Bergbau | - 1,1 | - 2,8 | + 19,4 | + 2,2 | - 0,4 | + 1,4 | + 3,8 | + 9,9 | + 3,5 | + 1,7 | |
| B bis C | Unbekannt bzw. geheim | - 65,2 | - 17,1 | - 6,5 | + 0,4 | + 1,4 | + 54,4 | + 0,2 | + 4,4 | - 1,7 | - 26,9 | |

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion. "." ... Geheim, "-" ... Null.

Nach Gütergruppen leisteten im Gesamtjahr 2025 die sonstigen Waren mit +1,1 Prozentpunkten den höchsten Exportbeitrag, im Wesentlichen konzentriert auf Wien⁴⁾, aber

auch die Bereiche Nahrungsmittel, Holz und der sonstige Fahrzeugbau trugen jeweils 0,3 Prozentpunkte bei. Eine merkliche Dämpfung ging von pharmazeutischen Produkten

⁴⁾ Siehe hierzu die Anmerkung zu dieser Wiener Branche in Fußnote 4.

aus (-1,7 Prozentpunkte) – ganz im Gegensatz zu den Produktionszahlen, die die Pharmaindustrie als eine dynamische Branche ausweisen (Übersicht 2).

Laut Dachverband der Sozialversicherungsträger schrumpfte die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Sachgütererzeugung 2025 das zweite Jahr in Folge (-2,0% nach -1,4% auf rund 624.000 Beschäftigungsverhältnisse). Unter Frauen fiel der Abbau mit -1,7% etwas geringer aus als unter Männern (-2,1%). Dies ist auch eine Folge der Branchenstruktur: In der Sachgütererzeugung insgesamt beträgt der Frauenanteil

26%, schwankt jedoch zwischen 13% in der Metallerzeugung und -bearbeitung und 78% in der Bekleidungsherstellung. Die höchsten Beschäftigungszuwächse meldeten 2025 die Nahrungsmittelherstellung (+1,5%), die mit rund 74.000 Beschäftigten zweitgrößte Sachgüterbranche, sowie die Pharmaindustrie (+2,3%) – beides Branchen mit deutlich überdurchschnittlichen Frauenanteilen von etwa 45%. Umgekehrt bauten die männlich dominierten Metallberufe kräftig Personal ab, die Herstellung von Metallerzeugnissen verlor mehr als 6% ihrer Beschäftigten, die Kfz-Herstellung sogar 8%.

Übersicht 3: **Gewichtete Veränderungsrate des nominellen Produktionswertes der Sachgütererzeugung nach Branchen 2025**
ÖNACE 2025

| | | Wien | Nieder- österreich | Burgen- land | Steier- mark | Kärnten | Ober- österreich | Salzburg | Tirol | Vorarl- berg | Österreich |
|---------|--|-------------------------------------|-----------------------|-----------------|-----------------|---------|---------------------|----------|--------|-----------------|------------|
| | | Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten | | | | | | | | | |
| C10 | Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln | + 0,04 | + 0,71 | + 0,16 | + 0,19 | + 0,67 | + 0,40 | + 1,13 | + 0,10 | + 0,28 | + 0,43 |
| C11 | Getränkherstellung | - 0,16 | - 0,10 | - 0,44 | - 0,09 | - 0,12 | + 0,01 | + 2,73 | - 0,02 | - 0,15 | + 0,15 |
| C12 | Tabakverarbeitung | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| C13 | Herstellung von Textilien | - 0,04 | - 0,03 | . | - 0,02 | . | - 0,02 | + 0,01 | - 0,02 | - 0,14 | - 0,03 |
| C14 | Herstellung von Bekleidung | . | . | . | - 0,01 | . | - 0,01 | - 0,04 | + 0,00 | . | - 0,01 |
| C15 | Herstellung von Leder-, -waren und ähnlichen Produkten aus anderen Materialien | . | . | - 0,01 | . | . | + 0,00 | . | . | - 0,00 | + 0,00 |
| C16 | Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb-, Korkwaren | - 0,04 | + 0,40 | + 0,11 | + 0,58 | + 0,69 | + 0,27 | + 0,45 | + 0,54 | + 0,12 | + 0,37 |
| C17 | Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus | - 0,13 | - 0,09 | . | - 0,22 | - 0,09 | - 0,03 | . | . | - 0,16 | - 0,09 |
| C18 | Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von Ton-, Bild- und Datenträgern | - 0,04 | - 0,01 | . | - 0,01 | - 0,02 | - 0,02 | - 0,10 | . | - 0,05 | - 0,03 |
| C19 | Kokerei und Mineralölverarbeitung | . | . | - | - | - | . | - | - | . | . |
| C20 | Herstellung von chemischen Erzeugnissen | - 0,56 | + 0,07 | . | + 0,29 | - 0,41 | + 0,16 | + 0,06 | . | . | + 0,04 |
| C21 | Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen | + 0,58 | + 0,12 | . | + 0,43 | . | . | . | + 5,19 | - 0,00 | + 0,77 |
| C22 | Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren | + 0,09 | + 0,07 | + 0,63 | + 0,00 | - 0,09 | + 0,14 | - 0,11 | - 0,19 | + 0,24 | + 0,05 |
| C23 | Herstellung von Glas und -waren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden | + 0,03 | + 0,04 | - 0,04 | + 0,00 | - 0,08 | + 0,02 | - 0,07 | - 0,16 | - 0,02 | - 0,01 |
| C24 | Metallerzeugung und -bearbeitung | . | + 0,37 | . | - 0,77 | - 0,44 | + 0,01 | . | + 0,97 | . | + 0,13 |
| C25 | Herstellung von Metallerzeugnissen | - 0,19 | + 0,11 | + 1,79 | - 0,12 | - 0,19 | - 0,39 | - 0,05 | - 0,10 | + 1,05 | - 0,06 |
| C26 | Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen | + 0,59 | - 0,01 | . | - 0,14 | + 0,52 | + 0,06 | - 0,10 | . | + 0,42 | + 0,12 |
| C27 | Herstellung von elektrischen Ausrüstungen | + 0,11 | + 0,15 | - 0,76 | + 0,52 | - 0,01 | + 0,64 | + 0,02 | + 1,84 | - 0,51 | + 0,39 |
| C28 | Maschinenbau | - 0,19 | - 0,69 | - 0,65 | + 0,63 | - 0,88 | - 0,27 | - 0,53 | + 0,80 | + 2,38 | - 0,02 |
| C29 | Herstellung von Kraftwagen und -teilen | - 0,09 | - 0,10 | +20,20 | + 1,15 | + 0,05 | + 0,51 | - 0,13 | + 0,57 | + 0,02 | + 0,66 |
| C30 | Sonstiger Fahrzeugbau | + 1,28 | + 0,02 | - 0,02 | - 0,17 | - 0,03 | - 0,86 | . | . | . | - 0,17 |
| C31 | Herstellung von Möbeln | + 0,04 | + 0,09 | - 0,38 | + 0,01 | + 0,10 | - 0,02 | + 0,09 | + 0,05 | - 0,08 | + 0,02 |
| C32 | Herstellung von sonstigen Waren | + 5,60 | - 0,04 | - 0,13 | - 0,03 | - 0,05 | - 0,02 | + 0,05 | + 0,03 | + 0,11 | + 0,46 |
| C33 | Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen | + 2,00 | + 0,07 | - 0,16 | - 0,02 | + 0,10 | + 0,01 | + 0,45 | - 0,12 | + 0,03 | + 0,21 |
| B bis C | Herstellung von Waren und Bergbau | - 1,08 | - 2,79 | +19,40 | + 2,21 | - 0,38 | + 1,40 | + 3,78 | + 9,91 | + 3,47 | + 1,70 |
| B bis C | Unbekannt bzw. geheim | - 9,99 | - 3,88 | - 0,91 | + 0,00 | + 0,04 | + 0,81 | + 0,01 | + 0,39 | - 0,07 | - 1,28 |

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion. Gewichtung der Veränderungsrate mit dem Anteil an der gesamten Sachgütererzeugung ("Wachstumsbeitrag" der Branchen zur Entwicklung der gesamten Sachgütererzeugung). ".": ... Geheim, "-": ... Null.

Diese Branchenunterschiede schlugen sich auch auf der regionalen Ebene nieder: Die beiden "Metallregionen" Oberösterreich und die Steiermark erlitten ebenso wie Salzburg mit jeweils rund $-2\frac{1}{2}\%$ überdurchschnittliche Beschäftigungsverluste. Vorarlberg, das Bundesland mit dem höchsten Beschäftigtenanteil in der Sachgüterherstellung (26%; Österreich insgesamt 16%) schnitt mit $-1,3\%$ merklich besser ab. Die Metallbranchen trieben auch hier den deutlichen Personalabbau um mehr als 5% im Burgenland. Die gemessen am Beschäftigungsanteil in der Sachgütererzeugung kleinste Industrieregion, Wien, hielt sich weiterhin bemerkenswert gut: Mit $-1,1\%$ schrumpfte die Beschäftigung dort am schwächsten, da der Bereich Elektronik und der sonstige Fahrzeugbau den Abbau dämpften.

Nach Technologieintensität der Branchen verloren vor allem die mittleren Segmente an Beschäftigten ($-4,1\%$ bzw. $-2,3\%$), allerdings zeigen sich auch hier große regionale Unterschiede (Übersicht 4).

Der regionale Lohnsatz je Beschäftigten veränderte sich aufgrund der nationalen Lohnsetzung deutlich gleichmäßiger als die Beschäftigtenzahl, die Zuwächse schwankten zwischen 2,5% in der Steiermark und 5,6% in Salzburg. Größere Unterschiede als üblich zeigt die regionale Produktivität – wobei dies teilweise auf eine Erhebungsumstellung zurückzuführen ist, wodurch die Werte für das Jahr 2025 nur schwer interpretierbar sind.

Übersicht 4: **Entwicklung der Arbeitskräftenachfrage in der Sachgütererzeugung nach Sektoren 2025**

| | Produktivität ¹⁾ | Lohnsatz ²⁾ | Unselbständig Beschäftigte ³⁾ | Insgesamt | Unselbständig Beschäftigte ⁴⁾ Technologieintensität ⁵⁾ | | | | |
|------------------------------------|-----------------------------|------------------------|--|-----------|---|--------|-----------|--------|--|
| | | | | | Niedrig | Mäßig | Erheblich | Hoch | |
| Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | | | | | | |
| Österreich | - 2,0 | + 3,9 | - 1,9 | - 2,0 | - 0,5 | - 4,1 | - 2,3 | + 1,7 | |
| Wien | - 11,1 | + 3,2 | - 0,1 | - 1,1 | - 0,9 | - 12,7 | + 0,7 | + 10,8 | |
| Niederösterreich | - 2,5 | + 4,5 | - 1,6 | - 1,4 | + 0,6 | - 2,1 | - 2,9 | - 1,4 | |
| Burgenland | + 4,5 | + 4,5 | - 3,2 | - 5,0 | - 2,6 | - 6,8 | - 7,7 | + 8,2 | |
| Steiermark | - 0,9 | + 2,5 | - 2,7 | - 2,5 | - 0,7 | - 3,3 | - 3,9 | + 0,0 | |
| Kärnten | - 0,6 | + 4,5 | - 1,8 | - 1,6 | + 0,6 | - 3,0 | - 1,1 | - 3,2 | |
| Oberösterreich | - 1,9 | + 3,9 | - 2,4 | - 2,5 | - 0,7 | - 3,5 | - 3,0 | - 0,2 | |
| Salzburg | - 3,0 | + 5,6 | - 2,5 | - 2,4 | - 1,0 | - 10,4 | + 4,1 | - 3,6 | |
| Tirol | + 4,2 | + 4,6 | - 1,3 | - 1,5 | + 0,2 | - 6,7 | - 0,8 | + 3,5 | |
| Vorarlberg | - 1,9 | + 3,7 | - 1,4 | - 1,3 | - 1,6 | - 0,3 | - 2,9 | + 1,8 | |

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Technischer Produktionswert pro Kopf (unselbständig Beschäftigte). – ²⁾ Bruttoverdienste und Sonderzahlungen pro Kopf (unselbständig Beschäftigte), laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria. – ³⁾ Laut Konjunkturerhebung von Statistik Austria. – ⁴⁾ Laut Dachverband der Sozialversicherungsträger. – ⁵⁾ ÖNACE-2025-Abteilungen. Niedrig . . . Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (C10), Getränkeherstellung (C11), Tabakverarbeitung (C12), Herstellung von Textilien (C13), Herstellung von Bekleidung (C14), Herstellung von Leder-, -waren und ähnlichen Produkten aus anderen Materialien (C15), Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel; C16), Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus (C17), Herstellung von Druckerzeugnissen, Vervielfältigung von bespielten Ton-, Bild- und Datenträgern (C18), Herstellung von Möbeln (C31), Herstellung von sonstigen Waren (C32). Mäßig . . . Kokerei und Mineralölverarbeitung (C19), Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (C22), Herstellung von Glas und Glaswaren, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden (C23), Metallerzeugung und -bearbeitung (C24), Herstellung von Metallerzeugnissen (C25), Reparatur, Instandhaltung und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (C33). Erheblich . . . Herstellung von chemischen Erzeugnissen (C20), Herstellung von elektrischen Ausrüstungen (C27), Maschinenbau (C28), Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (C29), sonstiger Fahrzeugbau (C30). Hoch . . . Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen (C21), Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (C26).

3. Weiter leichte Rückgänge in der österreichischen Bauwirtschaft

Nach dem Einbruch der Bauinvestitionen in den Jahren 2023 und 2024 konnte sich die österreichische Bauwirtschaft 2025 erstmals wieder stabilisieren. Laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung (VGR) war zwar auch das abgelaufene Jahr von Rückgängen gekennzeichnet – aktuell liegt die Schätzung zu den realen Bauinvestitionen bei $-2,9\%$; die Stabilisierung im Jahresverlauf war aber unzweifelhaft. Besonders der

Wohnbau verlief laut VGR erneut sehr schwach, wogegen die anderen Sparten (Tiefbau, Geschäftsbau, Industriebau) mit real $+0,4\%$ sogar leicht expandierten. Für 2026 erwartet das WIFO nur eine Stagnation der österreichischen Bauwirtschaft, aber kein reales Wachstum.

Die Produktionsdaten von Statistik Austria unterstreichen die anhaltend kraftlose Entwick-

Die Rückgänge im Bauwesen ließen im Jahr 2025 zwar nach, eine Erholung ist aber weiterhin nicht in Sicht. Die schlechte Witterung zu Jahresbeginn 2026 und der Iran-Krieg dämpfen zudem die Erwartungen.

lung. So wuchs die abgesetzte Bauproduktion 2025 lediglich um 0,4% (nominell), bei weiterhin großen Unterschieden zwischen den Bundesländern. Am günstigsten schnitt Tirol mit 3,4% Wachstum ab, vor Niederösterreich (+2,3%), dem Burgenland (+1,1%), der Steiermark (+0,9%) und Oberösterreich

(+0,4%). Dem stehen Rückgänge in Wien (-0,7%), Vorarlberg (-2,1%), Kärnten (-2,3%) und Salzburg (-3,3%) gegenüber. Regional war die Stabilisierung insofern breit aufgestellt, als einzig Salzburg im Jahr 2025 eine geringere Bauproduktion meldete als 2024.

Übersicht 5: **Nomineller Produktionswert und Auftragseingänge der Bauwirtschaft 2025**

| | Insgesamt | Hochbau | Tiefbau | Sonstige Bautätigkeiten | Auftragseingänge |
|------------------|------------------------------------|---------|---------|-------------------------|------------------|
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | |
| Österreich | + 0,4 | - 0,2 | + 5,1 | - 0,6 | - 1,7 |
| Wien | - 0,7 | - 1,8 | + 0,6 | - 0,2 | - 8,0 |
| Niederösterreich | + 2,3 | + 6,4 | + 6,1 | - 0,2 | + 1,6 |
| Burgenland | + 1,1 | + 6,9 | - 18,8 | + 1,9 | - 1,4 |
| Steiermark | + 0,9 | - 4,4 | + 7,0 | + 1,6 | + 4,0 |
| Kärnten | - 2,3 | - 0,8 | + 34,8 | - 5,5 | - 0,8 |
| Oberösterreich | + 0,4 | - 0,8 | + 6,5 | - 1,8 | + 4,9 |
| Salzburg | - 3,3 | - 0,2 | - 11,4 | - 1,5 | - 16,0 |
| Tirol | + 3,4 | + 3,9 | + 21,0 | + 0,3 | - 9,8 |
| Vorarlberg | - 2,1 | - 11,3 | + 9,5 | - 0,8 | + 0,9 |

Q: Statistik Austria, Konjunkturerhebung (Grundgesamtheit); WIFO-Berechnungen. Abgesetzte Produktion (ÖNACE 2025). Veränderungsdaten berechnet auf Basis vorläufiger Werte zum jeweiligen Zeitpunkt.

Die zähe Konsolidierung im Jahresverlauf 2025 zeigt sich am deutlichsten in der unselbständig aktiven Beschäftigung, deren Rückgang sich schrittweise abschwächte (von -1,0% im I. Quartal auf -0,8% im II. Quartal und jeweils -0,2% im III. und IV. Quartal). Im Gesamtjahr war die Schrumpfung mit 0,5% weit geringer als 2024 (-2,7%). Aus regionaler Perspektive war 2025 einzig in Tirol ein Zuwachs zu verzeichnen (+1,1%), in Wien stagnierte der Bestand (+0,0%). Leichte Rückgänge waren in Oberösterreich (-0,2%), Niederösterreich (-0,7%) und Kärnten zu beobachten (-0,9%), höhere in Salzburg und der Steiermark (je -1,0%), in Vorarlberg (-2,1%) und vor allem im Burgenland (-3,1%).

Die Auftragseingänge – ein wichtiger Vorlaufindikator – entwickelten sich 2025 dagegen schwächer als im Vorjahr (-1,7% nach +6,5%, nominell). Auf Bundesländerebene waren in Salzburg (-16,0%), Tirol (-9,8%) und Wien (-8,0%) die größten Rückgänge zu beobachten. Leichte Rückgänge gab es im Burgenland (-1,4%) sowie in Kärnten (-0,8%). Dem stehen geringfügige Zuwächse in Vorarlberg (+0,9%) und Niederösterreich (+1,6%) gegenüber. Deutlich zulegen konnten die Auftragseingänge in der Steiermark (+4,0%) und in Oberösterreich (+4,9%). Insgesamt ist somit auch für 2026 eine stabile, aber schwache Baukonjunktur zu erwarten.

4. Dienstleistungen: Beginnende Erholung der Handelsumsätze bei weiter rückläufiger Beschäftigung – abflachende Dynamik in den wissensintensiven Dienstleistungen

4.1 Erstmals seit drei Jahren wieder reale Umsatzsteigerung im Handel, Beschäftigung sinkt jedoch in fast allen Bundesländern

Nach zwei Jahren rückläufiger Konjunktur kehrte der österreichische Handel 2025 langsam auf den Wachstumspfad zurück. Zwischen Jänner und November 2025⁷⁾ stiegen die Handelsumsätze nominell um 2,0% gegenüber dem Vorjahreszeitraum, real – bei einem unter der allgemeinen Inflation (3,6%) liegenden Preisauftrieb im Handel von 1,6% –

um 0,4% (Voithofer et al., 2026). Damit verzeichnete der Handel erstmals seit 2021 wieder einen Umsatzanstieg in realer Rechnung. Er vermochte die Einbußen der Vorjahre allerdings nicht aufzuwiegen⁸⁾.

Im Einzelhandel zeigte sich 2025 ein ähnliches Bild wie im herausfordernden Vorjahr: Bei einem nominellen Umsatzzuwachs von 2,6% blieb die Dynamik weiterhin verhalten (2024 +2,1%), wobei einmal mehr der Lebensmittelhandel (nominell +4,4%) die Konjunktur trug, während der Bereich Nicht-

2025 erzielte der österreichische Handel erstmals seit 2021 wieder ein – wenn auch geringes – reales Umsatzwachstum. Die Beschäftigung ging hingegen in allen Bundesländern bis auf das Burgenland zurück.

⁷⁾ Werte für Dezember 2025 waren in Voithofer et al. (2026) noch nicht enthalten.

⁸⁾ Mit der Umstellung auf ÖNACE 2025 (NACE Rev. 2.1) wurde die bisherige Abteilung 45 "Handel mit

Kraftfahrzeugen" aufgelöst; Kfz-Großhandel und Kfz-Einzelhandel sind nun Teil der Abteilungen 46 und 47, weshalb Übersicht 6 keine eigene Spalte für den Kfz-Handel mehr enthält.

lebensmittel nur um 1,5% zulegen. Nach Branchen reichte die Bandbreite der Veränderungsraten von den Bereichen Schuhe (nominell +9,0%) und Blumen (+7,8%) bis zum Einzelhandel mit Möbeln (-2,1%) und Schmuck (-3,2%). Im Ländervergleich blieb die heimische Einzelhandelskonjunktur preis- und kalenderbereinigt deutlich hinter dem Durchschnitt der EU 27 sowie Deutschland zurück. Hierdurch rutschte Österreich im deflationierten Umsatzindex des EU-Einzelhandels auf Rang 22 ab.

Im Großhandel fiel die Erholung schwächer aus als im Einzelhandel: Nominellen Umsatzzuwachsen von 0,5% (Jänner bis November 2025) stand ein realer Rückgang von 0,5%

gegenüber, womit der Großhandel das dritte Jahr in Folge reale Verluste verzeichnete. Innerhalb des Großhandels entwickelten sich der Bereich Gebrauchs- und Verbrauchsgüter sowie der Nahrungsmittelgroßhandel nominell positiv (+3,7% bzw. +3,5% gegenüber dem Vorjahreszeitraum), während der Fachgroßhandel auch 2025 deutlich schrumpfte (-3,2%; Voithofer et al., 2026⁹⁾). Der Kfz-Wirtschaft, die in der bisherigen ÖNACE-Klassifikation eigenständig ausgewiesen wurde, gelang nach Voithofer et al. (2026) die höchste Umsatzsteigerung aller Handelssektoren (nominell +6,3%) – getragen von einer kräftigen Ausweitung der Kfz-Neuzulassungen um 12,3%.

Übersicht 6: Unselbständig aktiv Beschäftigte im Handel 2025

Nach ÖNACE 2025

| | Großhandel | Einzelhandel | Handel insgesamt | |
|------------------------------------|------------|--------------|----------------------------------|--|
| | | | Unselbständig aktiv Beschäftigte | Geringfügig Beschäftigte ¹⁾ |
| Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | |
| Österreich | - 1,1 | - 2,1 | - 1,7 | - 4,5 |
| Wien | + 1,5 | - 2,1 | - 0,6 | - 2,8 |
| Niederösterreich | - 4,8 | - 0,5 | - 2,3 | - 4,4 |
| Burgenland | + 1,1 | + 0,7 | + 0,8 | - 6,3 |
| Steiermark | - 3,9 | - 1,8 | - 2,5 | - 4,5 |
| Kärnten | - 2,9 | - 2,3 | - 2,5 | - 4,8 |
| Oberösterreich | - 1,7 | - 2,2 | - 2,0 | - 6,0 |
| Salzburg | + 6,7 | - 5,8 | - 0,8 | - 5,5 |
| Tirol | + 1,1 | - 3,4 | - 2,0 | - 4,3 |
| Vorarlberg | - 4,1 | - 1,8 | - 2,6 | - 5,2 |

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich geringfügig freie Dienstnehmer:innen.

Trotz der Verbesserung der Handelsumsätze manifestierte sich die Schwäche der Vorjahre in einer weiterhin rückläufigen Beschäftigungsentwicklung. Die unselbständige Beschäftigung im Handel insgesamt nahm 2025 um 1,7% ab (nach -0,8% 2024), wobei der Großhandel 1,1% und der Einzelhandel 2,1% einbüßte. Besonders kräftig schrumpfte mit -4,5% die geringfügige Beschäftigung. Mit Ausnahme des Burgenlandes (+0,8%; Großhandel +1,1%, Einzelhandel +0,7%) verlor der Handel in allen Bundesländern unselbständig Beschäftigte. Die stärksten Einbußen verzeichneten Vorarlberg (-2,6%), die Steiermark und Kärnten (jeweils -2,5%) sowie Niederösterreich (-2,3%). Demgegenüber fielen in Wien (-0,6%) und Salzburg (-0,8%) die Rückgänge deutlich niedriger aus. Auf Sektorebene war die regionale Beschäftigungsdynamik sehr heterogen. Im Großhandel reichte die Bandbreite von Zuwächsen in Salzburg (+6,7%), Wien (+1,5%), Tirol und dem Burgenland (jeweils +1,1%) bis hin zu deutlichen Einbußen in Niederösterreich (-4,8%), Vorarlberg (-4,1%), der Steiermark (-3,9%)

und Kärnten (-2,9%). Der Einzelhandel erzielte dagegen ausschließlich im Burgenland einen Zuwachs (+0,7%), während der Personalabbau in Salzburg (-5,8%) und Tirol (-3,4%) am stärksten ausfiel.

4.2 Beschäftigung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen wächst wieder moderat

Nach der Stagnation im Vorjahr (+0,0%) expandierte die Beschäftigung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen 2025 wieder leicht (+0,3%). Die wissensintensiven Dienstleistungen trugen mit +1,0% zwar zur Ausweitung bei, allerdings lag die Dynamik merklich unter jener des Vorjahres (+2,2%). Den übrigen marktorientierten Dienstleistungen gelang mit -0,1% nahezu eine Stabilisierung nach dem Rückgang von 1,5% im Vorjahr. Wachstumsmotor war 2025 das Burgenland, wo die Beschäftigung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen um 2,9% zulegen. Es folgten Tirol und Vorarlberg (jeweils +1,1%) sowie Niederösterreich (+1,0%).

Nach der Stagnation im Vorjahr nahm die Beschäftigung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen 2025 wieder leicht zu. Den kräftigsten Zuwachs verzeichnete das Burgenland.

⁹⁾ Großhandel mit Gebrauchs- und Verbrauchsgütern (ÖNACE 2025, Gruppe 46.4, Bekleidung, Elektro, kosmetische Erzeugnisse, Schmuck, Möbel usw.).

Fachgroßhandel (ÖNACE 2025, Gruppe 46.7, Sonstiger Großhandel mit Erzen, Metallen, Baustoffen, chemischen Erzeugnissen usw.).

In Wien, dem gemessen am Beschäftigungsanteil bedeutendsten Standort wissensintensiver Dienstleistungen, fiel die Personalausweitung mit insgesamt +0,4% moderater aus. Negativ entwickelte sich die Beschäftigung dagegen in Kärnten (-1,1%) und in Ober-

österreich (-0,7%), dem einzigen Bundesland, in dem sie auch in den wissensintensiven Dienstleistungen schrumpfte (-0,9%). In den übrigen marktorientierten Dienstleistungen büßte Kärnten (-2,6%) am deutlichsten an Beschäftigten ein.

Übersicht 7: Beschäftigungsentwicklung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen 2025

| | Wissensintensive Dienstleistungen ¹⁾ | Übrige marktorientierte Dienstleistungen ²⁾ | Insgesamt |
|------------------------------------|---|--|-----------|
| Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | |
| Österreich | + 1,0 | - 0,1 | + 0,3 |
| Wien | + 0,7 | + 0,1 | + 0,4 |
| Niederösterreich | + 1,7 | + 0,8 | + 1,0 |
| Burgenland | + 3,0 | + 2,9 | + 2,9 |
| Steiermark | + 1,1 | - 0,3 | + 0,2 |
| Kärnten | + 1,7 | - 2,6 | - 1,1 |
| Oberösterreich | - 0,9 | - 0,5 | - 0,7 |
| Salzburg | + 0,8 | - 0,4 | + 0,1 |
| Tirol | + 3,7 | - 0,4 | + 1,1 |
| Vorarlberg | + 2,7 | + 0,2 | + 1,1 |

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ ÖNACE 2025, Abschnitte L, N und Abteilungen K62, K63. – ²⁾ ÖNACE 2025, Abschnitte H, M, O, S, U, J und Abteilungen K61, T95, T96.

Die Geschäftslage im Bereich der sonstigen marktorientierten Dienstleistungen, die im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests erhoben wird, hellte sich 2025 etwas auf: Nach einem im gesamten Jahr 2024 klar negativen Verlauf (Jänner 2024 -12,7 Punkte, Juli 2024 -12,4 Punkte) erreichte der Saldo aus positiven und negativen Meldungen im Jänner 2025 praktisch die Nulllinie (-0,4 Punkte). Im weiteren Jahresverlauf lag er mit -4,6 Punk-

ten im April und -4,3 Punkten im Juli 2025 zwar leicht im negativen Bereich, erholte sich im Oktober 2025 aber bereits wieder auf -2,7 Punkte; im Jänner 2026 lag der Saldo mit -0,7 Punkten erneut nahe an der Wachstumsschwelle. Die Konjunktüreinschätzungen der sonstigen marktorientierten Dienstleister verbesserten sich somit etwas, ohne bereits klar in den expansiven Bereich zu drehen.

Abbildung 2: Konjunktüreinschätzung in den sonstigen marktorientierten Dienstleistungen

Entwicklung der Geschäftslage in den letzten 3 Monaten, saisonbereinigte Salden zwischen positiven und negativen Meldungen, in % der meldenden Betriebe



Q: WIFO-Konjunkturtest.

5. Tourismus: Neuerliche Expansion des Gäste- und Nächtigungsaufkommens

5.1 Höhere Dynamik der internationalen Nachfrage und jahreszeitlich differenzierte Entwicklung

Trotz zahlreicher Krisen und eines wirtschaftlich schwierigen Umfeldes blieb die Reiselust der Österreich-Gäste auch 2025 ungebrochen: Mit neuen Höchstmarken bei Ankünften und Nächtigungen von 48,2 bzw. 157,3 Mio. legte die Nachfrage zumindest mengenmäßig weiter zu (+3,1% bzw. +1,9% gegenüber dem Vorjahr, nach +3,3% bzw. +2,1% 2024; unbereinigte Werte)¹⁰⁾. Verglichen mit 2019, dem Jahr vor der COVID-19-Krise, war die Zahl der Ankünfte um 4,3% höher, jene der Nächtigungen um 3,0% (Fritz et al., 2026). Zudem übertraf die Nachfrage 2025 erstmals auch in den Wintermonaten das Vorkrisenniveau (Ankünfte +2,3%, Nächtigungen +0,2%; Jänner bis April, November und Dezember), während dies im Sommer (Mai bis Oktober) bereits seit 2023 der Fall war.

Nach Herkunft der Gäste entwickelte sich 2025 die internationale Nachfrage in Österreich wesentlich dynamischer als jene von Binnenreisenden (Ankünfte +4,1% zu +1,0%, Nächtigungen +2,4% zu +0,5%). Die Bedeutung ausländischer Tourist:innen nahm damit nicht nur im Jahresabstand weiter zu (von 68,9% auf 69,5% bei den Ankünften sowie von 73,9% auf 74,3% bei den Nächtigungen), sondern überstieg auch merklich die Werte von 2019 (jeweils um 0,5 Prozentpunkte). Die aus der Gegenüberstellung von Nächtigungen und Ankünften resultierende durchschnittliche Aufenthaltsdauer in einer Unterkunft verkürzte sich im Vergleich zum bisherigen Tiefstwert des Jahres 2024 (3,30 Nächte) nochmals geringfügig (-1,1% auf 3,27 Nächte). Hierfür waren ebenfalls hauptsächlich internationale Gäste verantwortlich (-1,6% auf 3,49 Nächte; Binnenreisende -0,5% auf 2,76 Nächte; Fritz et al., 2026).

Die rezenten Höchstwerte in der mengenmäßigen Nachfrage spiegeln jedoch nicht die angespannte Situation vieler Tourismusbetriebe wider. Die Branche ist nämlich nicht nur überdurchschnittlich von den anhaltenden Preissteigerungen (Beherbergungsdienstleistungen +5,3%, Gastronomiedienstleistungen +5,9%, Verbraucherpreise insgesamt +3,6%; Jahresdurchschnitte 2025) und

einem sich weiter verschärfenden Fachkräftemangel betroffen, sondern bekommt auch die verstärkte Spargesinnung der Gäste immer mehr zu spüren. Angesichts knapperer Reisebudgets verzichteten viele Tourist:innen auf (mehrfache) Urlaubsreisen, schränken ihre Zusatzausgaben vor Ort, z. B. für Gastronomie oder Einkäufe, ein, steigen auf günstigere Unterkünfte um oder verkürzen Aufenthalte. Obwohl 2025 die Reiseverkehrseinnahmen¹¹⁾ Österreichs nominell erneut kräftig wuchsen (+5,6%, nach +6,7% 2024), blieb davon preisbereinigt kaum etwas übrig (2024 +1,2%, 2025 +0,9%; Jahresvergleiche). Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2019 fehlten in realer Rechnung sogar 13,7%, während die nominellen Umsätze um 23,4% zulegten.

Das mit knapp drei Viertel aller Nächtigungen in Österreich sehr bedeutende Segment internationaler Gäste wird überwiegend vom Nachbarmarkt Deutschland bestimmt. 2025 stellten Deutsche mit rund 58,6 Mio. 50,1% aller Nächtigungen internationaler Reisender. Eine gegenüber dem Vorjahr beinahe stagnierende Nachfrage (+0,2%, nach +1,8% 2024) ließ ihren Marktanteil allerdings um 1,1 Prozentpunkte schrumpfen; im Vergleich zu 2019 blieb er annähernd stabil (50,3%). Der mit 9,6% Nächtigungsanteil zweitwichtigste Auslandsmarkt, die Niederlande, expandierte 2025 wieder (nach -0,2% 2024), allerdings nur unterdurchschnittlich (+1,6%). Auf die übrigen Länder der EU 27 entfielen 22,2% Marktanteil (26,0 Mio. internationale Nächtigungen). Mit einem Wachstum von 3,6% nahm die Bedeutung dieser Märkte weiter zu (2024: 22,0%, 2019: 21,2%).

In Summe deckt die EU 27 somit gut vier Fünftel der ausländischen Gesamtnachfrage ab, wodurch die weiteren Quellmärkte nur beschränkten Einfluss ausüben. Als europäische Nicht-EU-Länder spielen etwa die Schweiz und das Vereinigte Königreich eine nennenswerte Rolle (internationaler Marktanteil 2025: 3,7% bzw. 3,0%). Die wichtigsten Fernmärkte¹²⁾ stellten zwar zusammen nur 5,3% aller Nächtigungen aus dem Ausland (USA: 2,2%), wuchsen aber mit +11,5% fast fünfmal so stark wie das internationale Gesamtaufkommen; damit konnten sie ihren Marktanteil um 0,4 Prozentpunkte ausbauen und den Rückstand zum früheren Höchstwert von 2019 auf 1,0 Prozentpunkt verrin-

Die touristische Nachfrage zog 2025 weiter an und erreichte mit 48,2 Mio. Ankünften und 157,3 Mio. Nächtigungen erneut Höchstwerte (+3,1% bzw. +1,9% im Jahresabstand). Die Triebfeder war einmal mehr der internationale Tourismus.

¹⁰⁾ Datenvergleiche von Zeiträumen, die von Kalendereffekten (Schalltag im Februar, Lage der Osterwoche im März bzw. April) betroffen sind, führen zu verzerrten Ergebnissen. Auf einer bereinigten Basis dürfte die Entwicklung im Februar 2025 (kein Schalltag, 2024 Schalltag) und für Aggregate, die diesen Monat mit einschließen, im Jahresabstand leicht besser ausfallen, für den Vergleich 2024 gegenüber 2023 gilt Umgekehrtes.

¹¹⁾ Diese umfassen auch den von der Beherbergungsstatistik nicht abgedeckten Tagestourismus sowie Aus-

gaben von Transitreisenden, Pendler:innen und Studierenden. Nominelle Reiseverkehrseinnahmen aus dem Ausland (einschließlich internationaler Personentransport) laut Zahlungsbilanz, Einnahmen im Binnenreiseverkehr und touristische Preisindizes laut WIFO.

¹²⁾ Hier: BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China), ehemalige GUS (ohne Russland und Ukraine), Japan, Kanada, USA, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien.

gern. Die Nächtigungszahlen von Fernreisenden lagen 2025 aber noch immer um 12,1% unter dem Vorkrisenniveau, wobei sich die Verluste auf nur drei der zehn Märkte beschränkten (Russland –84,6%, China –49,2%, Japan –45,2%; übrige Ø +28,3%).

In den einzelnen Landesteilen Österreichs verlief die touristische Nachfrage 2025 unterschiedlich. Insbesondere Wien erlebte mit 6,5% mehr Nächtigungen als im Vorjahr erneut einen starken Aufschwung und überschritt erstmals knapp die 20-Mio.-Marke. Der Marktanteil der Bundeshauptstadt erhöhte sich damit auf 12,8% (2024: 12,2%, 2019: 11,5%). Das Burgenland und Salzburg verzeichneten ebenfalls überproportionale Zuwachsraten (+2,8% bzw. +2,4%) bei unveränderter Marktposition. Während die Tourismushochburg Tirol (50,0 Mio. Nächtigungen bzw. 31,8% Marktanteil) nahe am Bundesdurchschnitt bilanzierte (+1,7% zu +1,9%), blieben die anderen Bundesländer darunter (–0,7% bis +0,8%). Kärnten und Niederösterreich wiesen dabei nicht nur im Jahresabstand Rückstände auf, sondern nach wie vor auch gegenüber 2019 (–2,3% bzw. –5,0%). In den übrigen Landesteilen wurde 2025 das Vorkrisenniveau flächendeckend überschritten –

am deutlichsten in Wien (+14,1%), dem Burgenland (+7,5%) und der Steiermark (+6,0%; Österreich Ø +3,0%), in Tirol erstmals knapp (+0,3%, nach –1,5% 2024).

Unter den touristischen Unterkünften dominierte 2025 weiterhin die Hotellerie, auf die 59,7% aller Nächtigungen entfielen. Dank der soliden Entwicklung der 5/4-Stern-Betriebe (+2,5% zum Vorjahr) konnte sie ihre Marktposition zwar wieder etwas ausbauen, hat jedoch langfristig an Bedeutung eingebüßt (2005: 63,8%). Indes profitierten gewerbliche Ferienwohnungen nicht nur im Jahresabstand (Nächtigungen +5,9%; Marktanteil: 13,6%), sondern steigerten ihr Gewicht über die letzten 20 Jahre auf das 2,4-Fache (2005: 5,6%). Private Unterkünfte (Privatquartiere und private Ferienwohnungen) wurden dagegen erneut seltener nachgefragt (–1,2%), wodurch ihr Marktanteil auf 14,5% zurückging (2024: 15,0%, 2005: 18,6%). Andere Unterkunftsarten (Kurheime, Jugendherbergen, Campingplätze, bewirtschaftete Schutzhütten, sonstige Unterkünfte) verzeichneten zuletzt leichte Nächtigungszugewinne (Ø +1,2%); ihr Gewicht am Gesamtaufkommen blieb mit 12,2% sowohl im Kurz- als auch im Langfristvergleich stabil.

Übersicht 8: Tourismus im Kalenderjahr 2025 Übernachtungen

| | Insgesamt | Inländische Reisende | | Ausländische Reisende | | | Hotels und ähnliche Betriebe | Gewerbliche Ferienwohnungen | Private Unterkünfte ¹⁾ | Andere Unterkünfte |
|------------------|------------------|--|----------|-----------------------|-----------|----------|------------------------------|-----------------------------|-----------------------------------|--------------------|
| | | Insgesamt | Deutsche | Andere | Insgesamt | Deutsche | | | | |
| | 2025 in 1.000 | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | | | | | |
| Österreich | 157.292 | + 1,9 | + 0,5 | + 2,4 | + 0,2 | + 4,8 | + 2,0 | + 5,9 | – 1,2 | + 1,2 |
| Wien | 20.093 | + 6,5 | + 1,1 | + 7,7 | + 2,6 | + 9,1 | + 6,0 | + 16,8 | – 14,1 | + 7,7 |
| Niederösterreich | 7.297 | – 0,3 | – 2,0 | + 2,8 | – 0,2 | + 4,2 | + 0,6 | + 13,1 | + 3,8 | – 6,5 |
| Burgenland | 3.380 | + 2,8 | + 2,9 | + 2,6 | + 4,3 | + 0,8 | + 2,8 | + 4,5 | + 3,8 | + 2,4 |
| Steiermark | 14.083 | + 0,8 | + 0,6 | + 1,0 | – 1,0 | + 2,7 | + 0,2 | + 5,9 | + 1,5 | – 2,3 |
| Kärnten | 13.046 | – 0,7 | – 1,4 | – 0,2 | – 1,0 | + 0,7 | – 1,5 | – 1,9 | + 0,0 | + 1,1 |
| Oberösterreich | 8.919 | + 0,4 | – 0,2 | + 1,1 | – 2,9 | + 5,3 | + 0,4 | + 10,1 | – 1,4 | – 0,8 |
| Salzburg | 30.904 | + 2,4 | + 3,0 | + 2,2 | – 0,3 | + 5,0 | + 2,6 | + 1,6 | + 1,0 | + 4,8 |
| Tirol | 50.023 | + 1,7 | + 0,7 | + 1,8 | + 0,6 | + 3,7 | + 1,2 | + 7,7 | – 2,0 | + 4,4 |
| Vorarlberg | 9.546 | + 0,5 | + 0,7 | + 0,5 | + 0,2 | + 1,1 | + 1,9 | + 4,6 | – 4,7 | – 2,6 |
| | 2019 in 1.000 | Veränderung 2025 gegen das Vorkrisenniveau von 2019 in % | | | | | | | | |
| Österreich | 152.709 | + 3,0 | + 1,3 | + 3,6 | + 3,3 | + 3,9 | – 1,5 | + 54,9 | – 8,0 | + 2,3 |
| Wien | 17.605 | + 14,1 | + 11,4 | + 14,7 | + 5,7 | + 17,4 | + 8,6 | +181,3 | – 24,7 | – 11,9 |
| Niederösterreich | 7.678 | – 5,0 | – 5,0 | – 4,9 | – 9,6 | – 2,7 | – 9,1 | +192,1 | – 0,2 | – 5,2 |
| Burgenland | 3.144 | + 7,5 | + 6,6 | + 10,6 | + 2,3 | + 22,0 | + 5,0 | + 65,5 | – 6,4 | + 15,1 |
| Steiermark | 13.289 | + 6,0 | – 0,2 | + 14,6 | + 11,7 | + 17,2 | – 1,8 | + 52,1 | + 5,8 | + 7,8 |
| Kärnten | 13.360 | – 2,3 | + 0,2 | – 4,0 | – 4,9 | – 2,9 | – 10,1 | + 23,4 | – 0,4 | + 1,5 |
| Oberösterreich | 8.544 | + 4,4 | + 3,6 | + 5,3 | + 5,5 | + 5,2 | + 2,7 | +126,0 | – 7,0 | + 1,4 |
| Salzburg | 29.971 | + 3,1 | + 2,6 | + 3,3 | + 4,7 | + 1,8 | – 0,7 | + 38,6 | – 3,9 | – 5,5 |
| Tirol | 49.897 | + 0,3 | – 2,8 | + 0,5 | + 3,1 | – 2,9 | – 5,4 | + 47,5 | – 12,0 | + 18,2 |
| Vorarlberg | 9.222 | + 3,5 | + 4,8 | + 3,4 | + 3,8 | + 2,7 | + 2,2 | + 73,7 | – 13,5 | – 11,6 |

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Privatquartiere und private Ferienwohnungen (jeweils auf und nicht auf Bauernhof).

Regional wurden Hotels und ähnliche Betriebe 2025 in Wien (+6,0%), im Burgenland (+2,8%) und in Salzburg (+2,6%) stärker nachgefragt als in Österreich insgesamt, wobei das Ergebnis in Salzburg auch die landesweite Gesamtbilanz ($\bar{\varnothing}$ +2,4%) übertraf. Regional überdurchschnittlich gefragt waren Hotels in Vorarlberg (+1,9% zu $\bar{\varnothing}$ +0,5%) und Niederösterreich (+0,6% zu $\bar{\varnothing}$ -0,3%). Kärnten verbuchte 2025 nicht nur insgesamt das schwächste Ergebnis, sondern fuhr auch in der Hotellerie als einziges Bundesland Verluste ein (-1,5% zu $\bar{\varnothing}$ -0,7%), wofür insbesondere die 2/1-Stern-Kategorie verantwortlich zeichnete (-6,1%). Selbige bilanzierte auch in der Steiermark klar negativ (-5,4%). Während die Entwicklung im 2/1- und 3-Stern-Segment regional stark streute, war die Nachfrage in 5/4-Stern-Hotels – wohl auch aufgrund der höheren Zahl an Geschäftsreisenden – deutlich stabiler. Die Bandbreite der Wachstumsraten lag in diesem Segment zwischen -1,0% in Niederösterreich und +4,6% in Salzburg.

Saisonal zog die Nächtigungsnachfrage im Sommer 2025 kräftiger an als im Winter (Mai bis Oktober 2025 +2,2% im Jahresabstand; November 2024 bis April 2025 +1,8%), nachdem sich im Tourismusjahr 2023/24 noch ein umgekehrtes Bild geboten hatte (Winter +2,5%, Sommer +0,9%). Dies dürfte mehrere Ursachen haben: Zum einen verzichteten Reisende bei angespanntem Budget eher auf Winter- als auf Sommerurlaube, zum anderen waren die Bedingungen für Wintersport in der Saison 2024/25 ungünstig (zu milde Witterung, Schneemangel). Zusätzlich verzerrten Kalendereffekte (Schalltag im Vergleichszeitraum 2023/24, späte Osterferien (2025 Mitte April, 2024 Ende März)) das Ergebnis der Wintersaison 2024/25 tendenziell nach unten.

Mit knapp 72,4 Mio. Nächtigungen wurde im Winter 2024/25 dennoch das bisher zweithöchste Volumen seit Beginn der Zeitreihe 1959/60 verzeichnet. Noch erfolgreicher war nur die Wintersaison 2018/19 verlaufen (72,9 Mio.), woraus sich ein Rückstand von 0,7% ergibt (der Vergleich wird in diesem Fall nicht durch Kalendereffekte verzerrt). Die Sommersaison 2025 erbrachte indes mit gut 83,4 Mio. Nächtigungen einen neuen Höchstwert, nachdem 2023 erstmals die 80-Mio.-Marke überschritten und 2024 mit 81,6 Mio. erneut übertroffen worden war.

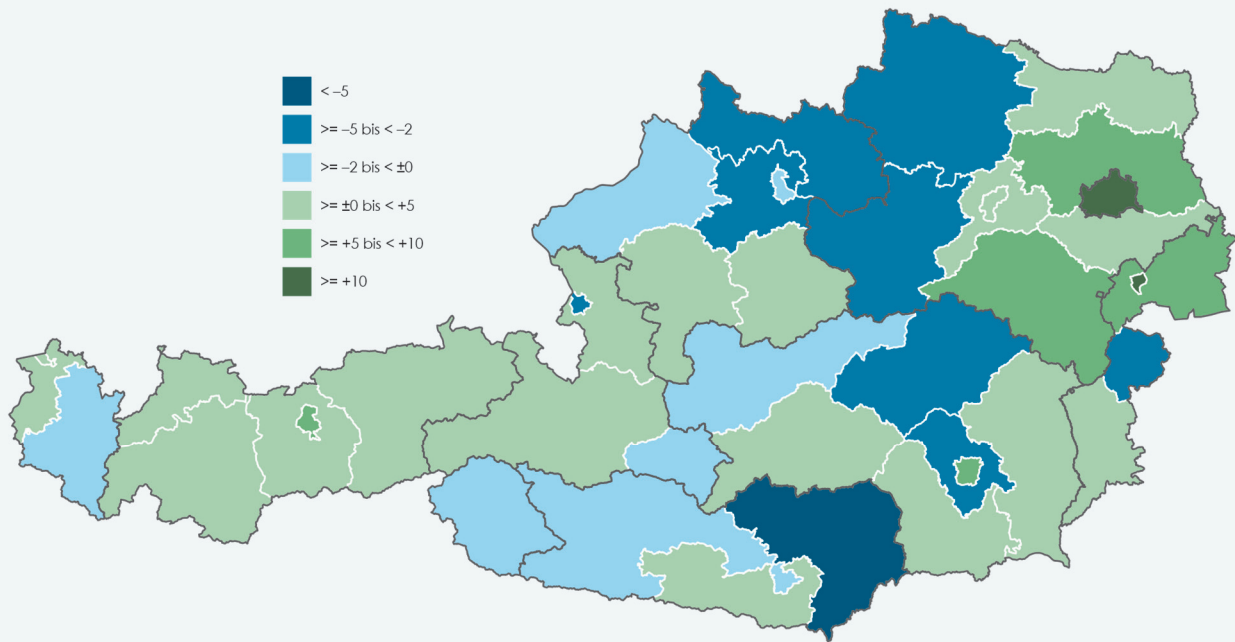
Auf Bundeslandebene verlief der Sommertourismus 2025 in Salzburg (Nächtigungen +4,5%), dem Burgenland (+3,6%) und Wien (+4,0%) überdurchschnittlich und in Tirol und Vorarlberg durchschnittlich (jeweils +2,0 zu

2,2% in Österreich insgesamt). Während auch die Steiermark und Oberösterreich Zuwächse verbuchten (+1,3% bzw. +1,1%), gingen die Nächtigungszahlen in Niederösterreich und Kärnten leicht zurück (-0,4% bzw. -0,3%). Im Winter 2024/25 stach insbesondere Wien mit einem Nächtigungszuwachs von 10,6% hervor, aber auch im Rest Ostösterreichs war die Dynamik überdurchschnittlich (Burgenland +3,4%, Niederösterreich +2,1%; Bundesdurchschnitt +1,8%). Von den anderen Bundesländern verzeichnete zuletzt nur Tirol noch nennenswerte Steigerungen (+1,6% im Jahresabstand), einzig in Kärnten wurde in der Wintersaison 2024/25 seltener genächtigt (-1,8%).

Das WIFO analysiert die regionale Entwicklung des Tourismus auch auf Ebene der 35 NUTS-3-Regionen Österreichs sowie für die Landeshauptstädte. Die Analyse unterscheidet vier Regionstypen, die sich aus dem jeweils vorherrschenden touristischen Angebot ergeben.

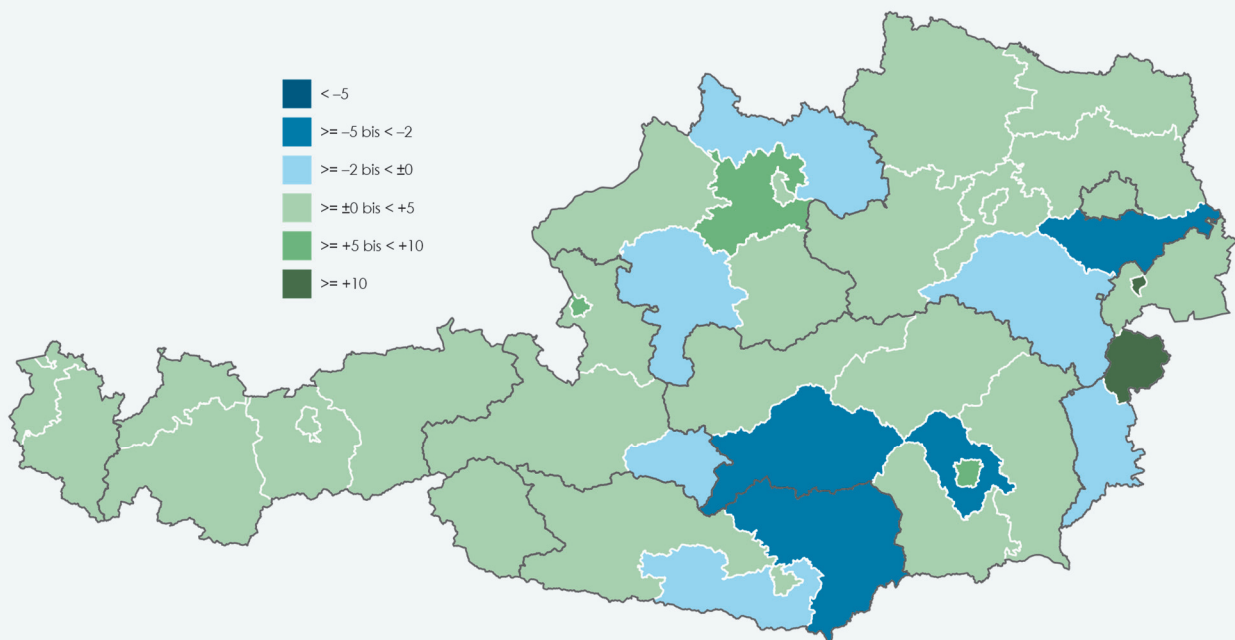
Sowohl im Winter 2024/25 als auch im Sommer 2025 entwickelten sich die insgesamt 13 städtischen Gebiete (neun Landeshauptstädte und vier Umlandregionen) im Durchschnitt am vorteilhaftesten (+6,9% bzw. +3,8% gegenüber der Vorjahressaison). Die höchste Nächtigungsdynamik wiesen dabei Eisenstadt (Winter +14,1%, Sommer +10,7%) und Wien (+10,6% bzw. +4,0%) auf. Während in der Stadt Graz in beiden Saisonen deutlich häufiger genächtigt wurde als ein Jahr zuvor, büßte das Grazer Umland spürbar an Nachfrage ein. In fünf weiteren urbanen Regionen war dies nur in jeweils einer Saison der Fall. Die alpinen Regionen bilanzierten in der Wintersaison 2024/25 mit einem Nächtigungswachstum von durchschnittlich +0,6% weit schwächer als Österreich insgesamt. Im Sommer 2025 ähnelte die Dynamik mit +2,3% hingegen dem nationalen Trend, wobei die Nachfrage vor allem im Pinzgau-Pongau (+4,8%), im Tiroler Oberland (+3,7%) und im Außerfern (+2,7%) überproportional anstieg. Die Wellness- und Kulinarikregionen verbuchten zuletzt in beiden Saisonen Nachfragesteigerungen (Winter 2024/25 +1,5%, Sommer 2025 +1,9%). Im Sommer stach insbesondere das Mittelburgenland hervor (+17,7%), im Winter Niederösterreich Süd (+7,3%). Regionen mit gemischtem touristischem Angebot konnten im Winter 2024/25 mit +0,5% kaum am nationalen Wachstumstrend partizipieren, im Sommer stagnierte die Nächtigungsnachfrage sogar (-0,1%). Positive Ausreißer in beiden Saisonen waren das Rheintal-Bodenseegebiet (ohne Bregenz) sowie die Region Steyr-Kirchdorf (Abbildungen 3 und 4, Übersicht 9).

Abbildung 3: **Übernachtungen in den NUTS-3-Regionen im Winterhalbjahr 2024/25**
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria. Landeshauptstädte und umgebende Regionen wurden getrennt ausgewiesen (außer Wien).

Abbildung 4: **Übernachtungen in den NUTS-3-Regionen im Sommerhalbjahr 2025**
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Statistik Austria. Landeshauptstädte und umgebende Regionen wurden getrennt ausgewiesen (außer Wien).

Übersicht 9: **Übernachtungen nach Tourismusregionstypen und NUTS-3-Regionen im Tourismusjahr 2024/25**

| | Winterhalbjahr 2024/25 | Sommerhalbjahr 2025 |
|---|------------------------------------|---------------------|
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | |
| Alpine Regionen insgesamt | + 0,6 | + 2,3 |
| Oberkärnten | - 2,0 | + 0,5 |
| Liezen | - 1,2 | + 0,9 |
| Lungau | - 1,9 | - 0,6 |
| Pinzgau-Pongau | + 0,2 | + 4,8 |
| Außerfern | + 1,5 | + 2,7 |
| Innsbruck (ohne Innsbruck-Stadt) | + 4,8 | + 2,0 |
| Osttirol | - 1,9 | + 1,9 |
| Tiroler Oberland | + 2,4 | + 3,7 |
| Tiroler Unterland | + 0,0 | + 0,8 |
| Bludenz-Bregenzer Wald | - 0,5 | + 1,8 |
| Städte und städtische Regionen insgesamt | + 6,9 | + 3,8 |
| Wiener Umland Nordteil | + 7,8 | + 1,4 |
| Wiener Umland Südteil | + 1,7 | - 4,5 |
| Wien | + 10,6 | + 4,0 |
| Graz (ohne Graz-Stadt) | - 4,8 | - 2,6 |
| Linz-Wels (ohne Linz-Stadt) | - 4,1 | + 6,2 |
| Eisenstadt | + 14,1 | + 10,7 |
| Klagenfurt | - 0,8 | + 4,5 |
| Sankt Pölten | + 4,5 | + 2,4 |
| Linz | - 2,0 | + 1,3 |
| Salzburg | - 2,6 | + 7,8 |
| Graz | + 5,4 | + 7,4 |
| Innsbruck | + 5,8 | + 4,4 |
| Bregenz | + 3,4 | + 0,1 |
| Mischregionen insgesamt | + 0,5 | - 0,1 |
| Mostviertel-Eisenwurzen | - 3,0 | + 2,5 |
| Sankt Pölten (ohne Sankt Pölten-Stadt) | + 1,9 | + 0,2 |
| Klagenfurt-Villach (ohne Klagenfurt-Stadt) | + 0,2 | - 0,7 |
| Unterkärnten | - 5,0 | - 2,5 |
| Östliche Obersteiermark | - 2,9 | + 0,8 |
| Westliche Obersteiermark | + 2,2 | - 4,0 |
| Steyr-Kirchdorf | + 3,7 | + 3,3 |
| Traunviertel | + 0,4 | - 0,6 |
| Salzburg und Umgebung (ohne Salzburg-Stadt) | + 0,1 | + 1,3 |
| Rheintal-Bodenseegebiet (ohne Bregenz) | + 4,9 | + 4,0 |
| Wellness- und Kulinarikregionen insgesamt | + 1,5 | + 1,9 |
| Mittelburgenland | - 2,4 | + 17,7 |
| Nordburgenland (ohne Eisenstadt) | + 5,4 | + 3,0 |
| Südburgenland | + 2,7 | - 0,2 |
| Niederösterreich Süd | + 7,3 | - 1,7 |
| Waldviertel | - 2,2 | + 0,9 |
| Weinviertel | + 3,1 | + 4,0 |
| Oststeiermark | + 1,9 | + 2,9 |
| West- und Südsteiermark | + 3,2 | + 1,4 |
| Innviertel | - 1,8 | + 2,4 |
| Mühlviertel | - 2,4 | - 0,3 |
| Österreich insgesamt | + 1,8 | + 2,2 |

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

6. Arbeitsmarkt: Schwache Konjunktur bremst abermals die Beschäftigungsentwicklung

Die Entwicklung des österreichischen Arbeitsmarktes blieb 2025 von der weiterhin schwachen Konjunktur geprägt. Während die Beschäftigung in Wien sowie in einzelnen dienstleistungs- und tourismusorientierten

Bundesländern noch zunahm, setzte sich in Österreichs Industrieregionen der Beschäftigungsrückgang fort. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit schwächte sich nach den Rezessionsjahren 2023 und 2024 jedoch spürbar ab;

Wie im Vorjahr entwickelte sich die aktiv unselbständige Beschäftigung auch 2025 wenig dynamisch (+0,2%). Wien verzeichnete mit +1,1% den spürbarsten Anstieg, während es in drei Bundesländern erneut zu Beschäftigungsrückgängen kam.

das Arbeitskräfteangebot entwickelte sich daher etwas weniger dynamisch als im Vorjahr. Für das Jahr 2026 zeichnet sich bisher eine leichte Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ab (Bock-Schappelwein & Eppel, 2026), wenngleich die Unsicherheit über den weiteren Konjunkturverlauf angesichts des unsteten Umfeldes hoch bleibt.

Nachdem die Beschäftigung bereits im Jahr zuvor nur geringfügig gestiegen war, blieb die Dynamik auch 2025 verhalten. Österreicherweit erhöhte sich die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten abermals nur um 0,2%. Positive Impulse gingen vor allem vom öffentlichen Sektor aus (+2,2%), aber auch

von weiteren, besonders den öffentlichkeitsnahen Dienstleistungsbereichen (vgl. Bock-Schappelwein & Eppel, 2026) sowie von der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Energieversorgung (+1,9%). Demgegenüber setzte sich der Beschäftigungsrückgang in der Sachgütererzeugung (einschließlich Bergbau) fort (-2,0%). Auch im Bauwesen (-0,5%) sowie in den marktorientierten Dienstleistungen insgesamt (-0,2%) war die Beschäftigung rückläufig, zumal auch die eng mit der Sachgütererzeugung verknüpfte Arbeitskräfteüberlassung erneut Personal abbaute (vgl. Bock-Schappelwein & Eppel, 2026).

Übersicht 10: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung 2025

| | Insgesamt ¹⁾ | Männer | Frauen | Ausländische Arbeitskräfte | Inländische Arbeitskräfte | Ältere ²⁾ | Jugendliche ³⁾ | |
|------------------|-------------------------|------------------------------------|--------|----------------------------|---------------------------|----------------------|---------------------------|-------|
| | Absolut | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | | | |
| Österreich | 3.904.719 | + 0,2 | - 0,3 | + 0,6 | + 2,7 | - 0,8 | + 3,5 | - 1,9 |
| Wien | 923.106 | + 1,1 | + 0,8 | + 1,4 | + 3,7 | - 0,2 | + 3,8 | - 1,1 |
| Niederösterreich | 644.820 | + 0,2 | - 0,2 | + 0,6 | + 3,1 | - 0,7 | + 3,7 | - 0,8 |
| Burgenland | 111.179 | + 0,2 | - 0,6 | + 0,9 | + 2,4 | - 0,9 | + 4,5 | - 1,4 |
| Steiermark | 536.082 | - 0,3 | - 1,2 | + 0,4 | + 2,0 | - 1,1 | + 3,5 | - 2,8 |
| Kärnten | 217.268 | - 0,5 | - 1,1 | - 0,1 | + 1,9 | - 1,2 | + 3,1 | - 2,6 |
| Oberösterreich | 679.306 | - 0,5 | - 1,1 | + 0,0 | + 1,2 | - 1,1 | + 2,6 | - 3,1 |
| Salzburg | 268.943 | + 0,1 | - 0,5 | + 0,5 | + 2,3 | - 0,9 | + 3,3 | - 2,4 |
| Tirol | 354.485 | + 0,5 | + 0,3 | + 0,6 | + 3,2 | - 0,6 | + 3,6 | - 1,3 |
| Vorarlberg | 169.532 | + 0,0 | - 0,4 | + 0,3 | + 1,2 | - 0,6 | + 4,1 | - 2,0 |

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen in aufreinem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten). – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 15 bis 24 Jahre.

Die unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Wirtschaftsbereiche schlugen sich in einem regional differenzierten Beschäftigungswachstum nieder (Übersicht 11). Mit +1,1% verzeichnete Wien abermals den höchsten Zuwachs aller Bundesländer. Auch Tirol (+0,5%), Niederösterreich (+0,2%), das Burgenland (+0,2%) und Salzburg (+0,1%) konnten ihre Beschäftigung leicht ausweiten. In Vorarlberg stagnierte die Beschäftigung, während sie in der Steiermark (-0,3%), in Kärnten (-0,5%) und in Oberösterreich (-0,5%) zurückging.

So waren es erneut die Bundesländer mit höherer Dienstleistungsorientierung, in denen sich die Beschäftigung angesichts der Konjunkturschwäche vergleichsweise robust entwickelte. Die Personalausweitung im öffentlichen Dienst (Österreich +2,2%) trug in allen Bundesländern zu einer Stabilisierung bei. In Salzburg wirkte sie dem breiten Rückgang in den anderen Branchen entgegen. Wien verzeichnete darüber hinaus in den marktorientierten Dienstleistungen Beschäftigungszuwächse (+0,4%). Tirol profitierte insbesondere von Anstiegen im Bauwesen (+1,1%) und in den unternehmensnahen Dienstleistungen (+1,7%). Letztere gewannen auch in Nieder-

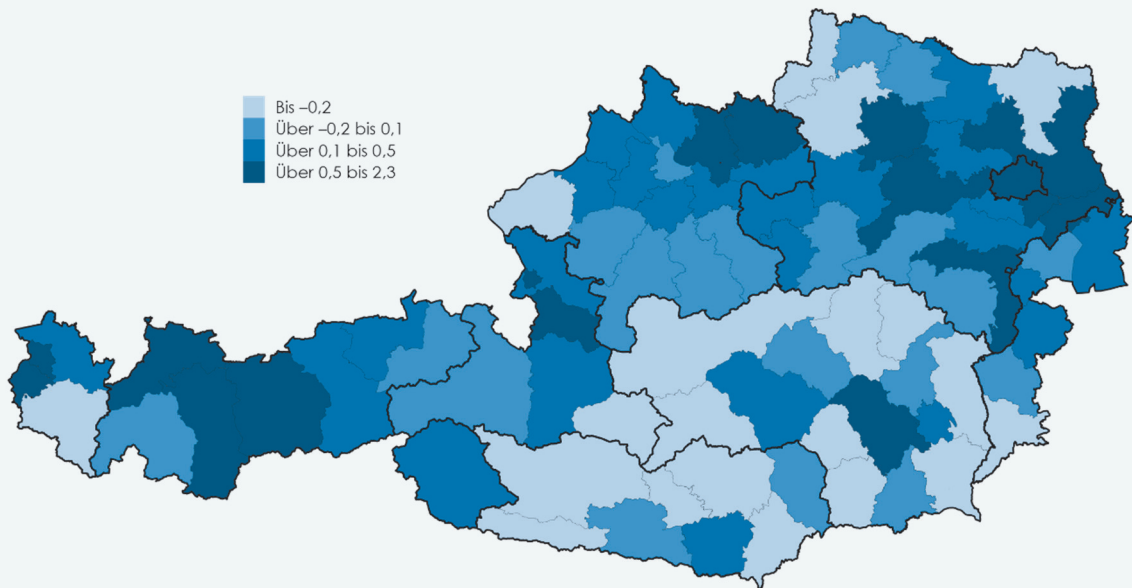
österreich (+1,8%) und im Burgenland (+4,2%) überdurchschnittlich an Personal; im Burgenland war die Beschäftigungsentwicklung auch in den marktorientierten Dienstleistungen insgesamt positiv (+1,4%).

In Salzburg, Oberösterreich und der Steiermark verringerte sich die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung (einschließlich Bergbau) um jeweils 2,5%, in Kärnten um 1,6%. Zusätzlich belastete in den drei letztgenannten Bundesländern die Schwäche der marktorientierten Dienstleistungen den Arbeitsmarkt. In Vorarlberg entwickelten sich die Sachgütererzeugung (-1,3%) und insbesondere die unternehmensnahen Dienstleistungen (+1,8%) deutlich günstiger, während Bauwesen und Handel schwächelten.

Auch auf kleinräumiger Ebene zeigen sich beträchtliche Unterschiede in der Beschäftigungsentwicklung. Auf Bezirksebene stieg der Bestand in urbanen Zentren sowie humankapitalintensiven Regionen am kräftigsten, während Industrieregionen und (touristische und industrialisierte) Randgebiete geringere Zuwächse bzw. Verluste verzeichneten (Abbildung 5).

Abbildung 5: **Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung nach Bezirken 2025**

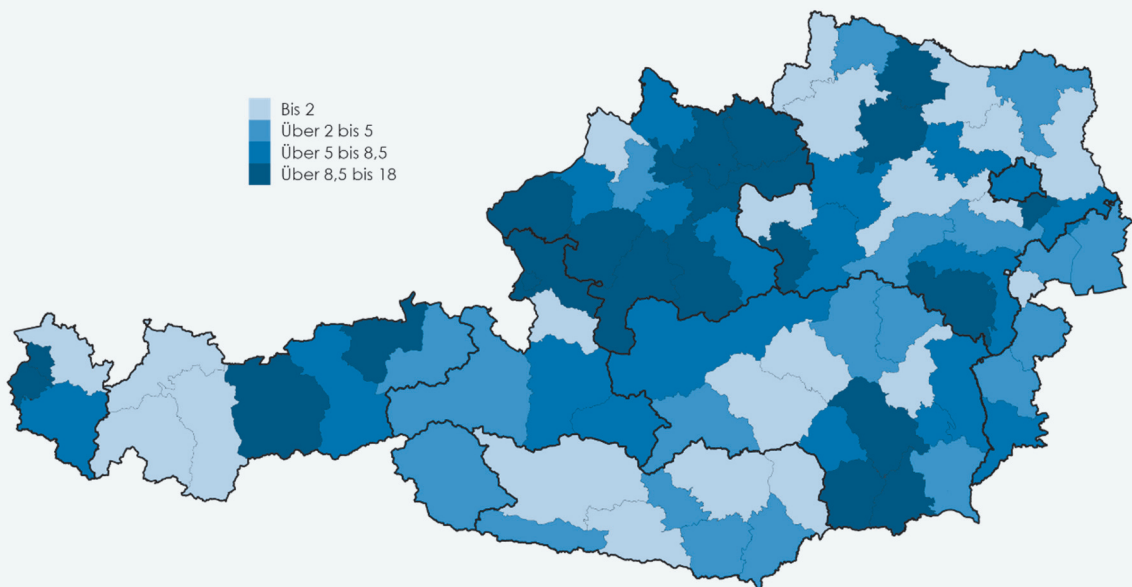
Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: **Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Bezirken 2025**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

Die Bedeutung der Sachgütererzeugung beeinflusste die Beschäftigungsentwicklung in den Bundesländern 2025 maßgeblich.

Auch die Ergebnisse auf Ebene der Wirtschaftsregionen unterstreichen den engen Zusammenhang zwischen Wirtschaftsstruktur und Arbeitsmarktentwicklung (Abbildung 7). Die doch spürbare Konjunkturerholung nach dem Rezessionsjahr 2024, vor allem in der Sachgütererzeugung, zeigte sich etwa in intensiven Industrieregionen in einem Beschäftigungszuwachs. In extensiven Industrieregionen und industrialisierten Randgebieten fiel zumindest der Beschäftigungsrückgang gegenüber dem Vorjahr deutlich niedriger aus.

Die sektoralen Unterschiede, aber auch die regional heterogene demografische Ent-

wicklung, schlugen sich in einzelnen Beschäftigtengruppen verschieden nieder. Im Jahr 2025 nahm österreichweit die Beschäftigung der Frauen um 0,6% zu, jene der Männer ging dagegen um 0,3% zurück. Einen Anstieg der Männerbeschäftigung verzeichneten nur Wien und Tirol; die stärksten Rückgänge waren in der Steiermark, Kärnten und Oberösterreich zu beobachten. Die Frauenbeschäftigung ging in Kärnten minimal zurück und stagnierte in Oberösterreich; die anderen Bundesländer verzeichneten Zuwächse zwischen +0,3% (Vorarlberg) und +1,4% (Wien).

Übersicht 11: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen 2025

ÖNACE 2025

| | Land- und Forstwirtschaft, Energieversorgung | Sachgütererzeugung und Bergbau | Bauwesen | Marktorientierte Dienstleistungen | | | Öffentlicher Dienst |
|------------------------------------|--|--------------------------------|----------|-----------------------------------|--------|---|---------------------|
| | | | | Insgesamt | Handel | Unternehmensnahe Dienstleistungen ¹⁾ | |
| Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | | | | |
| Österreich | + 1,9 | - 2,0 | - 0,5 | - 0,2 | - 1,7 | + 0,1 | + 2,2 |
| Wien | + 7,8 | - 1,1 | + 0,0 | + 0,4 | - 0,6 | - 0,3 | + 2,5 |
| Niederösterreich | + 1,5 | - 1,5 | - 0,7 | - 0,2 | - 2,3 | + 1,8 | + 2,2 |
| Burgenland | - 0,9 | - 4,9 | - 3,1 | + 1,4 | + 0,8 | + 4,2 | + 1,8 |
| Steiermark | + 0,2 | - 2,5 | - 1,0 | - 0,6 | - 2,5 | - 0,0 | + 1,9 |
| Kärnten | - 2,7 | - 1,6 | - 0,9 | - 1,4 | - 2,5 | - 1,0 | + 1,7 |
| Oberösterreich | + 2,6 | - 2,5 | - 0,2 | - 1,1 | - 2,0 | - 1,7 | + 2,2 |
| Salzburg | + 0,1 | - 2,5 | - 1,0 | - 0,1 | - 0,8 | + 0,7 | + 2,1 |
| Tirol | + 2,7 | - 1,5 | + 1,1 | + 0,1 | - 2,0 | + 1,7 | + 2,1 |
| Vorarlberg | + 3,4 | - 1,3 | - 2,1 | - 0,3 | - 2,6 | + 1,8 | + 2,1 |

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Grundstücks- und Wohnungswesen, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich der Informationstechnologie, Informationsdienstleistungen.

Das Arbeitskräfteangebot entwickelt sich mit +0,6% etwas weniger dynamisch als im Vorjahr. Analog zur Beschäftigungsentwicklung verzeichneten Wien und Tirol die höchsten Zuwächse und Kärnten einen Rückgang.

Noch ausgeprägter fielen die Differenzen nach Altersgruppen und Staatsangehörigkeit aus. Die Beschäftigung älterer Arbeitskräfte erhöhte sich österreichweit um 3,5%, während jene der Jugendlichen um 1,9% zurückging. Ersteres wurde durch die Erhöhung des Frauenpensionsantrittsalters entscheidend befördert. Gleichzeitig setzte sich die bereits seit mehreren Jahren beobachtbare Verschiebung der unselbständigen Beschäftigung hin zu ausländischen Arbeitskräften fort. Die Beschäftigung von Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft nahm österreichweit um 2,7% zu, während die inländische Beschäftigung um 0,8% zurückging. Dieses Muster war in allen Bundesländern zu beobachten (Übersicht 11).

Das Arbeitskräfteangebot wuchs 2025 rascher als die Beschäftigung, entwickelte sich regional jedoch ähnlich wie diese (Übersicht 12). Österreichweit stieg es um 0,6%.

Besonders kräftig fiel die Ausweitung in Wien (+1,6%) und Tirol (+0,8%) aus. In Kärnten verringerte sich das Arbeitskräfteangebot hingegen um 0,4%, während es in den übrigen Bundesländern um 0,1% (Oberösterreich) bis 0,5% (Niederösterreich) zunahm.

Deutlichen Zuwächsen unter älteren Arbeitskräften (+3,8%) und Ausländer:innen (+3,2%) standen Rückgänge unter Jugendlichen (-1,4%) und Inländer:innen (-0,4%) gegenüber. Wien nahm dabei erneut eine Sonderstellung ein. Als einziges Bundesland verzeichnete es noch einen Zuwachs des Arbeitskräfteangebotes von Inländer:innen (+0,2%) und wies zugleich – wie auch Niederösterreich – eine relativ günstige Entwicklung unter Jugendlichen auf. Darüber hinaus nahm das Angebot ausländischer Arbeitskräfte (+4,3%) rascher zu als in den anderen Bundesländern.

Übersicht 12: Arbeitskräfteangebot 2025

| | Insgesamt ¹⁾ | | Männer | Frauen | Ausländische Arbeitskräfte | Inländische Arbeitskräfte | Ältere ²⁾ | Jugendliche ³⁾ |
|------------------|-------------------------|------------------------------------|--------|--------|-------------------------------|------------------------------|----------------------|---------------------------|
| | Absolut | Veränderung gegen das Vorjahr in % | | | | | | |
| Österreich | 4.222.259 | + 0,6 | + 0,1 | + 1,1 | + 3,2 | - 0,4 | + 3,8 | - 1,4 |
| Wien | 1.048.630 | + 1,6 | + 1,1 | + 2,2 | + 4,3 | + 0,2 | + 4,2 | - 0,6 |
| Niederösterreich | 691.079 | + 0,5 | + 0,0 | + 0,9 | + 3,2 | - 0,4 | + 3,9 | - 0,4 |
| Burgenland | 119.637 | + 0,4 | - 0,5 | + 1,2 | + 2,4 | - 0,6 | + 4,7 | - 0,9 |
| Steiermark | 574.861 | + 0,2 | - 0,6 | + 1,0 | + 3,0 | - 0,6 | + 4,0 | - 2,2 |
| Kärnten | 235.158 | - 0,4 | - 0,9 | - 0,0 | + 2,0 | - 1,1 | + 3,1 | - 2,3 |
| Oberösterreich | 718.937 | + 0,1 | - 0,5 | + 0,6 | + 1,9 | - 0,6 | + 3,2 | - 2,2 |
| Salzburg | 281.863 | + 0,4 | - 0,1 | + 0,9 | + 2,7 | - 0,6 | + 3,6 | - 2,0 |
| Tirol | 371.653 | + 0,8 | + 0,5 | + 0,9 | + 3,5 | - 0,4 | + 3,8 | - 0,8 |
| Vorarlberg | 180.441 | + 0,4 | - 0,1 | + 0,7 | + 1,7 | - 0,3 | + 4,3 | - 2,0 |

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Unselbständig aktiv Beschäftigte (ohne Personen in aufrechem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten). – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ 15 bis 24 Jahre.

Während die Arbeitslosigkeit 2024 noch um 10,0% zugelegt hatte, stieg sie 2025 nur noch um 6,6% (Österreich insgesamt). Die Arbeitslosenquote erhöhte sich um 0,4 Prozentpunkte auf 7,4%. Vom Anstieg der Arbeitslosigkeit waren Frauen (+8,9%) stärker betroffen als Männer (+4,9%). Deutlich war der Zuwachs auch unter Älteren (+7,8%) und Ausländer:innen (+7,6%), wenngleich nicht viel höher als unter Jugendlichen (+6,2%) und inländischen Arbeitskräften (+5,9%). Die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg österreichweit um 25,4%, mehr als doppelt so stark wie im Vorjahr (+10,0%) und weit kräftiger als die Arbeitslosigkeit insgesamt.

Der regionale Verlauf der Arbeitslosigkeit folgte nicht vollständig den Mustern der Beschäftigungsentwicklung, zumal das Arbeitskräfteangebot insbesondere in den wirtschaftlich dynamischeren Regionen deutlich ausgeweitet wurde. Die höchsten Arbeitslosigkeitsanstiege meldeten 2025 Oberösterreich (+11,5%) die Steiermark und Salzburg (jeweils +8,8%). Weit moderater waren sie in Kärnten (+1,5%), dem Burgenland (+3,3%) und Niederösterreich (+4,2%). Wien wies bei unterdurchschnittlichem Zuwachs der Arbeitslosigkeit (+6,1%) einen Anstieg der Arbeitslosenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 11,9% aus.

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit schwächte sich 2025 mit der Konjunkturerholung in allen Bundesländern merklich ab. Die höchsten Steigerungen verzeichneten Oberösterreich, Salzburg und die Steiermark.

Übersicht 13: Arbeitslosigkeit 2025

| | Insgesamt | | Männer | | Frauen | | Arbeitslose | | | Arbeitslosenquote Niveau | Veränderung gegen das Vorjahr |
|------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|------------------------------------|-------------------------------|------------------------------|---------------------------|----------------------|--|-----------------------------|----------------------------------|
| | Veränderung gegen das Vorjahr in % | Veränderung gegen das Vorjahr in % | Veränderung gegen das Vorjahr in % | Veränderung gegen das Vorjahr in % | Ausländische Arbeitskräfte | Inländische Arbeitskräfte | Jugendliche ¹⁾ | Ältere ²⁾ | Langzeit- arbeitslose ³⁾ | | |
| | | | | | | | | | | In % | Prozentpunkte |
| Österreich | + 6,6 | + 4,9 | + 8,9 | + 7,6 | + 5,9 | + 6,2 | + 7,8 | + 25,4 | 7,4 | + 0,4 | |
| Wien | + 6,1 | + 3,6 | + 9,6 | + 6,9 | + 5,3 | + 3,4 | + 7,4 | + 28,4 | 11,9 | + 0,5 | |
| Niederösterreich | + 4,2 | + 3,4 | + 5,3 | + 4,4 | + 4,2 | + 5,7 | + 6,0 | + 15,8 | 6,6 | + 0,2 | |
| Burgenland | + 3,3 | + 1,0 | + 6,2 | + 3,6 | + 3,2 | + 6,3 | + 6,3 | + 6,3 | 7,0 | + 0,2 | |
| Steiermark | + 8,8 | + 7,2 | + 11,0 | + 12,4 | + 7,0 | + 6,7 | + 10,0 | + 28,5 | 6,6 | + 0,5 | |
| Kärnten | + 1,5 | + 1,6 | + 1,5 | + 2,9 | + 1,1 | + 2,4 | + 3,0 | + 1,3 | 7,5 | + 0,1 | |
| Oberösterreich | + 11,5 | + 10,1 | + 13,4 | + 10,6 | + 12,1 | + 15,6 | + 12,5 | + 42,3 | 5,4 | + 0,6 | |
| Salzburg | + 8,8 | + 7,6 | + 10,4 | + 9,2 | + 8,5 | + 7,6 | + 10,9 | + 35,7 | 4,5 | + 0,4 | |
| Tirol | + 7,1 | + 5,7 | + 8,9 | + 8,5 | + 6,3 | + 11,4 | + 6,0 | + 24,0 | 4,5 | + 0,3 | |
| Vorarlberg | + 6,2 | + 5,0 | + 7,8 | + 7,4 | + 5,4 | - 0,6 | + 8,1 | + 29,2 | 5,9 | + 0,3 | |

Q: Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ 15 bis 24 Jahre. – ²⁾ 55 Jahre oder älter. – ³⁾ Laut AMIS-Arbeitsmarktinformationssystem. Vormerkdauer: 1 Jahr oder länger.

In kleinräumiger Betrachtung verzeichnete 2025 der Bezirk Salzburg-Umland mit +17,9% gegenüber dem Vorjahr den höchsten Arbeitslosigkeitsanstieg, gefolgt von wichtigen Industriebezirken in Oberösterreich (Vöcklabruck +16,0%, Traun +15,5%, Eferding

+15,4%, Braunau +15,0%). Die Erholung der Industriekonjunktur ist am Beispiel Braunau gut ablesbar, das noch 2024 den höchsten Zuwachs aller Bezirke gemeldet hatte (+31,6%).

Abbildung 7: Entwicklung der unselbständigen Beschäftigung und des Arbeitskräfteangebotes nach Wirtschaftsregionen 2025

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Arbeitsmarktdatenbank des AMS und des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (Wohnortprinzip); WIFO-Berechnungen.

7. Zusammenfassung

Nach zwei Rezessionsjahren kehrte die österreichische Wirtschaft 2025 auf einen moderaten Wachstumspfad zurück. Laut WIFO-Schnellschätzung wuchs die reale Bruttowertschöpfung in sieben von neun Bundesländern, nachdem im Vorjahr noch alle Bundesländer bis auf Wien Einbußen erlitten hatten. Tendenziell übertrafen jene Regionen, in denen Tourismus und Dienstleistungen von höherer Bedeutung sind, den österreichischen Durchschnitt von +0,4%, während viele der industriestarken Regionen weiter hinterherhinkten. In Kärnten (-0,7%) und Niederösterreich (-0,3%) schrumpfte die Wertschöpfung ein weiteres Mal.

Trotz anhaltender Unsicherheiten im Außenhandel ging von der Sachgütererzeugung österreichweit wieder ein positiver Impuls aus: Die Metallbranchen, eines der wichtigsten Stärkefelder Österreichs, erholten sich etwas, und vor allem die Kfz-Herstellung legte kräftig zu. Trotz der Erholung der Produktion schrumpfte die Sachgüterbeschäftigung österreichweit um 2,0% – die negativsten Beiträge kamen gerade aus jenen Branchen, die produktionsseitig zu den Gewinnern zählten. Diese Branchenmuster schlugen sich regional deutlich nieder: In den "Metallregionen" Oberösterreich und Steiermark ging die Sachgüterbeschäftigung mit rund -2,5% überdurchschnittlich zurück; im Burgenland sank sie sogar um 5%. In der Bauwirtschaft zeichnete sich nach den Einbrüchen der beiden Vorjahre erstmals wieder eine Stabilisierung ab, die regional breit aufgestellt war:

die Bauproduktion verlief in allen Bundesländern außer Salzburg besser als im Vorjahr.

Ähnlich wie in der Sachgütererzeugung stand auch im Handel die Beschäftigung noch unter Druck (Österreich -1,7%), während sich die realen Umsätze erstmals seit 2021 etwas erholten (+0,4%; Jänner bis November). Im Tourismus stiegen die Nächtigungszahlen in fast allen Bundesländern weiter an; Wien legte am stärksten zu, Kärnten und Niederösterreich verzeichneten erneut Rückgänge. Die mengenmäßigen Höchstwerte spiegeln jedoch nicht die angespannte wirtschaftliche Lage vieler Tourismusbetriebe wider: die realen Reiseverkehreinnahmen waren mit +0,6% nur geringfügig höher als im Vorjahr.

Die Konjunkturbelebung hinterließ auf dem Arbeitsmarkt nur schwache Spuren. Die unselbständig aktive Beschäftigung stieg österreichweit lediglich um 0,2%, getragen vor allem vom öffentlichen Sektor (+2,2%), der die Rückgänge in Sachgütererzeugung und Bauwesen abfederte. Bundesländer mit höherer Dienstleistungs- und Tourismusorientierung entwickelten sich dabei besser: Wien erzielte mit +1,1% den deutlichsten Zuwachs, während in der Steiermark (-0,3%), in Kärnten und in Oberösterreich (je -0,5%) die Beschäftigung sank. Die Zahl der Arbeitslosen nahm zwar in allen Bundesländern weiter zu, die Anstiege waren jedoch schwächer als im Vorjahr.

8. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Bierbaumer, J., Bilek-Steindl, S., Bittschi, B., Glocker, C., & Schratzenstaller, M. (2026). Leichtes Wachstum löst Rezession ab. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025. *WIFO-Monatsberichte*, 99(4), 189-205. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68110139>.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R. (2026). Konjunkturflaute und Unsicherheit prägen weiter den österreichischen Arbeitsmarkt (2026). *WIFO-Monatsberichte*, 99(5), 243-255. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/70484980>.
- Fritz, O. (2025). Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an. *WIFO-Monatsberichte*, 98(11), 619-630. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64554453>.
- Fritz, O., Burton, A., Ehn-Fragner, S., Streicher, G., Laimer, P., Daul, R., Ostertag-Sydler, J., Pfeifer, T., & Weiß, J. (2026). *Jährlicher wissenschaftlicher Beitrag zu den Tourismusberichten 2024-2027. Berichtsjahr 2025*. WIFO, Statistik Austria. <https://www.wifo.ac.at/publication/445068/>.
- Voithofer, P., Kleissner, A., & Gittenberger, E. (2026). *Konjunktur im Handel. Herausforderndes Handelsjahr 2025 in vielen Bereichen*. iföw – Institut für Österreichs Wirtschaft.

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

4/2026 Lehrlingsausbildung in Österreich: "Competences at risk!?"

Julia Bock-Schappelwein (WIFO), Nadja Bergmann (L&R Sozialforschung), Marlis Riepl (ibw), Mario Steiner (IHS)

In Österreich zeichnen sich im Ausbildungsbereich Entwicklungen ab, die in einer Wirtschaft, deren zentrale Ressource die Kompetenz der Erwerbsbevölkerung ist, potenziell hemmend wirken und angesichts des Fachkräftemangels als kontraproduktiv einzustufen sind. Die steigenden Abbruchsquoten in der österreichischen Lehrlingsausbildung, wie auch die Drop-Outs aus MINT-Ausbildungen waren Gegenstand des vierten Berufsbildungs-Jour Fixe am 14. April 2026, "Lehrlingsausbildung in Österreich: Competences at risk!?". Die von ibw, IHS, L&R und WIFO vorgelegten Befunde zu Ausbildungsabbrüchen im dualen System sowie zu Geschlechterdisparitäten im MINT-Bereich machen deutlich, dass gezielte Ansätze zur Kompetenzentwicklung junger Menschen und bewährte Strategien des Wissenstransfers von zentraler Bedeutung sind.

Juni 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71309518>

Frühere Ausgaben

3/2026 How a Strait of Hormuz Closure Would Affect Austria. Evidence from the KITE Model

Sujata Pokhrel

Mai 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/69024779>

2/2026 Hohe Strompreise trotz günstiger Erneuerbarer? Ein Vorschlag, CO₂- und Strompreise teilweise zu entkoppeln

Simon Finster, Bernhard Kasberger, Simon Rütten

April 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68027583>

1/2026 Lohnunterschiede von Frauen und Männern in Österreich von 2011 bis 2024

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67391288>

14/2025 Abschätzung des altersbedingten Abgangs von Fachkräften auf regionaler Ebene

Sandra Bilek-Steindl, Julia Bock-Schappelwein, Thomas Url

Dezember 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/65098352>

13/2025 Kurzanalyse der aktuellen Mietenregulierung in Österreich

Michael Klien, Peter Reschenhofer

November 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/64303039>

12/2025 WIFO-Inflationsprognose 2025/26 vom Oktober 2025

Josef Baumgartner

Oktober 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/63049664>

11/2025 Älterenbeschäftigungsquoten bis 2030

Thomas Horvath, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber

Juli 2025 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60174119>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-research-briefs/>

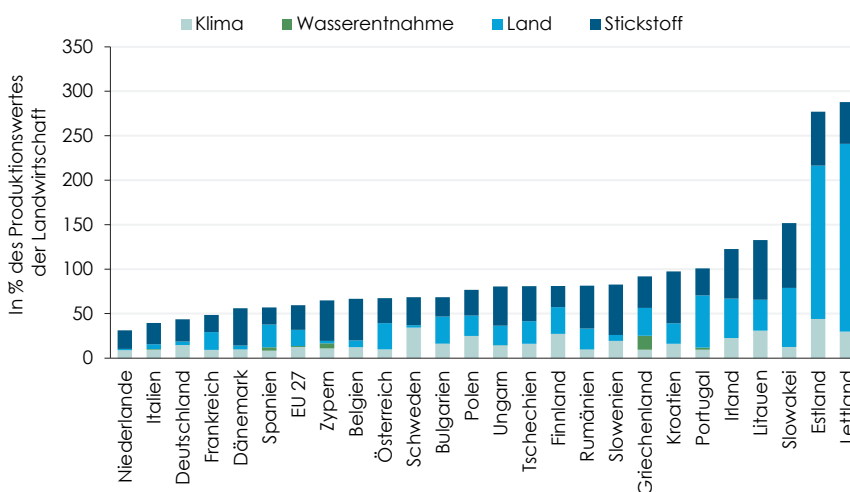
Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip

Hans Pitlik

- Mit der Agrarproduktion sind erhebliche Belastungen für Luft, Boden, Gewässer und natürliche Lebensräume verbunden.
- Umwelt- und Klimabelastungen durch die Landwirtschaft weisen unterschiedliche räumliche Wirkungen auf.
- Die Gemeinsame Agrarpolitik setzt bisher maßgeblich auf Subventionen und Regulierungen, während verursacherbasierte Umweltabgaben und der Emissionshandel in der Landwirtschaft praktisch keine Rolle spielen.
- Marktbasierende Instrumente nach dem Verursacherprinzip gelten in der Umweltökonomie als kosteneffizienter und innovationsfreundlicher als ordnungsrechtliche Vorgaben zur Internalisierung externer Kosten.
- Politisch werden solche Instrumente eher akzeptiert, wenn sie mit dem Abbau regulatorischer Lasten einhergehen und mögliche soziale Härten abgefedert werden.

"Versteckte" umweltbezogene Kosten der Agrarproduktion in der EU 27

Ø 2019/2021



"Umweltsteuern oder ein Zertifikatehandel für umweltschädliche Inputs wären effiziente Instrumente zur verursachergerechten Internalisierung der externen Kosten der Agrarproduktion. Die Implementierung ist jedoch im Vergleich zu Subventionen und Regulierungen mit hohen politischen Kosten verbunden."

Die umweltbezogenen "versteckten" Kosten gemessen am Produktionswert der Landwirtschaft variieren in der EU 27 beträchtlich. In Österreich belaufen sie sich auf 67,4% (Q: WIFO-Berechnungen nach FAO (2023) und Eurostat; Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Werte zu jeweiligen Preisen).

Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip

Hans Pitlik

Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip

Mit der Agrarproduktion sind oft erhebliche Umweltbelastungen verbunden. Während ordnungsrechtliche Vorgaben und Subventionen die Gemeinsame Agrarpolitik dominieren, werden Umweltabgaben und Emissionshandelssysteme – trotz ihrer Effizienzvorteile zur Internalisierung externer Kosten – bislang kaum genutzt. Der Beitrag diskutiert die spezifischen Eigenschaften agrarischer Umweltprobleme, vergleicht marktbasierende und regulatorische Instrumente und untersucht die institutionellen und politischen Ursachen der geringen politischen Durchsetzbarkeit von Umweltabgaben und Emissionshandel im Agrarsektor. Abschließend werden Bedingungen erörtert, unter denen eine stärkere Orientierung des Instrumenteneinsatzes am Verursacherprinzip politisch realisierbar werden könnte.

European Union Agri-Environmental Policy and the Polluter Pays-Principle

Agricultural production is often associated with significant environmental damage. While the Common Agricultural Policy (CAP) continues to be dominated by regulatory measures and subsidies, environmental taxes and emissions trading systems have so far played only a minor role, despite their efficiency advantages in internalising external costs. The article discusses the specific characteristics of agricultural environmental problems, compares market-based and regulatory policy instruments, and examines institutional and political factors shaping the political feasibility of environmental taxes and emissions trading in the agricultural sector. It also explores the conditions under which an application of the Polluter pays-Principle in agri-environmental policy could become politically feasible.

JEL-Codes: Q18, Q58, D72 • **Keywords:** Agrarpolitik, Umweltpolitik, Verursacherprinzip, Reformpolitik

Dieser Beitrag basiert auf einer Studie des WIFO im Auftrag von nature solidarity e.V.: Elisabeth Christen, Gabriel Felbermayr, Hans Pitlik, Franz Sinabell, Optionen zur Umsetzung des Verursacherprinzips in der Landwirtschaft. Ein neuer Ansatz für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (Jänner 2026, 78 Seiten, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66411467>).

Begutachtung: Margit Schratzenstaller • **Wissenschaftliche Assistenz:** Stephan Schreml (stephan.schreml@wifo.ac.at), Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 28. 5. 2026

Kontakt: Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at)

1. Problemstellung

Mit der landwirtschaftlichen Produktion sind häufig beträchtliche Belastungen für Luft, Boden, Gewässer und natürliche Lebensräume verbunden. Obwohl die Umweltschäden durch die Agrarproduktion die Lebensgrundlagen heutiger und künftiger Generationen zunehmend beeinträchtigen, sind deren gesellschaftliche Kosten im Preis der landwirtschaftlichen Güter zumeist nur unzureichend berücksichtigt ("internalisiert").

So schätzt etwa die Food and Agriculture Organization of the United Nations – FAO (2023) die nicht im Marktpreis von Lebensmitteln enthaltenen, "versteckten" Kosten agrarischer Ernährungssysteme auf fast 10% des weltweiten Bruttoinlandsproduktes (Stand 2020). In vielen Regionen, auch in zahlreichen EU-Ländern, übersteigen die ökologischen Folgekosten sogar die ökonomische Wertschöpfung des Agrarsektors. In der EU 27 schwanken die versteckten umweltbezogenen Kosten gemessen am Produktionswert der Landwirtschaft zwischen 31% in den Niederlanden und 288% in Lett-

land (Abbildung 1). In Österreich belaufen sie sich diesen Berechnungen zufolge auf 67,4%.

Aus allokationstheoretischer Sicht sollten die externen Kosten der landwirtschaftlichen Produktion internalisiert werden. Die Frage, ob dabei das Verursacher- oder das Nutznießerprinzip gelten soll, ist im Kern eine Frage der Zuweisung von Eigentumsrechten an der Umwelt.

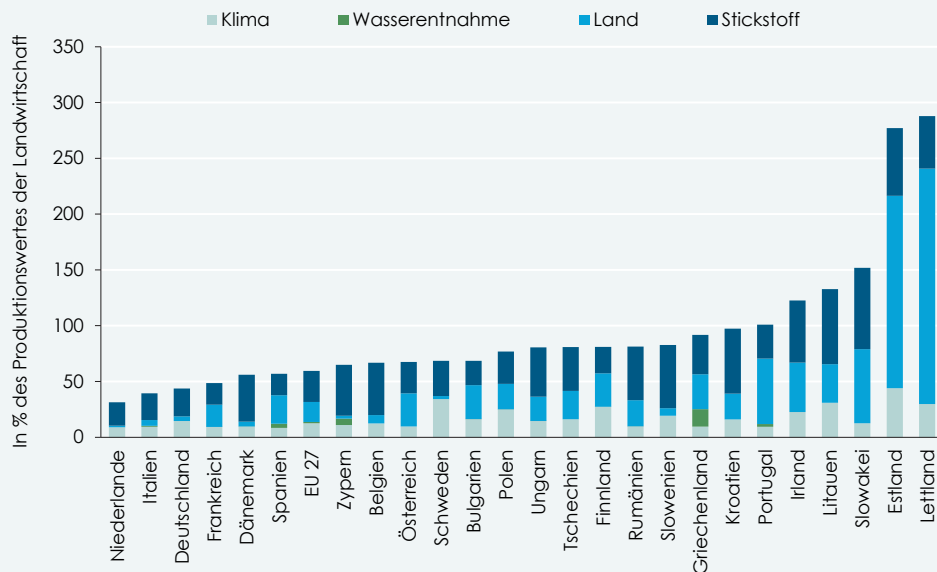
Das **Verursacherprinzip** (Polluter pays-Principle) besagt, dass die Verursacher:innen externer Schäden die Kosten für deren Vermeidung oder Reduktion tragen sollen. Mit Blick auf die Landwirtschaft als Verursacherin externer Umweltkosten legitimiert es regulierende Eingriffe wie Auflagen oder Abgaben, ohne dass eine finanzielle Kompensation vorgesehen ist. Obwohl das Verursacherprinzip schon seit geraumer Zeit die Grundlage der EU-Umweltpolitik darstellt (Art. 191 Abs. 2 AEUV), findet es in der Gemeinsamen Agrarpolitik bislang kaum Anwendung. In der

Praxis dominiert dort das **Nutznießerprinzip** (Beneficiary pays-Principle), demgemäß jene Akteur:innen, die von der Umweltver-

besserung profitieren, die Kosten der Schadensvermeidung tragen sollen, unabhängig davon, wer die Umweltschäden verursacht.

Abbildung 1: "Versteckte" umweltbezogene Kosten der Agrarproduktion in der EU 27

Ø 2019/2021



Q: WIFO-Berechnungen nach FAO (2023) und Eurostat; Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, Werte zu jeweiligen Preisen.

2. Externe Kosten der Agrarproduktion und ihre räumliche Dimension

Der Agrarsektor ist eine bedeutende Quelle von **Treibhausgasen**. Weltweit ist die Landwirtschaft für rund 23% der Treibhausgasemissionen verantwortlich (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC, 2022). Treibhausgase entstehen im Zuge der Tierhaltung als Stoffwechselprodukte, infolge der Ausbringung von Mineraldüngern und organischen Düngemitteln, sowie durch Ernterückstände. Das Emissionsprofil der Landwirtschaft wird durch Methan aus der Tierhaltung und Lachgas aus dem Pflanzenbau geprägt. Beide Gase haben ein weit höheres Treibhauspotenzial als CO₂.

Der Agrarsektor der EU emittierte 2023 365 Mio. t CO₂-Äquivalente¹⁾. Somit waren etwa 11% der gesamten Treibhausgasemissionen der EU direkt auf die Landwirtschaft zurückzuführen (European Environmental Agency – EEA, 2025). Obwohl der Ausstoß seit 1990 gesunken ist, verläuft der Rückgang deutlich langsamer als in anderen Wirtschaftssektoren; seit 2005 betrug er lediglich 7% (EEA, 2025). Prognosen der Europäischen Umweltagentur unterstreichen, dass die EU-Klimaziele für 2030 ohne eine grundlegende instrumentelle Neuausrichtung kaum erreichbar sind. Erschwerend kommt hinzu, dass

landwirtschaftliche Emissionen – im Unterschied zu industriellen Punktquellen – diffus innerhalb komplexer Ökosysteme entstehen. Die Streuung der Emissionen einzelner Einheiten (z. B. Milchkuh, Schlachtbulle, Tonne Stickstoffdünger, Hektar Acker) ist groß und selbst mit hohem technischem Aufwand nicht exakt zu bestimmen.

Die räumliche Wirkung von Treibhausgasen, Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ist ausschlaggebend für die Wahl geeigneter Regulierungsinstrumente und deren politische Ebene. Je globaler der Schaden, desto zentralisierter sollte die zuständige politische Regulierungsebene sein. Treibhausgase vermischen sich global in der Atmosphäre; daher verursacht jede Emission unabhängig vom Entstehungsort einen weltweiten Klimaschaden (IPCC, 2022). Umgekehrt folgt aus einer lokalen Emissionsminderung kein ausschließlich lokaler Klimanutzen. Die Begrenzung agrarischer Treibhausgasemissionen stellt somit ein **globales öffentliches Gut** dar. Aus ökonomischer Perspektive rechtfertigt dies einen supranationalen Regulierungsrahmen für die Internalisierung, wie ihn auch die EU vorgeben müsste, um Wettbewerbsverzerrungen zwischen Agrarproduzenten in

Die Kompetenz für die Internalisierung der globalen Klimaschäden durch Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft sollte bei der EU liegen.

¹⁾ Zur Ermittlung der Gesamtemissionen in Treibhausgasäquivalenten werden verschiedene Treibhausgase

gemäß ihrem Erwärmungspotenzial auf eine äquivalente Menge von CO₂ normiert.

Externe Kosten des Einsatzes stickstoffhaltiger Düngemittel und chemischer Pflanzenschutzmittel sollten in Governance-Systemen mit geteilten supranationalen und nationalen Verantwortlichkeiten internalisiert werden.

den Mitgliedsländern zu vermeiden und durch größere Märkte Effizienzgewinne zu erzeugen.

Im Gegensatz zum weltweit wirksamen Treibhausgasausstoß, zu dem auch **Stickstoffdünger** in Form von Lachgas beiträgt, verursacht die Ausbringung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln oft räumlich konzentrierte Umweltprobleme. Wasserlösliche Verbindungen gelangen zunächst in Oberflächengewässer und, wenn sie von Pflanzen nicht aufgenommen werden, ins Grundwasser. In der EU ist das Grundwasser in zahlreichen Mitgliedsländern erheblich nitratbelastet – trotz der seit 1991 geltenden EU-Nitratrichtlinie stellen die zuständigen Behörden nur geringe Verbesserungen fest. Stickstoff- und Phosphoreinträge verursachen externe Kosten mit unterschiedlicher räumlicher Ausbreitung. Mineralische Komponenten von Stickstoffdüngern verschmutzen zwar primär regionale Grundwasserkörper, führen über Flusssysteme aber auch zur Eutrophierung **grenzüberschreitender Gewässer**, etwa der Nord- und Ostsee (Sutton et al., 2011). Die räumliche Heterogenität ist hoch: Die Bodenbeschaffenheit, Niederschlagsmuster und hydrologische Fließigenschaften beeinflussen, wie stark ein Gebiet auf Nährstoffüberschüsse reagiert (Carpenter et al., 1998). Da praktisch in allen

Gewässern Stickstoff verfrachtet wird, liegt es nahe, auch in diesem Fall der EU einen Teil der Regulierungskompetenz zu geben²⁾. Die unterschiedliche Schadensreichweite rechtfertigt ein mehrstufiges Governance-System, das EU-weit koordinierte Mindeststandards durch differenzierte Regulierungen auf nationaler oder subnationaler Ebene ergänzt.

Dies gilt auch mit Blick auf chemische **Pflanzenschutzmittel**; diese sind aufgrund der unspezifischen Wirkungsweise vieler Substanzen auch für Organismen toxisch, auf die sie nicht abzielen. Schäden in Form von Biodiversitätsverlust oder der Beeinträchtigung von Bodenorganismen treten zwar primär lokal auf der behandelten Fläche oder in angrenzenden Habitaten auf, können aber über Abdrift oder Abschwemmung auch weiter entfernte Biotope betreffen. Rückstände und Abbauprodukte können über atmosphärischen Ferntransport oder Fließgewässer grenzüberschreitende Auswirkungen erzeugen (Stehle & Schulz, 2015). Innerhalb der EU bestehen erhebliche Unterschiede im Pflanzenschutzmitteleinsatz je Produktionseinheit – ein Hinweis auf die hohe Heterogenität der Grenzvermeidungskosten, die bei der Instrumentenwahl zu berücksichtigen ist.

3. Ordnungsrechtliche versus marktbasierete Instrumente der Agrarumweltpolitik

Aus ökonomischer Perspektive ist die Wahl geeigneter Instrumente zur Internalisierung von negativen Umweltexternalitäten primär eine Effizienzfrage (z. B. Stavins, 2007). Verursacher- und Nutznießerprinzip lassen sich dabei sowohl mit ordnungsrechtlichen als auch mit marktbasiereten Instrumenten kombinieren.

Zu den **ordnungsrechtlichen Instrumenten** zählen Emissions- und Grenzwertregulierungen, Vorgaben zu Technologiestandards und technische Verfahrensvorschriften, flächenbezogene Auflagen und Nutzungsregelungen oder auch Beschränkungen des Einsatzes von Produktionsmitteln, zumeist verbunden mit Dokumentations- und Berichtspflichten. Die Befolgung und Umsetzung verursachen den Landwirt:innen administrativen Aufwand oder entgangene Erwerbsmöglichkeiten und auf staatlicher Ebene hohe Bürokratiekosten. Da ordnungsrechtliche Instrumente einen "one-size-fits-all"-Ansatz anlegen, der heterogene Produktionsbedingungen, technologische Möglichkeiten und Kostenstrukturen ignoriert, ist die Internalisierung zumeist wenig kosteneffizient (Newell & Stavins, 2003).

Marktbasierete Instrumente nutzen dagegen ökonomische Preissignale auf den Märkten,

um negative Externalitäten zu reduzieren oder zu eliminieren. Sie setzen einen Preis für umweltschädliche Aktivitäten fest und zielen darauf ab, umweltfreundliches Verhalten durch finanzielle Anreize statt durch administrative Vorgaben zu erreichen. Steuern auf umweltschädliche Produktionsinputs, Emissionssteuern (CO₂-Abgaben bzw. Umweltsteuern) und Emissionshandel sind preisbasierte Mechanismen zur Internalisierung der externen Kosten der Agrarproduktion im Sinne des Verursacherprinzips. Emittenten werden angereizt, umweltschädliche Emissionen zu vermeiden, indem der Schadstoffeinsatz bzw. -ausstoß bepreist wird.

Umweltsteuern belasten Emissionen oder umweltschädliche Produktionsmittel mit einem Preis, (Steueraufschlag), der idealerweise den Grenzkosten des verursachten Schadens entspricht. Durch den festen Preis je Emissions- bzw. Schadstoffeinheit erhalten Landwirt:innen stabile Investitionssignale für den Einsatz emissionsmindernder Technologien oder die Anpassung des Produktportfolios. Umweltsteuern generieren zudem staatliche Einnahmen, die für die (finanzielle) Kompensation entstehender Lasten oder zur Senkung anderer Abgaben verwendet werden können (These von der "doppelten Dividende"). Nachteilig ist, dass die angestrebte

²⁾ Diesem Sachverhalt wird seit 1991 durch die Richtlinie zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung

durch Nitrate aus landwirtschaftlichen Quellen (91/676/EWG) Rechnung getragen.

Umweltwirkung mengenmäßig nicht direkt gesteuert werden kann.

Dem Verursacherprinzip entspricht auch die Idee eines **Zertifikhandelssystems** (Cap-and-Trade), das zertifizierte Rechte zur Emission von Schadstoffen (z. B. Treibhausgasen) oder zum Einsatz umweltschädigender Betriebsmittel (z. B. Stickstoffdünger) zuerkennt. Durch die Menge ausgegebener Zertifikate wird eine technische Obergrenze ("Cap") für das zulässige Gesamtvolumen an Emissionen (Umweltschädigungen) gesetzt. Diese regulative Vorgabe wird kombiniert mit der Möglichkeit des Handels ("Trade") der Rechte. Je höher die Nachfrage nach Emissionszertifikaten ist, desto stärker steigt bei begrenztem Angebot der Preis (z. B. Meckling & Jenner, 2016; Stavins, 2022). Dies setzt Anreize zur Emissionsminderung und begünstigt Innovationen, ohne den einzelnen Betrieben Verhaltensvorschriften zu machen. Gegenüber Umweltsteuern bietet Cap-and-Trade den entscheidenden Vorzug der ökologischen Mengensicherheit: Der Cap garantiert, dass das festgelegte Reduktionsziel tatsächlich erreicht wird.

Umweltabgaben und Emissionshandel (mit Versteigerung) sind klar dem Verursacherprinzip zuzuordnen. Subventionen hingegen sind normativ ambivalent. Durch Subventionierung sollen Anbieter motiviert werden, auf umweltfreundliche Produktionsverfahren umzustellen³⁾. Die Opportunitätskosten umweltschädlichen Verhaltens steigen, da ein Produzent ohne Reduktion der Umweltbelastungen keine Förderung erhält. Die finanzielle Last der Beseitigung oder Vermeidung von Umweltschäden wird jedoch der Allgemeinheit und den Steuerzahler:innen aufgebürdet und nicht von den Verursachern getragen. Subventionen basieren mithin auf dem Nutznießerprinzip.

Seit ihrem Bestehen ist die EU-Agrarumweltpolitik tendenziell subventions- und regulierungsaffin. Die **Gemeinsame Agrarpolitik** (GAP) entstand 1957 mit den primären Zielen, Ernährungssicherheit zu gewährleisten und die Einkommen der Landwirt:innen zu stabilisieren. Umweltbestimmungen haben erst viel später an Bedeutung gewonnen (Lakner & Röder, 2024). Zu Beginn der 2000er-Jahre wurden Umwelt-Konditionalitäten implementiert und Direktzahlungen an die Einhaltung von Umwelt-, Tierwohl- und Pflanzenschutzauflagen gebunden. Seit 2015 werden wachsende Teile des Agrarbudgets zur Abgeltung von Ökosystemleistungen ("Greening", ab 2023 "Eco-Schemes") verwendet. Die GAP-Periode 2023 bis 2027 führt diese Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen fort.

Die Vermeidung von Umweltschäden wird vorrangig über regulatorische Auflagen angestrebt, die zum Teil nicht der GAP selbst entstammen (z. B. Nitrat-Richtlinie, Pestizidzulassungen) und von den Produzent:innen erfüllt werden müssen, um Direktzahlungen zu erhalten. Umweltfreundlichere Produktionsmethoden werden durch die GAP subventioniert, sind aber kaum an umweltpolitische Erfolge geknüpft. Insbesondere kleine landwirtschaftliche Betriebe leiden in der Abwicklung unter einem erheblichen Verwaltungsaufwand.

2024 wurden aus dem EU-Agrarbudget 55,6 Mrd. € ausgezahlt. Davon entfielen rund 13,3 Mrd. € (23,8%) auf "Greening"-Direktzahlungen und Zahlungen mit klimapolitischem Bezug im Rahmen der Ländlichen Entwicklung. Produktionsentkoppelte Direktzahlungen machten rund 24,2 Mrd. € bzw. 43,5% des EU-Agrarbudgets aus. Marktstützung, gekoppelte Direktzahlungen und Exporterstattungen beliefen sich in Summe auf 7,4 Mrd. € (13,3%). Für Ländliche Entwicklung ohne expliziten klimapolitischen Bezug wurden 10,8 Mrd. € (19,5%) ausbezahlt (Abbildung 2).

Trotz des hohen Mitteleinsatzes bleiben die Erfolge im Klima-, Umwelt- und Tierschutz sowie in der Bewahrung der Artenvielfalt deutlich hinter den Erwartungen zurück (Europäischer Rechnungshof, 2024). Klimapolitik im Agrarsektor ist weiterhin durch Regulierungen, Förderprogramme und einkommensstützende Transfers geprägt. Umweltauflagen bei Cross-Compliance, Greening-Zahlungen oder Eco-Schemes sind oft wenig ambitioniert, schwer kontrollierbar und kaum effektiv. Marktbasierte Instrumente und das Verursacherprinzip, die in anderen Industriezweigen und Sektoren erfolgreich Anwendung finden, kommen in der Agrarpolitik bislang allenfalls rudimentär zum Einsatz.

Das **Europäische Emissionshandelssystem** (EU-ETS) fungiert als zentrales marktwirtschaftliches Klimaschutzinstrument der Europäischen Union. Es deckt zwar Schlüsselindustrien und -branchen ab, die für einen beträchtlichen Anteil der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, der Agrarsektor ist jedoch nach wie vor nicht vom EU-ETS erfasst. Enthalten sind lediglich Emissionen aus dem Energie- und dem Dieserverbrauch landwirtschaftlicher Maschinen und Nutzfahrzeuge. Die Lastenteilungsverordnung (Effort Sharing Regulation – ESR) ergänzt das EU-ETS. Sie legt Treibhausgas-Reduktionsziele für vom Emissionshandel nicht erfasste Sektoren fest. Zielgröße ist eine EU-weite Emissionsminderung von 40% bis 2030 gegenüber 2005. Die ESR ist als nationales Gesamtemissionsbudget konstruiert, um den Mitgliedslän-

Regulatorische Bestimmungen und an Umweltbedingungen gekoppelte Direktzahlungen dominieren innerhalb der GAP.

³⁾ Eine Variante sind direkte Zahlungen für klar definierte Ökosystemleistungen (Payments for Ecosystem

Services), die jedoch nur für rein positive externe Effekte infrage kommen.

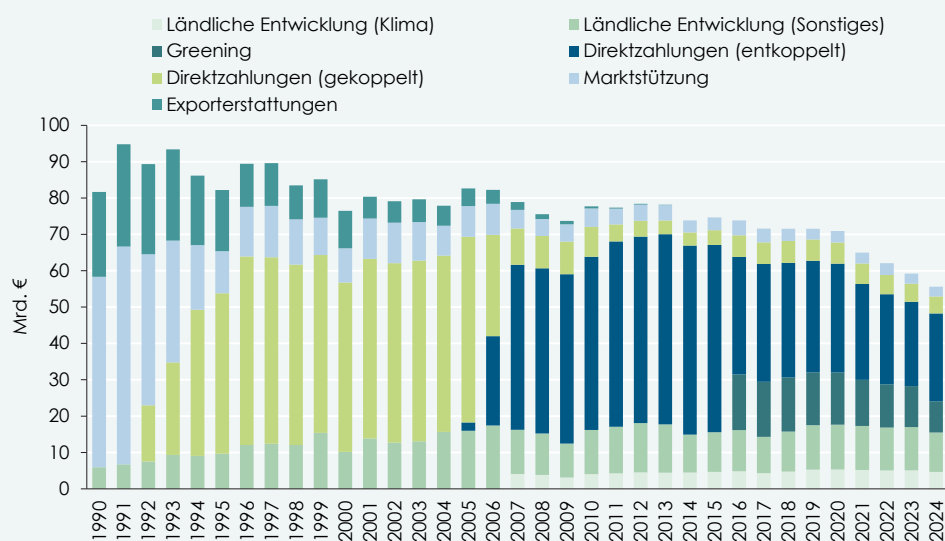
dem freizustellen, über welche Sektoren sie die Emissionsreduktion erreichen wollen.

Das ETS 2, dessen Implementierung für 2028 geplant ist, wird die Sektoren Verkehr und Gebäude in den Emissionshandel einbeziehen, während die Landwirtschaft mit ihren klimarelevanten Emissionen explizit außen vor bleibt. Mit Einführung des ETS 2 verschärft sich vielmehr die asymmetrische Behandlung der Landwirtschaft in der Klimapolitik, da die Steuerung agrarischer Emissionen über nationale Reduktionsverpflichtungen erfolgen wird. Die institutionelle Trennung geht mit unterschiedlichen Steuerungslogiken einher: In den vom ETS 2 erfassten Sektoren dominiert das Verursacherprinzip in Form marktbasierter Preissignale, während die Landwirtschaft nach wie vor über kompensations- und ordnungsrechtliche Instrumente adressiert wird.

Auch auf Ebene der **Mitgliedsländer** wird die Landwirtschaft eher selten durch spezifische Umweltabgaben erfasst. So setzen zwar zahlreiche Länder auf CO₂-Emissionssteuern, besteuern aber typischerweise keine Emissionen aus Tierhaltung oder Pflanzenbau. Steuern auf agrarische Inputs mit negativen Umweltfolgen sind bisweilen anzutreffen, aber oft ineffektiv (Finger & Pedersen, 2025). Steuern auf den Pestizideinsatz gibt es in Schweden, Dänemark, Italien und Frankreich (Bjørnåvold et al., 2023). In Dänemark bemisst sich die Höhe der Pestizidabgabe an den gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen. Das Land wird ab 2030 schrittweise Steuern auf Treibhausgasemissionen aus landwirtschaftlichen Quellen (Viehbestand, Düngemiteleinsatz) einführen (Searchinger & Waite, 2024). Ein Eckpfeiler des Plans ist die Verpflichtung, die erzielten Einnahmen an den Agrarsektor zu transferieren.

Abbildung 2: **Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)**

1990/2024; real, zu Preisen von 2024



Q: WIFO-Berechnungen auf Basis der Europäischen Kommission (CAP-Ausgaben und CAP-Reformen nach 2013. https://agriculture.ec.europa.eu/data-and-analysis/financing/cap-expenditure_de). Die nominellen Werte wurden mit dem BIP-Deflator der Weltbank für die Europäische Union deflationiert (Weltbank, World Development Indicators, Inflation, BIP-Deflator (in % p. a., <https://data.worldbank.org>)).

4. Politökonomische Aspekte einer Agrarumweltpolitik nach dem Verursacherprinzip

4.1 Warum marktbasierende Instrumente politisch unattraktiv sind

Obwohl marktbasierenden Instrumenten in der Umweltökonomie hohe Effizienzvorteile zugeschrieben werden, spielen sie in der Agrarumweltpolitik der EU bislang nur eine un-

tergeordnete Rolle⁴). Die Dominanz ordnungsrechtlicher und subventionsbasierter Instrumente lässt sich weniger durch technische oder ökonomische Gründe erklären als vielmehr durch die politökonomischen Rahmenbedingungen der GAP. Jüngere Initiativen unterstreichen das wachsende

⁴) Drews et al. (2024) zeigen in einer umfragebasierten Studie, dass Wissenschaftler:innen anderer Disziplinen zur Bekämpfung des anthropogenen Klimawandels eher direkte Regulierungen als marktbasierende

Instrumente befürworten. Das Vertrauen in Marktmechanismen überwiegt dagegen im Wesentlichen nur unter Ökonom:innen.

Interesse an einer Stärkung des Verursacherprinzips (z. B. Bognar et al., 2023; Cammeo et al., 2024).

Umweltschutzanforderungen nach dem Verursacherprinzip verringern die Gewinne (z. B. Matthews & O'Neill, 2025) und Instrumente wie Emissionsabgaben oder handelbare Zertifikate erzeugen unmittelbar spürbare Kosten für landwirtschaftliche Betriebe. Anders als Regulierungen oder Förderprogramme gehen sie mit expliziten finanziellen Belastungen einher und machen die Kosten klimapolitischer Maßnahmen transparent. Eben diese Transparenz schmälert ihre politische Attraktivität. Während Subventionen mit sichtbaren Vorteilen verbunden sind und Regulierungen häufig nur indirekte und administrative Kosten verursachen, erzeugen umweltbezogene Abgaben unmittelbar wahrnehmbare Einkommensverluste.

Im Interessengeflecht der Agrarpolitik zählen Bauernverbände, Konsument:innen und Steuerzahler:innen sowie Umweltverbände zu den Stakeholder-Gruppen. Dabei weist die Landwirtschaft trotz ihres geringen Anteils an Beschäftigung und Wertschöpfung in den meisten EU-Mitgliedsländern einen hohen politischen Organisationsgrad auf. Agrarverbände sind traditionell eng in agrarpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden und können sektorale Interessen wirksam vertreten. Kleine, gut organisierte Gruppen sind nach der Theorie kollektiven Handelns (Olson, 1965) politisch häufig durchsetzungsfähiger als Vertreter:innen diffuser Konsumenten- oder Umweltinteressen. Dies gilt insbesondere dann, wenn sich Regulierungskosten konzentrieren, während die Vorteile einer Emissionsminderung breit gestreut und langfristig wirksam sind.

Als Gegengewicht sind Verbraucher:innen bzw. Steuerzahler:innen und Umweltverbände schwach organisiert und wenig einflussreich (Gawel et al., 2014; Mennig, 2024; Nedergaard, 2006). Zudem zögern Umweltorganisationen und Klimaschutz-NGOs, marktbasierende Instrumente zu unterstützen; dies erklärt sich zum Teil aus der Sorge, dass durch marktliche Anreizsysteme das Gesamtniveau des Klimaschutzes sinken könnte oder ein unmoralisches "Recht auf Verschmutzung" etabliert würde. Insofern kann gerade ein erfolgreiches Engagement von NGOs (Non-Governmental Organization) zur Prävalenz regulierungsbasierter Politik beitragen.

Auch die (theoretische) Wahl zwischen Umweltsteuern und Zertifikatehandel ist keine rein technische, sondern eine strategisch-politische Entscheidung. Durch Ausnahmeregelungen unverwässerte Abgabenlösungen könnten einfach und transparent sein, was den Spielraum für Lobbyismus verringert, scheitern allerdings regelmäßig am Widerstand der Wähler:innen und Interessen-

gruppen gegen neue Steuern. Für die aus dem Zertifikats-Cap abgeleiteten handelbaren Emissionsrechte ist die Zuteilungsmethode auf die Unternehmen von zentraler Bedeutung. Werden Zertifikate selektiv oder unentgeltlich, etwa auf Basis historischer Emissionsdaten ("grandfathering"), vergeben, wirkt dies als Markteintrittsbarriere für neue Anbieter und kann bestehenden Unternehmen sogar zusätzliche Einnahmen verschaffen, sofern sie Zertifikate veräußern (Keohane et al., 2019; Skjærseth & Wettestad, 2009). Durch kostenlose Zuteilung von Zertifikaten bedienen Politiker:innen organisierte Produzenteninteressen und können sich so deren Unterstützung sichern (Mathys & de Melo, 2011). So sind sogar ambitioniertere Klimaziele politisch durchsetzbar als in einem reinen Abgabenregime. Allerdings ist auch die Höhe des Emissionsdeckels das Ergebnis eines politischen Verhandlungsprozesses. Dies birgt die Gefahr einer zu lockeren Obergrenze, was zu niedrigen Preisen und geringer Lenkungswirkung führt.

Die GAP war über Jahrzehnte darauf ausgerichtet, Einkommen zu sichern, Produktionsrisiken abzufedern und ländliche Räume zu fördern. Die Verteuerung umweltbelastender Produktionsweisen kollidiert mit dieser traditionellen Zielstruktur. Klimapolitisch erwünschte Verhaltensänderungen werden daher vorzugsweise durch Abgeltung von Ökosystemleistungen im Rahmen der Cross-Compliance oder Eco-Schemes organisiert (Sinabell et al., 2011). Regulatorische Auflagen lassen sich politisch gut kommunizieren und ermöglichen sogar eine rein symbolische Umweltpolitik. Die Befolgung administrativer Vorschriften ("compliance") bringt aber vor allem für kleine Betriebe substanziellen Aufwand mit sich, während größere Unternehmen in Relation zum Umsatz geringere administrative Lasten tragen (Espinosa Diaz et al., 2023). Die Bauernproteste der Jahre 2023/24 richteten sich vor allem gegen die als asymmetrisch wahrgenommene Belastung der Landwirtschaft durch Umweltauflagen, die als Bedrohung für Einkommen und Wettbewerbsfähigkeit der Landwirt:innen gelten (Matthews, 2024; Mayol & Porcher, 2025).

Die Dominanz regulatorischer Instrumente erzeugt zugleich institutionelle Pfadabhängigkeit. Verwaltungssysteme, Kontrollmechanismen und Förderstrukturen sind historisch auf Direktzahlungen und Konditionalitäten ausgerichtet. Standardauflagen (Greening, Eco-Schemes) oder Bewirtschaftungsvorschriften werden in der Verwaltung präferiert, da sie in bestehende Kontrollstrukturen integriert sind. Während der Umfang von Finanzhilfen an die Landwirtschaft durch die Notwendigkeit der Gegenfinanzierung begrenzt wird, sind umweltpolitische Regulierungen aus Sicht der Politik budgetschonend.

Eine Politik, die landwirtschaftliche Verursacher von Umweltschäden belastet, ist für wiederwahlorientierte Regierungen wenig attraktiv.

Die geringe Bedeutung marktbasierter Instrumente ist zudem eng mit den institutionellen Entscheidungsstrukturen der EU verknüpft. Reformen der GAP erfordern breite politische Mehrheiten im Rat und im Europäischen Parlament und werden häufig durch komplexe Kompromisse zwischen Mitgliedsländern mit unterschiedlichen agrarstrukturellen Interessen geprägt. Konfliktlinien verlaufen nicht nur zwischen Landwirtschaft und Umweltpolitik, sondern auch zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern des EU-Haushalts sowie zwischen Mitgliedsländern mit unterschiedlich emissionsintensiven Produktionssystemen. Länder mit bedeutender Viehzucht oder hoher agrarischer Wertschöpfung stehen marktbasierter Instrumenten häufig skeptischer gegenüber als solche mit kleinerem Agrarsektor.

4.2 Verteilungswirkungen

Sowohl preisbasierte (z. B. Steuern) als auch mengenbasierte Instrumente (z. B. Cap-and-Trade-Systeme) erhöhen die Preise umweltbelastender Inputs. Ein möglicher Grund für politische Zurückhaltung bei der Einführung liegt in den potenziellen Verteilungswirkungen, da die höheren Produktionskosten teilweise auf die Verbraucherpreise überwälzt

werden könnten (Sager, 2023; Schaffer, 2021). Berechnungen von Oebel et al. (2025) lassen sogar vermuten, dass die Internalisierung aller externen Kosten die Endverbraucherpreise tierischer Agrarprodukte verdoppeln würde. Bereits moderate Agrarpreissteigerungen könnten erheblichen politischen Widerstand auslösen. Durch Wegfall der ebenfalls in den Preisen abgebildeten regulatorischen Belastungen ließen sich die Preiseffekte allerdings dämpfen.

Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel am Haushaltseinkommen schwankt in der EU und ist in Ländern mit höherem Pro-Kopf-Einkommen zumeist niedriger (Übersicht 1). Während in einigen Ländern der Ausgabenanteil mit dem Haushaltseinkommen deutlich sinkt, verzeichnen vor allem wohlhabendere Mitgliedsländer kaum Unterschiede zwischen den Einkommensquintilen.

Wie Befragungsstudien und experimentelle Befunde (z. B. Baranzini & Carattini, 2017; Bergquist et al., 2022; Sommer et al., 2020) zeigen, werden Umweltabgaben eher befürwortet, wenn die damit erzielten Einnahmen transparent und zweckgebunden in Umweltprojekte oder die Entlastung der Bürger:innen fließen.

Übersicht 1: **Anteile der Ausgaben für Nahrungsmittel am Haushaltseinkommen 2020**

| | Erstes Quintil | Zweites Quintil | Drittes Quintil | Viertes Quintil | Fünftes Quintil | Verhältnis zwischen fünftem und erstem Einkommens- quintil |
|--------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|--|
| | Anteil in % | | | | | |
| Belgien | 13,3 | 14,2 | 14,4 | 14,3 | 14,9 | 1,12 |
| Bulgarien | 31,2 | 27,1 | 25,3 | 22,9 | 18,9 | 0,61 |
| Dänemark | 11,2 | 11,9 | 11,8 | 11,4 | 10,5 | 0,94 |
| Deutschland | 12,7 | 11,4 | 10,6 | 10,2 | 8,9 | 0,70 |
| Estland | 25,5 | 19,8 | 18,8 | 17,6 | 13,2 | 0,52 |
| Irland | 12,1 | 12,0 | 11,6 | 10,9 | 10,0 | 0,83 |
| Griechenland | 21,0 | 21,5 | 19,9 | 18,6 | 16,6 | 0,79 |
| Spanien | 18,3 | 17,5 | 16,5 | 15,8 | 13,8 | 0,75 |
| Frankreich | 13,4 | 13,8 | 14,3 | 13,8 | 11,9 | 0,89 |
| Kroatien | 25,5 | 21,8 | 20,4 | 18,3 | 16,7 | 0,65 |
| Zypern | 20,4 | 17,7 | 15,2 | 13,1 | 10,4 | 0,51 |
| Lettland | 25,0 | 22,3 | 20,3 | 20,0 | 15,5 | 0,62 |
| Litauen | 26,6 | 22,6 | 22,2 | 22,5 | 19,8 | 0,74 |
| Luxemburg | 11,0 | 8,9 | 8,9 | 8,4 | 7,5 | 0,68 |
| Ungarn | 16,0 | 15,5 | 15,6 | 14,7 | 13,8 | 0,86 |
| Malta | 22,7 | 22,6 | 18,5 | 16,7 | 14,6 | 0,64 |
| Niederlande | 10,6 | 10,5 | 10,7 | 10,6 | 10,4 | 0,98 |
| Österreich | 12,5 | 11,3 | 11,4 | 10,5 | 9,5 | 0,76 |
| Polen | 22,5 | 23,8 | 24,0 | 23,2 | 20,4 | 0,91 |
| Slowenien | 16,7 | 14,4 | 12,9 | 11,9 | 10,7 | 0,64 |
| Slowakei | 20,5 | 19,6 | 18,9 | 18,2 | 16,9 | 0,82 |
| Finnland | 14,3 | 12,8 | 14,2 | 13,2 | 11,9 | 0,83 |

Q: Eurostat, Struktur der Verbrauchsausgaben nach Quintil des Haushaltseinkommens und COICOP-Verwendungszweck (Online-Datencode: hbs_str_t223). Datenstand: 15. 10. 2025.

5. Fazit

Trotz politökonomischer Hindernisse erscheint ein vermehrter Einsatz marktbasierter Instrumente in der EU-Agrarumweltpolitik mittel- bis langfristig nicht ausgeschlossen. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Verwendung der Einnahmen. Werden Erlöse aus Klimaabgaben oder Emissionshandelssystemen an den Agrarsektor rückverteilt, indem sie z. B. zum Ausgleich sozialer Härten eingesetzt oder für Investitionen in klimafreundliche Technologien genutzt werden, lassen sich politische Widerstände reduzieren.

Zu den Erfolgsvoraussetzungen einer Kehrtwende, hin zu einer am Verursacherprinzip ausgerichteten Bepreisung von Umweltschäden, zählt ein sozialer Ausgleich, um die Bürger:innen zu gewinnen und politische Blockaden zu vermeiden (Blattner, 2020). Ein sozial gestaffeltes "Klimageld" oder eine "Öko-Dividende", die potenziell aus Agrar-Umweltsteuern oder Agrar-Umweltzertifikaten finanziert werden, könnten als flankierende Maßnahmen temporär helfen (Schaper et al., 2025). Sofern Agrarsubventionen abgebaut werden, könnte sich eine weitere Finanzierungsquelle aufbauen. Da Sozialpolitik nicht vorrangig EU-Aufgabe ist, müsste der soziale Ausgleich primär auf Ebene der Mitgliedsländer erfolgen. Die EU hat allerdings den Klimasozialfonds für den Zeitraum 2026 bis 2032 eingerichtet, in den ein Teil der Einnahmen

aus dem ETS 2 fließt. Das ETS 2 internalisiert Kosten konsequent nach dem Verursacherprinzip, erzeugt damit aber politisch inakzeptable Verteilungseffekte. Der Klimasozialfonds federt genau diese unerwünschten Effekte ab, ohne das Preissignal des Emissionshandels zu untergraben.

Die Akzeptanz marktbasierter Instrumente unter landwirtschaftlichen Produzent:innen hängt auch davon ab, ob sie mit dem Rückbau regulatorischer Lasten einhergehen. Marktliche Lösungen sind politisch eher vermittelbar, wenn Detailregulierungen reduziert und den Betrieben mehr Flexibilität bei der Wahl der Anpassungsstrategien eröffnet werden.

Besonders konfliktträchtig ist die Gefahr internationaler Wettbewerbsnachteile. So befürchten viele Mitgliedsländer Produktionsverlagerungen oder steigende Importe aus Ländern mit laxeren Umweltstandards. Diese Argumentation besitzt politisch erhebliches Gewicht, auch wenn die Evidenz einer tatsächlichen Emissionsverlagerung (Carbon Leakage) im Agrarsektor begrenzt ist (siehe dazu den Beitrag von Christen & Sinabell, 2026, in diesem Heft). Eine europäische Lösung dürfte entscheidend sein, um den Wettbewerbsbedenken zu begegnen.

Die Bereitschaft zur Einführung marktbasierter Instrumente nach dem Verursacherprinzip setzt die temporäre Kompensation sozialer Härten und entstehender Wettbewerbsnachteile voraus.

6. Literaturhinweise

- Baranzini, A., & Carattini, S. (2017). Effectiveness, earmarking and labeling: Testing the acceptability of carbon taxes with survey data. *Environmental Economics and Policy Studies*, 19(1), 197-227. <https://doi.org/10.1007/s10018-016-0144-7>.
- Bergquist, M., Nilsson, A., Haring, N., & Jagers, S. C. (2022). Meta-analyses of fifteen determinants of public opinion about climate change taxes and laws. *Nature Climate Change*, 12(3), 235-240. <https://doi.org/10.1038/s41558-022-01297-6>.
- Bjørnåvold, A., David, M., Mermet-Bijon, V., Beaumais, O., Crastes Dit Sourd, R., Van Passel, S., & Martinet, V. (2023). To tax or to ban? A discrete choice experiment to elicit public preferences for phasing out glyphosate use in agriculture. *PLOS ONE*, 18(3), e0283131. <https://doi.org/10.1371/journal.pone.0283131>.
- Blattner, C. (2020). Just Transition for Agriculture? A Critical Step in Tackling Climate Change. *Journal of Agriculture, Food Systems, and Community Development*, 9(3), 1-6. <https://doi.org/10.5304/jafscd.2020.093.006>.
- Bognar, J., Lam, L., Forestier, O., Finesso, A., Bolscher, H., Springer, K., Nesbit, M., Nadeu, E., Hiller, N., Dijk, R. van, Jakob, M., Tarpey, J., McDonald, H., Zakkour, P., Heller, C., Görlach, B., Scheid, A., Tremblay, L.-L., (2023). Pricing agricultural emissions and rewarding climate action in the agri-food value chain. Europäische Kommission, Trinomics. <https://doi.org/10.2834/200>.
- Cammeo, J., Ferrari, A., Borghesi, S., Zens, G., & de Bonfils, L. (2024). The functioning and socio-economic impacts of the EU Emissions Trading System: Updated evidence and insights. *SPES Working Paper*, (7.1).
- Carpenter, S. R., Caraco, N. F., Correll, D. L., Howarth, R. W., Sharpley, A. N., & Smith, V. H. (1998). Nonpoint pollution of surface waters with phosphorus and nitrogen. *Ecological Applications*, 8(3), 559-568. [https://doi.org/10.1890/1051-0761\(1998\)008%5B0559:NPOSWW%5D2.0.CO;2](https://doi.org/10.1890/1051-0761(1998)008%5B0559:NPOSWW%5D2.0.CO;2).
- Christen, E., & Sinabell, F. (2026). Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierende Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik. *WIFO-Monatsberichte*, 99(6), 315-324. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71961225>.
- Drews, S., Savin, I., & Van Den Bergh, J. (2024). A Global Survey of Scientific Consensus and Controversy on Instruments of Climate Policy. *Ecological Economics*, 218, 108098. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2023.108098>.
- Espinosa Diaz, S., Riccioli, F., Di Iacovo, F., & Moruzzo, R. (2023). Transaction Costs in Agri-Environment-Climate Measures: A Review of the Literature. *Sustainability*, 15(9), 7454. <https://doi.org/10.3390/su15097454>.
- Europäischer Rechnungshof (2024). *Common Agricultural Policy Plans. Greener, but not matching the EU's ambitions for the climate and the environment*. Special Report No. 20.
- European Environmental Agency – EEA (2025). *Trends and projections in Europe 2025*. <https://www.eea.europa.eu/en/analysis/publications/trends-and-projections-in-europe-2025>.

- Finger, R., & Pedersen, A. B. (2025). Input taxes in agriculture: Experiences and perspectives for European agriculture. *Ecological Economics*, 233, 108575. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2025.108575>.
- Food and Agriculture Organization of the United Nations – FAO (2023). *The State of Food and Agriculture 2023. Revealing the true cost of food to transform agrifood systems*. <https://doi.org/10.4060/cc7724en>.
- Gawel, E., Strunz, S., & Lehmann, P. (2014). A public choice view on the climate and energy policy mix in the EU – How do the emissions trading scheme and support for renewable energies interact? *Energy Policy*, 64, 175-182. <https://doi.org/10.1016/j.enpol.2013.09.008>.
- Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC (2022). *Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change*. In Shukla, (P. R., Skea, J., Slade, R., Al Khourdajie, A., van Diemen, R., McCollum, D., Pathak, M., Some, S., Vyas, P., Fradera, R., Belkacemi, M., Hasija, A., Lisboa, G., Luz, S., & Malley, J. (Hrsg.)). <https://doi.org/10.1017/9781009157926>.
- Keohane, N. O., Revesz, R. L., & Stavins, R. N. (2019). The Choice of Regulatory Instruments in Environmental Policy. In Menell, P. S. (Hrsg.), *Environmental Law* (1. Auflage, 491-545). Routledge. <https://doi.org/10.4324/9781315194288-10>.
- Lakner, S., & Röder, N. (2024). Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU: Flaggschiff-Politik oder ewige Reformruine? *Wirtschaftsdienst*, 104(3), 159-164. <https://doi.org/10.2478/wd-2024-0047>.
- Mathys, N. A., & de Melo, J. (2011). Political Economy Aspects of Climate Change Mitigation Efforts. *The World Economy*, 34(11), 1938-1954. <https://doi.org/10.1111/j.1467-9701.2011.01417.x>.
- Matthews, A. (2024). Farmer Protests and the 2024 European Parliament Elections. *Intereconomics*, 59(2), 83-87. <https://doi.org/10.2478/ie-2024-0018>.
- Matthews, A., & O'Neill, M. (2025). *Designing Agricultural Climate Policy in Ireland from 2030 to Net Zero*. Institute for International and European Affairs.
- Mayol, A., & Porcher, S. (2025). Analysis of the determinants of support and participation in carbon tax riots in France. *Applied Economics*, 57(15), 1784-1802. <https://doi.org/10.1080/00036846.2024.2316666>.
- Meckling, J., & Jenner, S. (2016). Varieties of market-based policy: Instrument choice in climate policy. *Environmental Politics*, 25(5), 853-874. <https://doi.org/10.1080/09644016.2016.1168062>.
- Mennig, P. (2024). A never-ending story of reforms: On the wicked nature of the Common Agricultural Policy. *Npj Sustainable Agriculture*, 2(1), 20. <https://doi.org/10.1038/s44264-024-00027-z>.
- Nedergaard, P. (2006). Market Failures and Government Failures: A Theoretical Model of the Common Agricultural Policy. *Public Choice*, 127(3-4), 385-405. <https://doi.org/10.1007/s11127-005-9000-1>.
- Newell, R. G., & Stavins, R. (2003). Cost Heterogeneity and the Potential Savings from Market-Based Policies. *Journal of Regulatory Economics*, 23(1), 43-59. <https://doi.org/10.1023/A:1021879330491>.
- Oebel, B., Stein, L., Michalke, A., Stoll-Kleemann, S., & Gaugler, T. (2025). Towards true prices in food retailing: The value added tax as an instrument transforming agri-food systems. *Sustainability Science*, 20(5), 1705-1722. <https://doi.org/10.1007/s11625-024-01477-7>.
- Olson, M. (1965). *The logic of collective action: Public goods and the theory of groups*. Harvard University Press.
- Sager, L. (2023). The global consumer incidence of carbon pricing: Evidence from trade. *Energy Economics*, 127, 107101. <https://doi.org/10.1016/j.eneco.2023.107101>.
- Schaffer, L. M. (2021). The politics of green taxation. In Hakelberg, L., & Seelkopf, L. (Hrsg.), *Handbook on the Politics of Taxation*. Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781788979429.00024>.
- Schaper, J., Franks, M., Koch, N., Plinke, C., & Sureth, M. (2025). On the emission and distributional effects of a CO₂eq-tax on agricultural goods – The case of Germany. *Food Policy*, 130, 102794. <https://doi.org/10.1016/j.foodpol.2024.102794>.
- Searchinger, T., & Waite, R. (2024). *Denmark's Groundbreaking Agriculture Climate Policy Sets Strong Example for the World*. World Resources Institute. <https://www.wri.org/insights/denmark-agriculture-climate-policy> (abgerufen am 18. 5. 2026).
- Sinabell, F., Pitlik, H., & Schmid, E. (2011). Options of Financing the CAP – Consequences for the Distribution of Farm Payments. In Sorrentino, A. (Hrsg.), *The Common Agricultural Policy after the Fischer Reform. National Implementations, Impact Assessment and the Agenda for Future Reforms*. Ashgate. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4126786> (abgerufen am 1. 6. 2026).
- Skjærseth, J. B., & Wettestad, J. (2009). The Origin, Evolution and Consequences of the EU Emissions Trading System. *Global Environmental Politics*, 9(2), 101-122. <https://doi.org/10.1162/glep.2009.9.2.101>.
- Sommer, S., Mattauch, L., & Pahle, M. (2020). *Supporting Carbon Taxes: The Role of Fairness*. RWI. <https://doi.org/10.4419/96973010>.
- Stavins, R. (2007). Environmental Economics. *NBER Working Papers*, (13574). <https://doi.org/10.3386/w13574>.
- Stavins, R. (2022). The Relative Merits of Carbon Pricing Instruments: Taxes versus Trading. *Review of Environmental Economics and Policy*, 16(1), 62-82. <https://doi.org/10.1086/717773>.
- Stehle, S., & Schulz, R. (2015). Pesticide authorization in the EU – environment unprotected? *Environmental Science and Pollution Research*, 22(24), 19632-19647. <https://doi.org/10.1007/s11356-015-5148-5>.
- Sutton, M. A., Howard, C. M., Erismann, J. W., Billen, G., Bleeker, A., Grennfelt, P., Van Grinsven, H., & Grizzetti, B. (Hrsg.; 2011). *The European Nitrogen Assessment: Sources, Effects and Policy Perspectives* (1. Auflage). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511976988>.

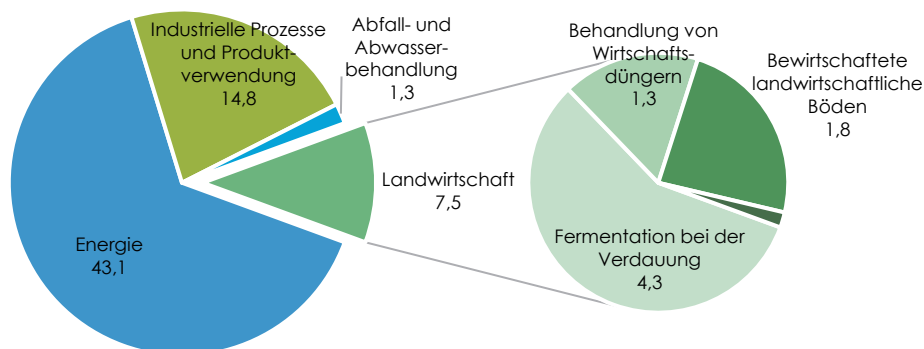
Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierende Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Elisabeth Christen, Franz Sinabell

- Die Landwirtschaft verursacht durch Treibhausgasemissionen, Stickstoffeinträge und Pflanzenschutzmittel externe Kosten, die sich nicht in den Marktpreisen von Agrargütern spiegeln.
- Um die negativen Umweltwirkungen der Landwirtschaft abzumildern, setzt die EU-Umweltpolitik derzeit auf Ordnungsrecht, ergänzt durch Agrarumweltprogramme und Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Dieser Ansatz widerspricht dem im EU-Primärrecht verankerten Verursacherprinzip und lässt viele ökologische Kernprobleme ungelöst.
- Ein inputbasierter Zertifikatehandel (Cap-and-Trade) für die Tierhaltung, Stickstoffdünger und andere Betriebsmittel erscheint als ökonomisch und administrativ realisierbarer Reformweg, da er auf bestehenden Kontroll- und Registriersystemen aufsetzen könnte.
- Eine wirksame EU-weite Agrarumweltpolitik erfordert eine handelspolitische Flankierung, um Emissionsverlagerung auf globaler Ebene zu verhindern.
- Neben einer Erweiterung des bestehenden CO₂-Grenzausgleichssystems auf Agrargüter kommen mit dem Leakage Border Adjustment Mechanism (LBAM) und einer verbrauchsbasierten Abgabe zwei konzeptionell neue Alternativen in Betracht, die administrativ breiter einsetzbar wären und WTO-rechtlichen Anforderungen besser genügen würden.

Treibhausgasemissionen Österreichs nach Sektoren (ohne LULUCF)

2024, in Mio. t CO₂-Äquivalenten



"Die Emissionsbepreisung im Agrarsektor muss handelspolitisch durch ein angepasstes Grenzausgleichssystem flankiert werden, um innerhalb der EU und gegenüber Produzenten in Drittländern gleiche Wettbewerbsbedingungen herzustellen."

Die österreichische Landwirtschaft emittierte 2024 7,5 Mio. t CO₂-Äquivalente. Mit 4,3 Mio. t entstammte mehr als die Hälfte des Ausstoßes dem Stoffwechsel von Nutztieren (Q: United Nations, Climate Change, Resources (<https://unfccc.int/resources>). 2026 National Inventory Document (NID) and Common Reporting Tables (CRT) für Österreich, Stand: 15. April 2026. LULUCF . . . Land Use Land Use Change and Forestry).

Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierte Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Elisabeth Christen, Franz Sinabell

Externe Kosten der Landwirtschaft: Marktbasierte Instrumente und handelspolitische Flankierung einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik

Der Agrarsektor verursacht global wirksame Umweltschäden, deren Ausmaß seine ökonomische Wertschöpfung in vielen Regionen übersteigt. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU, die auf Ordnungsrecht und Subventionen setzt, verfehlt viele Umweltziele. Der vorliegende Beitrag legt dar, wie marktbasierte Instrumente nach dem Verursacherprinzip – Agrarumweltabgaben und handelbare Zertifikate – externe Kosten der Landwirtschaft internalisieren könnten. Da unilaterale Maßnahmen der EU ohne handelspolitische Flankierung Produktions- und Emissionsverlagerungen in Drittländer (Leakage) zur Folge hätten, werden drei Optionen für einen Grenzausgleich im Agrarsektor untersucht: eine Erweiterung des bestehenden CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) auf Agrargüter, ein Leakage Border Adjustment Mechanism (LBAM) sowie eine verbrauchsorientierte Abgabe auf emissionsintensive Güter. Durch die Kombination marktbasierter Instrumente mit einer geeigneten handelspolitischen Absicherung ließen sich Innovationsanreize erhöhen, der bürokratische Aufwand reduzieren und Umweltziele in vorhersehbarer Weise erreichen, ohne das internationale Handelssystem zu destabilisieren.

JEL-Codes: Q18, Q58, F13, F18 • **Keywords:** Gemeinsame Agrarpolitik, externe Kosten, Verursacherprinzip, marktbasierte Instrumente, Cap-and-Trade, CO₂-Grenzausgleich, CBAM, Carbon Leakage, Agrarhandel

Dieser Beitrag basiert auf einer Studie des WIFO im Auftrag von nature solidarity e.V.: Elisabeth Christen, Gabriel Felbermayr, Hans Pitlik, Franz Sinabell, Optionen zur Umsetzung des Verursacherprinzips in der Landwirtschaft. Ein neuer Ansatz für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (Jänner 2026, 78 Seiten, kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66411467>).

Begutachtung: Yvonne Wolfmayr • **Wissenschaftliche Assistenz:** Dietmar Weinberger (dietmar.weinberger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 16. 6. 2026

Kontakt: Elisabeth Christen (elisabeth.christen@wifo.ac.at), Franz Sinabell (franz.sinabell@wifo.ac.at)

External Costs of Agriculture: Market-based Instruments and Trade Policy Measures to Support a Reform of the Common Agricultural Policy

The agricultural sector causes environmental damage with global impacts. The EU's Common Agricultural Policy (CAP), which relies on regulatory measures and subsidies, fails to meet environmental targets in many cases. This paper analyses how market-based instruments based on the polluter-pays principle – agri-environmental levies and tradable permits – can internalise the external costs of agriculture. As a unilateral EU measure without accompanying trade policy would lead to production and emission shifts to third countries (leakage), three options for carbon border adjustment in the agricultural sector are examined: an extension of the existing Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) to agricultural goods, a Leakage Border Adjustment Mechanism (LBAM), and a consumption-based levy. Combining market-based instruments with appropriate trade policy safeguards could strengthen incentives for innovation, reduce administrative burdens and achieve environmental goals in a predictable manner – without destabilising the international trading system.

1. Externe Kosten der Landwirtschaft und marktbasierte Instrumente zu ihrer Internalisierung

Die Landwirtschaft ist unentbehrlich für die Ernährung einer Weltbevölkerung von 8,3 Mrd. Menschen, verursacht aber zugleich erhebliche Umweltschäden, deren Kosten sich nicht oder nur unvollständig in den Marktpreisen landwirtschaftlicher Erzeugnisse spiegeln. Da diese negativen externen Effekte für die Marktteilnehmer:innen unsichtbar bleiben, werden zu viele Agrargüter mit umweltschädlichen Verfahren produziert. Dieser generelle Befund trifft auch

auf die Landwirtschaft in der EU zu. Die externen Kosten hängen eng mit den Treibhausgasemissionen und Betriebsmitteln wie Stickstoffdüngern und Pflanzenschutzmitteln zusammen, folgen aber auch aus Praktiken, welche die Bodenerosion fördern, und einer veränderten Landnutzung, die zum Verlust von Artenvielfalt führt. Laut einer Schätzung der Food and Agriculture Organization of the United Nations – FAO (2023) belaufen sich die umweltbezogenen externen

Gesamtkosten der Agrarproduktion in der EU 27 auf rund 291 Mrd. \$ pro Jahr, wovon 136 Mrd. \$ auf Stickstoff, 88 Mrd. \$ auf Landnutzung und 61 Mrd. \$ auf Klimakosten entfallen. Trotz der erheblichen Unsicherheit solcher Schätzungen ist der Befund eindeutig: Die Marktpreise von Lebensmitteln spiegeln nur einen Bruchteil der tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten wider.

Zu beachten ist, dass die Auswirkungen der Landwirtschaft auf die Umwelt innerhalb der EU sehr unterschiedlich sind, was auf Unterschiede in der Struktur der Agrarsektoren und der Sensitivität der Umwelt zurückzuführen ist. In vielen Belangen ist die Lage in Österreich relativ vorteilhaft (Falkner & Sinabell, 2023), verbessert sich aber nur zögerlich. Da Letzteres auch für die meisten anderen EU-Länder zutrifft, ist in der EU ein grundlegend neuer Zugang zur Agrarumweltpolitik vonnöten.

Die drei in diesem Beitrag betrachteten Schadensquellen – Treibhausgasemissionen, Stickstoffdünger und Pflanzenschutzmittel – unterscheiden sich fundamental in ihrer räumlichen Wirkung und damit hinsichtlich der Frage, welche politische Ebene für ihre Regulierung zuständig sein sollte: Während Treibhausgasemissionen als globales öffentliches Gut zwingend supranationaler Steuerung bedürfen, erfordern Nährstoff- und Pflanzenschutzmittelbelastungen mit ihren teils grenzüberschreitenden, teils lokalen Wirkungen ein mehrstufiges Governance-System. Eine ausführlichere Diskussion der externen Kosten, ihrer räumlichen Dimension, des Verursacher- und Nutznießerprinzips sowie der politischen Hindernisse einer marktbaasierten Agrarumweltpolitik findet sich bei Pitlik (2026, in diesem Heft).

Die umweltbezogenen versteckten Kosten der Agrar- und Ernährungssysteme übersteigen in vielen EU-Mitgliedsländern den Produktionswert der Landwirtschaft.

Übersicht 1: Treibhausgasemissionen Österreichs nach Sektoren

| | | 1990 | 2000 | 2010 | 2020 | 2024 |
|-----------------|---|-------------------------------------|---------------|---------------|--------------|-------------|
| | | Mio. t CO ₂ -Äquivalente | | | | |
| TOTXMEMO | Insgesamt (ohne Memo-Positionen) | 65,9 | 63,1 | 73,6 | 73,4 | 70,0 |
| | Insgesamt (ohne LULUCF und Memo-Positionen) | 79,7 | 81,1 | 85,3 | 74,8 | 66,6 |
| CRF1 | Energie | 52,8 | 55,2 | 59,3 | 50,3 | 43,1 |
| CRF1A1 | Verbrennung von Brennstoffen in der Energiewirtschaft | 14,0 | 12,3 | 13,7 | 8,7 | 7,3 |
| CRF1A2 | Verbrennung von Brennstoffen im Verarbeitenden Gewerbe und Bauwesen | 9,6 | 9,7 | 11,0 | 10,5 | 9,1 |
| CRF1A3 | Verbrennung von Brennstoffen im Verkehr | 13,9 | 18,8 | 22,6 | 21,5 | 19,5 |
| CRF1A4C | Verbrennung von Brennstoffen in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei | 1,4 | 1,2 | 1,0 | 1,0 | 0,9 |
| | Sonstige Verbrennung von Brennstoffen und diffuse Emissionen von Treibstoffen | 13,9 | 13,2 | 11,0 | 8,6 | 6,3 |
| CRF2 | Industrielle Prozesse und Produktverwendung | 13,7 | 14,5 | 16,0 | 15,5 | 14,8 |
| CRF2A | Mineralische Industrie | 3,1 | 2,8 | 2,7 | 2,8 | 2,4 |
| CRF2B | Chemische Industrie | 1,5 | 1,5 | 0,8 | 0,8 | 0,5 |
| CRF2C | Metallproduktion | 8,3 | 8,5 | 10,4 | 9,5 | 10,0 |
| CRF2F1 | Kälte- und Klimaanlage | 0,0 | 0,4 | 1,4 | 1,6 | 1,2 |
| | Andere industrielle Prozesse und Produktanwendungen | 0,7 | 1,3 | 0,7 | 0,7 | 0,6 |
| CRF3 | Landwirtschaft | 8,6 | 8,0 | 7,6 | 7,6 | 7,5 |
| CRF3A | Fermentation bei der Verdauung | 5,1 | 4,7 | 4,5 | 4,3 | 4,3 |
| CRF3B | Behandlung von Wirtschaftsdüngern | 1,3 | 1,2 | 1,2 | 1,3 | 1,3 |
| CRF3D | Bewirtschaftete landwirtschaftliche Böden | 2,1 | 2,0 | 1,8 | 1,9 | 1,8 |
| | Sonstige Landwirtschaft | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 | 0,1 |
| CRF4 | Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF) | - 13,7 | - 18,0 | - 11,7 | - 1,4 | 3,4 |
| CRF4A | Wälder | - 13,5 | - 18,6 | - 12,0 | - 4,0 | 2,7 |
| CRF4B | Ackerland | 0,4 | 0,2 | 0,1 | 0,4 | 0,5 |
| CRF4C | Grünland | 0,8 | 0,6 | 0,7 | 0,6 | 0,6 |
| | Andere Bereiche der Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft | - 1,4 | - 0,2 | - 0,4 | 1,6 | - 0,4 |
| CRF5 | Abfall- und Abwasserbehandlung | 4,6 | 3,5 | 2,5 | 1,4 | 1,3 |

Q: United Nations, Climate Change, Resources (<https://unfccc.int/resources>). 2026 National Inventory Document (NID) and Common Reporting Tables (CRT) für Österreich, Stand: 15. April 2026. LULUCF . . . Land Use Land Use Change and Forestry

Obwohl die EU mit Art. 191 Abs. 2 AEUV das Verursacherprinzip als Leitlinie der Umweltpolitik verankert hat, bleibt dessen Umsetzung im Agrarsektor weit hinter dem ökonomisch Gebotenen zurück. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU setzt bisher primär auf eine Kombination aus ordnungsrechtlichen Vorgaben und flächenbezogenen Direktzahlungen, die an die Einhaltung von Umweltstandards geknüpft sind. Ergänzt durch Agrarumweltprogramme und Subven-

tionen lässt dieser Ansatz viele ökologische Kernprobleme weitgehend ungelöst (Pitlik, 2026, in diesem Heft). Darüber hinaus ist der Agrarsektor bisher nicht Teil des Europäischen Emissionshandelssystems (EU-ETS); seine Emissionen werden im Verfahren der "Lastenteilung" (Effort Sharing) über ordnungspolitische Zugänge und Agrarumweltprogramme reguliert, wobei zwischen den EU-Mitgliedsländern eine beträchtliche Heterogenität besteht (Bachtrögl et al., 2021).

Cap-and-Trade gilt in der Ökonomie als das bevorzugte Instrument, wenn die Einhaltung eines Umweltziels im Vordergrund steht – der Cap garantiert, dass die angestrebte Reduktionsmenge tatsächlich erreicht wird.

In der Ökonomie werden zwei marktbasierende Leitinstrumente diskutiert, die eine verursachergerechte Bepreisung externer Kosten ermöglichen: **Agrarumweltabgaben** (Pigou-Steuern) und der **Zertifikatehandel** (Cap-and-Trade). Agrarumweltabgaben belasten Emissionen oder umweltschädliche Betriebsmittel mit einem Pigou-Preis; sie sind administrativ einfach und generieren Einnahmen für einen sozialen Ausgleich ("doppelte Dividende"), können die angestrebte Umweltwirkung jedoch mengenmäßig nicht garantieren. Erschwerend würde die Einführung einer harmonisierten EU-Agrarumweltsteuer nach Art. 113 AEUV Einstimmigkeit erfordern, welche jedoch angesichts des Einflusses nationaler Agrarlobbys faktisch ausgeschlossen ist. Cap-and-Trade-Systeme hingegen setzen eine verbindliche Mengengrenze ("Cap") fest und verbinden diese mit handelbaren Verschmutzungsrechten; dies gewährleistet die Erreichung der angestrebten Umweltziele und begünstigt Innovationen.

Marktbasierende Instrumente sind hinsichtlich Kosteneffizienz und Innovationsanreizen ordnungsrechtlichen Ansätzen und Subventionen klar überlegen (Christen et al., 2026). Da EU-weit einheitliche Instrumente jedoch das Risiko einer Emissionsverlagerung in Länder mit niedrigeren Umweltstandards (Leakage) mit sich bringen, bedürfen sie einer handelspolitischen Flankierung, auf die Kapitel 2 näher eingeht.

1.1 Kernelemente eines Cap-and-Trade-Systems für Emissionen aus der Tierhaltung

Mehr als die Hälfte der Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft entstammen der Tierhaltung (Übersicht 2). Dabei spielen zwei Faktoren eine Rolle: Der Metabolismus der Nutztiere – Methan ist ein Stoffwechselprodukt der Verdauung von Wiederkäuern – und das Management von Wirtschaftsdüngern (Sammlung, Lagerung, Ausbringung). Zwischen der Anzahl und Art der Tiere und den mit ihrer Haltung einhergehenden Emissionen besteht ein sehr enger Zusammenhang, wenngleich keine perfekte Korrelation, da unterschiedliche Bestimmungsgrößen den Ausstoß beeinflussen, etwa die Leistungsfähigkeit der Tiere (höhere Tageszunahmen, mehr Milchertrag je Kuh), die Art der Tierhaltung (Weidebetrieb, Nutztierhaltung auf Stroh bzw. perforierten Böden), das Düngermanagement (offene oder abgedeckte Düngerlagerstätten, bodennahe

Ausbringung von Wirtschaftsdüngern oder unmittelbare Einarbeitung) oder die Art der Fütterung (Mehrphasenfütterung in der Schweinemast, Futterzusätze bei Wiederkäuern). Die Emissionen je Einheit Endprodukt streuen somit beträchtlich zwischen den Betrieben (Guggenberger et al., 2023).

Die Emissionsfaktoren für die jeweiligen Agrargüter unterscheiden sich auch zwischen Ländern. Die FAO veröffentlicht laufend aktualisierte produktspezifische Emissionen und entsprechende Emissionsfaktoren je Mengeneinheit¹⁾. Abbildung 1 zeigt am Beispiel Kuhmilch, wie stark sich die Emissionen weltweit unterscheiden. Gemäß den FAO-Berechnungen beträgt der Ausstoß je Liter Milch in Deutschland 0,5 kg und in Österreich 0,7 kg Treibhausgasäquivalent (Stand 2023). Mithilfe solcher Daten könnten die nationalen Emissionen des Agrarsektors auf die Menge der produzierten und gehandelten Güter umgelegt werden. Auf der Grundlage von Standardkoeffizienten für die einzelnen Agrargüter lassen sich ausgehend von den Tierbeständen die Emissionen je Nutztiereneinheit berechnen. Auf EU-Ebene könnten so die Produktionsmengen an Agrargütern (Milch, Fleisch je nach Tierart) mit den Tierbeständen ins Verhältnis gesetzt und je nach Tierart bzw. tierischem Produkt (Fleisch des Schlachtkörpers, Milch, Eier) Zertifikate ausgegeben werden. Diese müssten sich im Besitz des Tierhalters befinden, wenn ein Tier bzw. dessen Produkt vermarktet wird. Der dadurch entstehende administrative Mehraufwand für die beteiligten Betriebe bliebe sehr gering, wenn die bereits bestehenden Informationssysteme genutzt werden, um die Datenerfassung und das Datenmanagement zu optimieren. Wiederkäuer tragen in der EU individuelle Ohrmarken und die Veterinärkontrollsysteme erfassen alle relevanten tierischen Produkte.

Landwirt:innen sind mit solchen Systemen durchaus vertraut. Bis zum Jahr 2015 wurden Milchquoten je Betrieb vergeben, um die Milchmenge in der EU zu begrenzen. Je nach Mitgliedsland wurden die Quoten entweder direkt zwischen den Betrieben oder, wie in Deutschland, auf einer Versteigerungsplattform gehandelt. Da durch die Gemeinsame Agrarpolitik und die EU-weit harmonisierten Hygienebestimmungen bereits ein sehr dichtes Netz an Kontrollpunkten eingerichtet wurde, hielte sich der Zusatzaufwand für betriebsindividuelle Zertifikate je Nutztiereneinheit in Grenzen.

¹⁾ <https://www.fao.org/faostat/en/#data/EJ>.

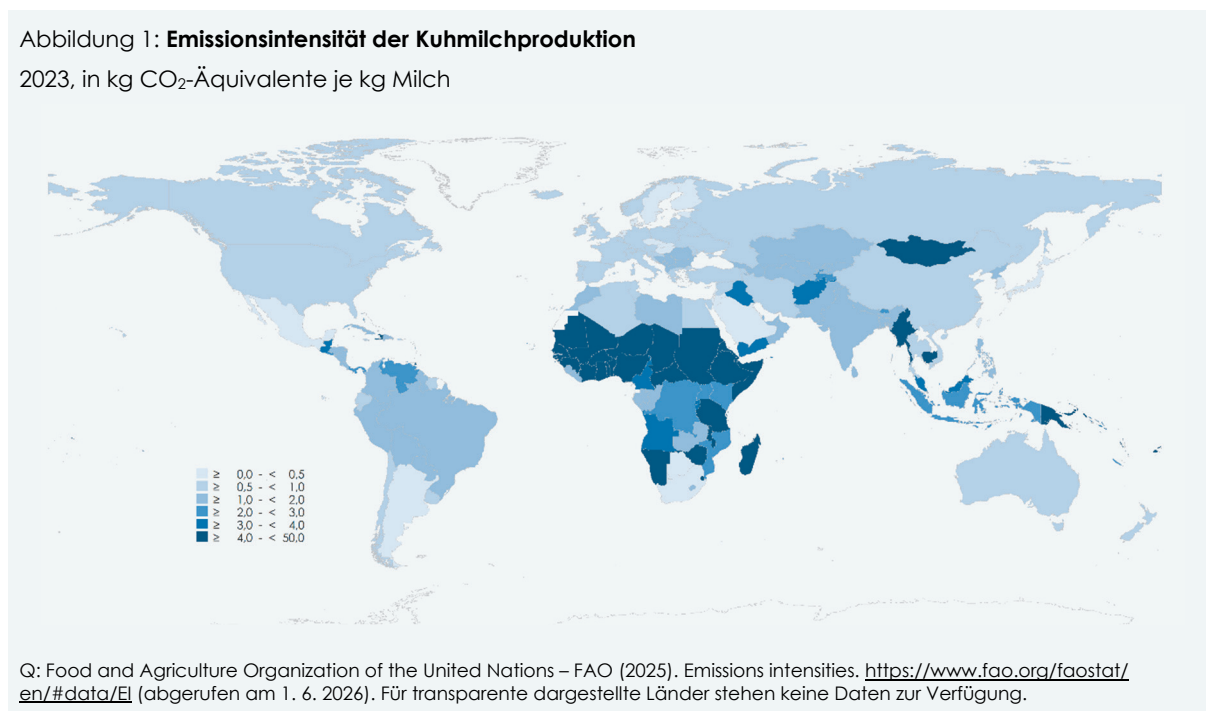
Übersicht 2: Zusammensetzung der Treibhausgasemissionen des Sektors Landwirtschaft (CRF3)

| | | Deutschland | | | Österreich | | |
|------------------|--|---|--------------|--------------------|---|-------------|--------------------|
| | | 1990 Mio. t CO ₂ - Äquivalente | 2024 | 2024 1990 = 100 | 1990 Mio. t CO ₂ - Äquivalente | 2024 | 2024 1990 = 100 |
| Insgesamt | Landwirtschaft (einschließlich CRF1A4C) | 85,78 | 60,85 | 70,9 | 9,94 | 8,37 | 84,1 |
| CRF1A4C | Brennstoffe in der Land- und Forstwirtschaft | 11,70 | 7,54 | 64,4 | 1,37 | 0,91 | 66,7 |
| CRF3A | Fermentation | 37,62 | 25,85 | 68,7 | 5,09 | 4,26 | 83,8 |
| CRF3B | Düngerwirtschaft | 12,97 | 9,07 | 69,9 | 1,34 | 1,28 | 95,1 |
| CRF3D | Landwirtschaftliche Böden | 20,29 | 14,47 | 71,3 | 2,06 | 1,77 | 85,9 |
| CRF3G | Kalkung | 2,20 | 1,91 | 86,7 | 0,05 | 0,09 | 201,5 |
| CRF3H | Harnstoffanwendung | 0,48 | 0,33 | 68,8 | 0,01 | 0,03 | 266,2 |
| CRF3I | Andere kohlenstoffhaltige Düngemittel | 0,51 | 0,14 | 28,4 | 0,03 | 0,02 | 78,9 |
| CRF3J | Andere | 0,00 | 1,54 | . | – | – | – |

Q: United Nations, Climate Change, Resources (<https://unfccc.int/resources>), 2026 National Inventory Documents (NID) und Common Reporting Tables (CRT) für Österreich und Deutschland, Stand: 15. April 2026.

Abbildung 1: Emissionsintensität der Kuhmilchproduktion

2023, in kg CO₂-Äquivalente je kg Milch



Q: Food and Agriculture Organization of the United Nations – FAO (2025). Emissions intensities. <https://www.fao.org/faostat/en/#data/EI> (abgerufen am 1. 6. 2026). Für transparente dargestellte Länder stehen keine Daten zur Verfügung.

1.2 Kernelemente eines Cap-and-Trade-Systems für Emissionen durch mineralische Handelsdünger

Fast ein Drittel der Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft ist auf den Einsatz von mineralischem Dünger zurückzuführen. Die wichtigsten Komponenten sind Karbonatkalk-Verbindungen (Düngeralkali, Stickstoffdünger) und Harnstoff. Je kg Dünger entsteht eine bestimmte Menge an Treibhausgas (Kohlendioxid und Lachgas in unterschiedlicher Zusammensetzung, abhängig vom Ausgangsmaterial). Ein Teil des Stickstoffdüngers versickert zudem ins Grundwasser und trägt zur Belastung mit Nitrat bei.

Da jede Handelsdüngerart spezifische Emissionskoeffizienten aufweist und Düngemittel in

der EU normiert sind, könnten Zertifikate eindeutig den jeweiligen Düngemitteln zugeordnet werden. Der Handel mit den Zertifikaten sollte auf Ebene der bereits im EU-ETS eingebundenen Produktionsstätten bzw. der Inverkehrbringer von importierten Düngemitteln angesiedelt sein, die bereits im CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) integriert sind. Auf diese Weise könnte auch in diesem Teilbereich der zusätzliche Verwaltungsaufwand sehr geringgehalten werden.

Je nach dem von Angebot und Nachfrage abhängigen Düngemittelpreis wären die Zusatzkosten für die Zertifikate unterschiedlich hoch. In Phasen, in denen Dünger aufgrund hoher Energiekosten bereits teuer ist, wäre die Nachfrage geringer und die Zertifikate würden entsprechend billiger gehandelt.

Die Verknappung des Stickstoffdüngers bedingt, dass die Produktionskosten von Agrargütern in der EU insgesamt steigen würden.

1.3 Integration weiterer agrarischer Betriebsmittel in einen EU-weiten Zertifikatehandel

Je nach Land spielen stationäre Anlagen und mobile Feuerungen als Emissionsquelle in der Landwirtschaft eine unterschiedlich große Rolle: In Deutschland entfallen darauf 15% der Emissionen des Agrarsektors, in Österreich 12%. Die Anlagen werden teils mit fossilen, teils mit erneuerbaren Energieträgern betrieben. Fossile Energieträger für den Transport bzw. die Verfeuerung in Anlagen sind seit 2025 durch das ETS 2 erfasst²⁾, weshalb kein weiterer Regelungsbedarf besteht. Auch hier kommt – wie oben vorgeschlagen – ein Upstream-Ansatz zur Anwendung: Das System setzt nicht bei den Endverbraucher:innen, also den Autofahrer- oder Hausbesitzer:innen, sondern weiter oben in der Lieferkette an. Die sogenannten Inverkehrbringer, also Raffinerien, Kraftstofflieferanten und Mineralölhändler, müssen die CO₂-

Zertifikate erwerben. Die Kosten werden allerdings naturgemäß auf die Verbraucherpreise an der Zapfsäule oder auf die Heizöl- bzw. Gasrechnung aufgeschlagen.

Das in den vorigen Kapiteln skizzierte Modell des Zertifikatehandels kann auch auf andere Betriebsmittel der Landwirtschaft übertragen werden, um externe Effekte zu internalisieren. Christen et al. (2026) entwickeln ein entsprechendes Konzept für Pflanzenschutzmittel. Sie argumentieren, dass Substanzen mit hoher Ökotoxizität auf der Grundlage eines Gefährdungsindex in ein Zertifikatehandelssystem einbezogen werden könnten, ähnlich wie dies oben für Handelsdünger vorgeschlagen wurde. Die EU ist für globale öffentliche Güter die vorrangige Ebene der Regulierung. Werden jedoch durch bestimmte Substanzen lokale oder nationale öffentliche Güter berührt, z. B. bestimmte endemische Arten oder spezifische Lebensräume gefährdet, sollten vorrangig nationale oder lokale Behörden die Internalisierung externer Effekte vorantreiben.

2. Handelspolitische Flankierung: Optionen für einen Grenzausgleich im Agrarsektor

2.1 Emissionsverlagerung als zentrale Herausforderung unilateraler Agrarumweltpolitik

Die Einführung marktbasierter Instrumente in der EU-Landwirtschaft erhöht die Produktionskosten europäischer Betriebe und damit das Risiko einer Emissionsverlagerung ins Ausland (Leakage): Emissionsintensive Produktion könnte in Drittländer mit niedrigeren oder fehlenden Umweltauflagen verlagert werden, ohne dass die globale Umweltbelastung sinkt. Wie Modellsimulationen zeigen, können die Leakage-Raten im Agrarsektor erheblich ausfallen und jene in energieintensiven Industriezweigen übersteigen – empirische Schätzungen reichen von –5% bis über +100% (u. a. Domínguez et al., 2016; Himics et al., 2018; Nordin et al., 2019). Besonders ausgeprägt ist der Effekt bei handelbaren Agrargütern wie Getreide oder Fleisch: Laut den Modellrechnungen von Zech und Schneider (2019) könnten im Falle einer EU-Treibhausgassteuer auf Lebensmittel ohne handelspolitische Flankierung bis zu 70% der nachfrageinduzierten Emissionsreduktion durch zusätzliche Nettoexporte emissionsintensiver Produkte zunichte gemacht werden. Damit ist die außenwirtschaftliche Absicherung keine nachgelagerte Detailfrage, sondern eine Bedingung für die ökologische Wirksamkeit jeder ambitionierten Agrarumweltpolitik. Die EU ist der weltweit größte Exporteur von Agrargütern und Lebensmitteln

und zugleich ein bedeutender Importeur; Agrarimporte machen 7,3% der gesamten EU-Güterimporte aus. Handelspolitische Instrumente sind daher in ihrer Reichweite und wirtschaftlichen Bedeutung nicht zu unterschätzen.

2.2 Der bestehende CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und seine Grenzen im Agrarsektor

Mit dem Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) hat die EU ein Grenzausgleichsinstrument für emissionsintensive Industriegüter geschaffen. Das System ist direkt an das EU-Emissionshandelssystem (EU-ETS) gekoppelt: Innerhalb der EU müssen Produzenten für ihre CO₂-Emissionen Zertifikate erwerben, was ihre Produktionskosten erhöht. Um zu verhindern, dass importierte Waren diesen Kostennachteil umgehen, müssen Importeure bei der Einfuhr bestimmter Güter in die EU ebenfalls CBAM-Zertifikate kaufen, deren Preis sich am aktuellen Zertifikatspreis im EU-ETS orientiert (Christen, 2024). Das konzeptionelle Ideal eines Grenzausgleichs folgt dem Vorbild der Mehrwertsteuerbehandlung im internationalen Handel: Importabgaben in Höhe der externen Kosten einerseits und Exportentlastungen für EU-Produzenten andererseits würden eine verbrauchsorientierte, nichtdiskriminierende Bepreisung sicherstellen. In der operativen Ausgestaltung weicht

Großindustrie, Energiewirtschaft und Luftfahrt konzentrierte, nicht erfasst wurden.

²⁾ Das ETS 2, ein zentraler Baustein des "Fit for 55"-Paketes der EU, soll jene Sektoren in die CO₂-Bepreisung einbeziehen, die vom bisherigen ETS 1, das sich auf

Die Leakage-Raten im Agrarsektor können jene in energieintensiven Industriezweigen übersteigen – ohne handelspolitische Flankierung werden bis zu 70% der Emissionsreduktion durch Produktionsverlagerungen kompensiert.

der CBAM jedoch in mehrfacher Hinsicht von diesem Ideal ab.

Erstens ist das System auf wenige CO₂-intensive Grundstoffe – Stahl, Aluminium, Zement, Düngemittel, Wasserstoff und Strom – beschränkt. Mit Jahresbeginn 2026 endete die Übergangsphase, und importierte Emissionen werden sukzessive durch CBAM-Zertifikate abgedeckt, wobei der Anteil bis 2034 schrittweise auf 100% ansteigen wird – analog zum Auslaufen der kostenlosen Zertifikatzuteilung im EU-ETS. Mit dem Omnibus-Paket I (COM(2025) 87) wurde zudem eine Mengenschwelle von 50 t Eigenmasse pro Jahr und Importeur eingeführt, die den administrativen Aufwand für kleine und mittlere Unternehmen begrenzt. Zweitens schließt das WTO-Recht (laut GATT Art. XX) ein Rückerstattungssystem für EU-Exporteure aus, die dadurch auf Drittmärkten Wettbewerbsnachteile tragen. Drittens begünstigt der CBAM Handelsumlenkungen: Exportländer werden dazu angereizt, klimafreundlich erzeugte Güter bevorzugt in die EU zu liefern, während sie für den Absatz emissionsintensiver Produkte auf Drittmärkte ausweichen – was die Effektivität des Instruments erheblich mindert.

Die Einbeziehung von Agrargütern in den bestehenden CBAM ist zwar prinzipiell möglich, aber mit spezifischen Herausforderungen verbunden. Da Agrargüter von einer Vielzahl diffuser Erzeuger stammen, kann die produzentenspezifische Emissionsintensität administrativ nicht erfasst werden. Stattdessen müssten länder- und produktspezifische Emissionsfaktoren herangezogen werden, wie sie die FAO bereits für die meisten Länder und wichtigsten Agrargüter bereitstellt. Für Treibhausgasemissionen wäre ein Agrar-CBAM auf dieser Basis konzeptionell umsetzbar. Für die Begrenzung des Düngemittel- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes fehlen bisher vergleichbare standardisierte Datensätze. Der bestehende CBAM erfasst allerdings bereits fünf Kategorien von Stickstoffdüngemitteln, was den Agrarsektor zumindest indirekt berührt: Die EU importierte 2022 rund 30% ihres Stickstoffbedarfs, vorwiegend aus Russland, Algerien und Ägypten (Christen, 2024).

2.3 Alternative Optionen zur außenwirtschaftlichen Absicherung

Angesichts der strukturellen Defizite des bestehenden CBAM im Agrarkontext wurden in Christen et al. (2026) zwei konzeptionelle Alternativen diskutiert.

Option 1 – Leakage Border Adjustment Mechanism (LBAM): Dieser Ansatz interpretiert die unilaterale Kostenerhöhung durch Emissionsbepreisung nicht primär als Umweltmaßnahme, sondern als wettbewerbspolitische Intervention, die ausländischen Produzenten faktisch Vorteile verschafft (Mehling & Jakob, 2024; Staiger, 2022). Zur Neutralisie-

rung würden produktspezifische, nichtdiskriminierende Importzölle eingehoben, die die Importmengen trotz höherer Produktionskosten in der EU konstant halten; parallel könnten Exportsubventionen die Ausfuhr europäischer Betriebe stabilisieren (Campolmi et al., 2025). Der LBAM wäre mit den zentralen GATT-Prinzipien vereinbar und käme ohne emissionspezifische Informationen aus – die erforderlichen Preiselastizitäten der Import- und Exportnachfrage lassen sich robuster schätzen als die Emissionsintensität ausländischer Produzenten. Die Verteuerung der EU-Produktion durch die Bepreisung von Treibhausgasen, Stickstoffdünger und Pflanzenschutzmitteln könnte über einen adäquaten Importzoll ausgeglichen werden, ohne nach Herkunftsland zu differenzieren. Allerdings erfordert der Ansatz eine kontinuierliche ökonomische Neukalibrierung, und insbesondere die Exportsubventionen werfen WTO-rechtliche Fragen auf, die die politische Implementierbarkeit beeinträchtigen könnten. Derzeit wird der LBAM vorwiegend auf wissenschaftlicher Ebene diskutiert.

Option 2 – Belastung des heimischen Verbrauchs: Als zweite Alternative könnte ein hybrides System die kostenlose Zuteilung von Emissionszertifikaten an EU-Produzenten beibehalten, um deren Wettbewerbsfähigkeit auf dem Binnen- und Weltmarkt zu sichern, und gleichzeitig eine nichtdiskriminierende Verbrauchsabgabe auf emissionsintensive Güter erheben, die an der Grenze ausgeglichen wird (Neuhoff et al., 2025a, 2025b). Da die Abgabe unabhängig vom Warenumsprung gleich hoch wäre, würden ausländische Produzenten nicht diskriminiert und damit Verstöße gegen das WTO-Recht vermieden. Die Option einer Verbrauchsabgabe wurde zwar bereits in der von der Europäischen Kommission (2021) beauftragten Machbarkeitsstudie berücksichtigt und hinsichtlich Leakage-Schutzes, Dekarbonisierungsanreiz und administrativer Umsetzbarkeit positiv bewertet, politisch jedoch bislang nicht priorisiert. Das Joint Research Center (JRC) der EU veröffentlicht bereits Daten zur Treibhausgasintensität der Lebensmittelwertschöpfungskette, die eine Kalibrierung dieses Systems auch für Agrargüter grundsätzlich ermöglichen würden. Eine Verbrauchsabgabe könnte als Übergangslösung fungieren, bis ein umfassendes, auf den Agrarsektor zugeschnittenes Grenzausgleichsregime etabliert ist.

2.4 Bewertung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Alle drei Optionen – Agrar-CBAM, LBAM und Verbrauchsabgabe – verfolgen dasselbe übergeordnete Ziel: die Vermeidung von Carbon Leakage und die Sicherstellung gleicher Wettbewerbsbedingungen zwischen Produzenten innerhalb und außerhalb der EU. Sie unterscheiden sich jedoch in ihren Anforderungen an Datenverfügbarkeit, ihrer

Die Implementierung eines funktionierenden Grenzausgleichs ist für die EU zentral – ohne eine solche Ausgleichsmaßnahme droht die ambitionierte Emissionsbepreisung diskreditiert und durch ineffiziente Regulierung ersetzt zu werden.

Vereinbarkeit mit WTO-Recht, ihrem Bürokratieaufwand und den Anreizwirkungen auf Produzenten im Ausland. **Der bestehende CBAM setzt als einzige Option auch Anreize zur Dekarbonisierung in Drittländern, ist aber in seiner aktuellen Form kaum auf den Agrarsektor anwendbar.** LBAM und Verbrauchsabgabe sind administrativ breiter einsetzbar, setzen jedoch keine direkten Anreize zum Klimaschutz. Dies liegt darin begründet, dass der CBAM die Abgabe direkt an den tatsächlichen Emissionsgehalt des eingeführten Gutes knüpft: Ein ausländischer Produzent, der seine Emissionen reduziert, zahlt weniger, hat also einen unmittelbaren finanziellen Anreiz zur Dekarbonisierung. LBAM und Verbrauchsabgabe hingegen setzen nicht am Emissionsgehalt des importierten Gutes an, sondern an Handelsmengen bzw. einheitlich an Güterkategorien – unabhängig davon, wie emissionsintensiv ein Produkt tatsächlich hergestellt wurde. Ein ausländischer Produzent, der sauberer

produziert, zahlt beim LBAM oder der Verbrauchsabgabe also gleich viel wie ein emissionsintensiver Mitbewerber.

Für die praktische Reformpolitik erscheint eine schrittweise Strategie sinnvoll: Zunächst könnten Treibhausgasemissionen aus der Tierhaltung über einen Agrar-CBAM auf Basis von FAO-Emissionskoeffizienten erfasst werden, während parallel die Datenbasis für eine umfassendere Einbeziehung von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ausgebaut wird. Eine Verbrauchsabgabe könnte in einer Übergangsphase Wettbewerbsverzerrungen abfedern, bis ein kohärentes Gesamtsystem implementiert ist. In jedem Fall ist ein multilateraler Klimadialog mit den wichtigsten Handelspartnern unerlässlich, um das Risiko handelspolitischer Vergeltungsmaßnahmen zu minimieren und den CBAM nicht als protektionistisches Instrument erscheinen zu lassen (Wolfmayr et al., 2024; Christen, 2024).

3. Resümee

Die Landwirtschaft ist bisher nicht Teil des europäischen Emissionshandelsystems, sondern unterliegt vor allem den höchst unterschiedlichen Regulierungen der einzelnen Mitgliedsländer, was den Wettbewerb innerhalb der EU verzerrt. Infolgedessen hat sich der Rückgang des Treibhausgasausstoßes der europäischen Landwirtschaft in den letzten Jahren verlangsamt. Es ist prinzipiell möglich, den Agrarsektor in das EU-ETS zu integrieren. Ein geeigneter Bepreisungsmechanismus würde nicht an den Emissionen ansetzen, die praktisch nicht messbar sind, sondern an wichtigen Inputs zur Erzeugung von Agrargütern (z. B. mineralische Stickstoffdünger, Nutztiere).

Ein System handelbarer Zertifikate begrenzt wirksam Inputs, mit denen negative externe Effekte einhergehen, setzt Anreize für Innovationen und bietet die Möglichkeit, Technologien an die jeweiligen Gegebenheiten anzupassen. Je nach Ausgestaltung des Systems können damit Einnahmen für den Staat generiert oder Vorkehrungen getroffen werden, um die Anpassungskosten abzufedern.

Zumindest vorübergehend würden sich Agrargüter verteuern und die Einkommen verringern, wenn wichtige Produktionsinputs wirksam bepreist und damit begrenzt werden. Für die betroffenen Landwirt:innen und die Beschäftigten in der Lebensmittelwirtschaft gibt es bereits Instrumente auf EU-Ebene, um die Anpassungskosten abzuschwächen. Da höhere Produktionskosten in der Landwirtschaft Agrargüter und damit auch Lebensmittel verteuern, wären auch einkommensschwache Haushalte von einer wirksameren Agrarumweltpolitik betroffen. Für sie sollten im Zuge der Sozialpolitik Unter-

stützungsmaßnahmen entwickelt werden (siehe Pitlik, 2026, in diesem Heft).

Die in diesem Beitrag skizzierte Kombination marktbasierter Instrumente innerhalb der EU mit einer Absicherung im internationalen Handel zeigt einen Weg auf, wie umweltfreundlichere Produktionsweisen gefördert, die administrative Last verringert, die Verteuerung von Lebensmitteln geringgehalten und umweltschädliche Emissionen möglichst vermieden werden können. Die Emissionsbepreisung im Agrarsektor muss handelspolitisch durch ein angepasstes Grenzausgleichssystem flankiert werden, um innerhalb der EU und gegenüber Produzenten in Drittländern gleiche Wettbewerbsbedingungen – ein Level Playing Field – herzustellen. Ohne funktionierenden Grenzausgleich droht die Emissionsbepreisung durch ineffiziente Regulierung ersetzt zu werden.

In ihren aktuellen Vorschlägen zur GAP-Reform setzt die Europäische Kommission (2025a) jedoch vorrangig auf den bisherigen Instrumentenmix, dessen Effektivität zur Verringerung der Umweltbelastung bislang gering war. Wirksame Maßnahmen zur Drosselung der Emissionen des Agrarsektors werden nicht angestrebt, zumal marktbasierende Instrumente in der GAP nicht vorgesehen sind. Stattdessen sollen erhebliche Mittel in den Ausgleich klimabedingter Produktionsausfälle fließen. Die hier vorgestellten Optionen zeigen dagegen, wie durch die Kombination von Maßnahmen in der Agrar-, Umwelt- und Handelspolitik negative externe Effekte der Landwirtschaft wirksam gedrosselt werden könnten, während der Agrarsektor wettbewerbsfähig und innovativ bliebe.

4. Literaturhinweise

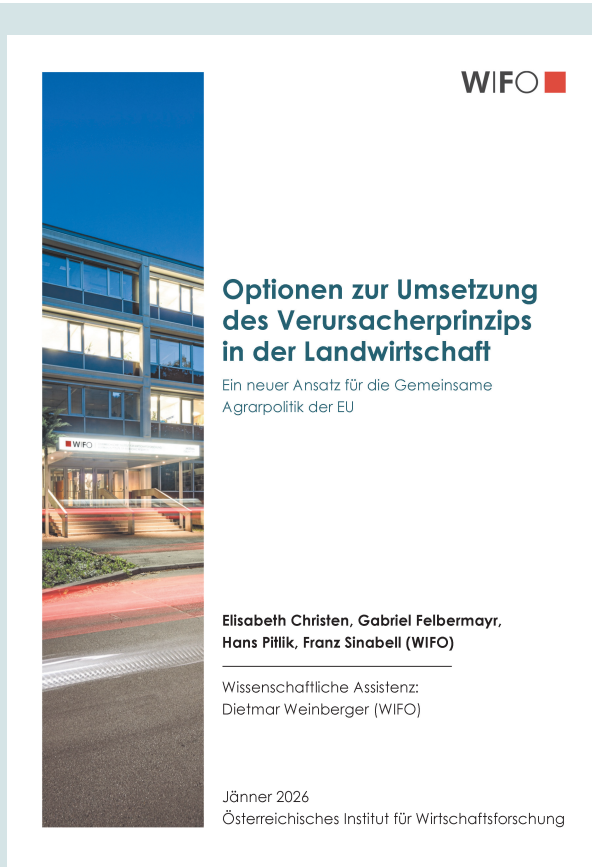
- Bachtrögler-Unger, J., Schratzenstaller, M., & Sinabell, F. (2021). Der europäische COVID-19-Aufbauplan. *WIFO-Monatsberichte*, 94(4), 321-334. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4622986>.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft – BMEL, & Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz – BMUV (2024). *Nitratbericht 2024*.
- Campolmi, A., Fadinger, H., Forlati, C., Stillger, S., & Wagner, U. J. (2025). Designing effective carbon border adjustment with minimal information requirements. Theory and evidence. *Collaborative Research Center Transregio 224 Discussion Papers*, (495).
- Christen, E. (2024). EU-Grenzausgleich. Ambitionierte Klimaziele und Wettbewerbsfähigkeit in Einklang bringen? *WIFO Research Briefs*, (2). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/50907112>.
- Christen, E., Felbermayr, G., Pitlik, H., & Sinabell, F. (2026). Optionen zur Umsetzung des Verursacherprinzips in der Landwirtschaft. Ein neuer Ansatz für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66411467>.
- Domínguez, I. P., Fellmann, T., Weiss, F., Witzke, P., Barreiro-Hurlé, J., Himics, M., Jansson, T., Salputra, G., & Leip, A. (2016). *An economic assessment of GHG mitigation policy options for EU agriculture (EcAMPA 2)*. Joint Research Centre, Science for Policy Report, EUR 27973 EN.
- European Environment Agency – EEA (2023). Annual European Union greenhouse gas inventory 1990-2021 and inventory report 2023.
- European Environment Agency – EEA (2025). *Trends and projections in Europe 2025*. Publications Office of the European Union. <https://data.europa.eu/doi/10.2800/6474400>.
- Europäische Kommission (2021). Study on the possibility to set up a carbon border adjustment mechanism on selected sectors. Final report. TAXUD/2020/AO-14.
- Europäische Kommission (2025a). Better targeting of income support in the Common Agricultural Policy. Background to the CAP 2028-2034 proposal. *Analytical Brief N°11*. https://agriculture.ec.europa.eu/common-agricultural-policy/cap-post-2027-next-eu-budget_en?prefLang=de.
- Europäische Kommission (2025b). *Omnibus Simplification Package I*. COM(2025) 87 final.
- Falkner, K., & Sinabell, F. (2023). *Eine Auswahl an Nachhaltigkeitsindikatoren für die österreichische Land- und Forstwirtschaft im internationalen Vergleich. Aktualisierung 2023*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/49745564>.
- Food and Agriculture Organization of the United Nations – FAO (2023). *The State of Food and Agriculture 2023. Revealing the true cost of food to transform agrifood systems*. <https://doi.org/10.4060/cc7724en>.
- Guggenberger, T., Herndl, M., Fritz, Ch., Grassauer, F., Terler, G., Zamberger, I., Kandolf, M., Ofner-Schröck, E., Einotti, E., Scherzer, E., Egger, L., & Marold, B. (2023). *Ökobilanzierung als Methode zur Unterstützung der Milchwirtschaft in Österreich. Forschungsbericht*. HBLFA Raumberg-Gumpenstein.
- Himics, M., Fellmann, T., Barreiro-Hurlé, J., Witzke, H. P., Domínguez, I. P., Jansson, T., & Weiss, F. (2018). Does the current trade liberalization agenda contribute to greenhouse gas emission mitigation in agriculture?. *Food policy*, 76, 120-129. Intergovernmental Platform on Biodiversity and Ecosystem Services – IPBES (2025). *Global Assessment Report on Biodiversity and Ecosystem Services*.
- Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC (2022). *Climate Change 2022: Mitigation of Climate Change. Contribution of Working Group III to the Sixth Assessment Report*. Cambridge University Press.
- Mehling, M., & Jakob, M. (2024). Climate clubs and border carbon adjustments: Designing effective international cooperation for decarbonization. *Annual Review of Resource Economics*, (16).
- Neuhoff, K., Ritz, R., & Schwarz, M. (2025a). A consumption-based carbon price for the EU. *Energy Policy* (erscheint demnächst).
- Neuhoff, K., Ritz, R., & Schwarz, M. (2025b). Domestic consumption levies as a complement to emissions trading. *Climate Policy* (erscheint demnächst).
- Nordin, I., Wilhelmsson, F., Jansson, T., Fellmann, T., Barreiro-Hurlé, J., & Himics, M. (2019). Impact of Border Carbon Adjustments on Agricultural Emissions – Can Tariffs Reduce Carbon Leakage? *AgEcon Search*, (2019-06).
- Oates, W. E. (1972): *Fiscal Federalism*. Harcourt Brace Jovanovich.
- Olson, M. (1969). The Principle of "Fiscal Equivalence": The Division of Responsibilities among Different Levels of Government. *American Economic Review*, 59(2), 479-487.
- Pigou, A. C. (1920). *The Economics of Welfare*. Macmillan.
- Pitlik, H. (2026). Die Agrarumweltpolitik der EU und das Verursacherprinzip. *WIFO-Monatsberichte*, 99(6), 305-314. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71961158>.
- Samuelson, P. A. (1954). The Pure Theory of Public Expenditure. *Review of Economics and Statistics*, 36(4), 387-389.
- Sinabell, F. (2025). Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet. *WIFO-Monatsberichte*, 98(9), 481-491. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/62758167>.
- Staiger, R. W. (2022). *A World Trading System for the Twenty-First Century*. MIT Press.
- Wirth, T., Schulz, R., & Bub, S. (2024). Pesticide toxicity trends in European agriculture. *Environmental Science & Technology*, 58(3), 1450-1461.

- Wolfmayr, Y., Christen, E., Mahlkow, H., Meyer, B., & Pfaffermayr, M. (2024). *Trade and Welfare Effects of New Trade Policy Instruments*. FIW. <https://www.fiw.ac.at/publications/trade-and-welfare-effects-of-new-trade-policy-instruments/>.
- Wolfmayr, Y., Meyer, B., & Christen, E. (2024). Chancen und Herausforderungen der neuen EU-Außenhandelspolitik am Beispiel ausgewählter Instrumente. *WIFO-Monatsberichte*, 97(6), 333-344. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53063835>.
- Zech, K. M., & Schneider, U. A. (2019). Carbon leakage and limited efficiency of greenhouse gas taxes on food products. *Environmental Science & Policy*, 99, 124-132.

Optionen zur Umsetzung des Verursacherprinzips in der Landwirtschaft

Ein neuer Ansatz für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Elisabeth Christen, Gabriel Felbermayr, Hans Pitlik, Franz Sinabell



Die Landwirtschaft liefert die Rohstoffe, die zur Ernährung und Bekleidung einer Weltbevölkerung von 8,3 Mrd. Menschen nötig sind, sowie die Grundstoffe für zahlreiche andere Verwendungen. Damit gehen jedoch Belastungen von Luft, Boden, Gewässern, natürlichen Lebensräumen und Biodiversität einher. Die Kosten dieser Schäden spiegeln sich nicht angemessen im Preis landwirtschaftlicher Erzeugnisse wider. Da die genannten negativen externen Effekte für Marktteilnehmer nicht sichtbar sind, werden zu viele Agrargüter mit Technologien produziert, die Schäden verursachen. Dieser generelle Befund ist auch für die Landwirtschaft der EU zutreffend. Um die negativen Auswirkungen der Landwirtschaft einzudämmen, setzt die EU derzeit vor allem auf regulative Eingriffe und fördert umweltfreundlicheres Verhalten im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Dieses Vorgehen greift aber zu kurz, da Belastungen von Klima, Umwelt und natürlichen Lebensräumen nur unzureichend eingedämmt werden, administrative Hürden viele Anstrengungen verpuffen lassen und der Wettbewerb zwischen den Ländern verzerrt wird. Der vorliegende Bericht schlägt eine fundamentale Änderung in der Herangehensweise der EU-Agrar- und -Umweltpolitik vor, die diese Probleme beseitigen kann. Zu diesem Zweck sollte die Landwirtschaft in das europäische System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten einbezogen werden. Das gleiche Instrument sollte auch auf andere Schadstoffe wie Stickstoffdünger und Pflanzenschutzmittel ausgeweitet werden. Um zu verhindern, dass umweltschädliche Produktionsmethoden anderswo auf der Welt zunehmen, wird ein Grenzausgleichsmechanismus vorgeschlagen. Diese Kombination wird Innovationen im Bereich umweltfreundlicherer Produktionsmethoden fördern, den Verwaltungsaufwand verringern, den Anstieg der Lebensmittelpreise auf ein Minimum beschränken und umweltschädliche Schadstoffe auf vorhersehbare Weise reduzieren.

Im Auftrag der nature solidarity e.V. • Jänner 2026 • 83 Seiten • Kostenloser Download:
<https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66411467>

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autori:nnen wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 729/2026** **The Link Between Monetary Policy and the Labor Share – New Empirical Evidence and Theoretical Considerations**
Harald Badinger, Christian Glocker, Stefan Schiman-Vukan
- 728/2026** **Differences in the Impact of Digital Platform Use. Evidence from an Austrian Enterprise Survey**
Sandra Bilek-Steindl, Susanne Bärenthaler-Sieber, Julia Bock-Schappelwein, Michael Peneder (WIFO)
- 727/2026** **Chinese Import Competition, Firm-Level Productivity Growth and the Distance to the Frontier**
Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler (WIFO), Andreas Reinstaller (Austrian Productivity Board)
- 726/2026** **Evolution of European Industrial Policy: Past, Present and Perspective**
Michael Peneder
- 725/2026** **A Market Design Proposal for Decoupling Carbon and Electricity Prices**
Simon Finster, Bernhard Kasberger, Simon Rütten
- 724/2026** **Sectoral and Aggregate Effects of Supply Chain Disruptions in a Small Open Economy**
Klaus Friesenbichler, Christian Glocker, Werner Hölzl, Philipp Piribauer (WIFO, ASCII)
- 723/2026** **Evaluating Tariff Shock Propagation in an Integrated Demand System-MRIO Framework**
Asjad Naqvi
- 722/2026** **estimateW: An R Package for Bayesian Estimation of Weight Matrices in Spatial Econometric Panels**
Tamás Krisztin (IIASA), Philipp Piribauer (WIFO)
- 721/2026** **Counterfactual Impact Evaluation of Cohesion Policy 2014-2020: Regression Discontinuity Design**
Alexander Daminger, Peter Huber, Klaus Nowotny
- 720/2026** **Counterfactual Impact Evaluation of Cohesion Policy 2014-2020: Impact on Enterprises**
Alexander Daminger, Peter Huber, Klaus Nowotny
- 719/2026** **Ein-Monats-Experience-Rating in der Arbeitslosenversicherung: ein Modellvorschlag**
Rainer Eppel, Helmut Mahringer
- 718/2025** **The Vienna Initiative as a Signaling Mechanism to Disrupt the Banking Doom Loop**
Christian Glocker, Thomas Url
- 717/2025** **Predicting the Emergence of the EV Industry: A Product Space Analysis Across Regions and Firms**
Katharina Ledebur (ASCII, CSH Vienna), Ladislav Bartuska (ASCII, FH OÖ), Klaus Friesenbichler (WIFO, ASCII), Peter Klimek (ASCII, CSH Vienna)
- 716/2025** **The Supply Chain Disruption Survey: A New Survey on Knowledge Flows in Global Supply Chains**
Márta Bisztray (CERS HAS), Gábor Békés (CEU), Alexandros Charos, Klaus Friesenbichler (WIFO), Miklós Koren (CEU, HUN-REN CERS), Agnes Kügler (WIFO), Balázs Lengyel, Amanda De Pirro (HUN-REN CERS), Birgit Meyer (WIFO)
- 715/2025** **The EU Services Directive: Untapped Potentials of Trade in Services**
Michael Pfaffermayr, Yvonne Wolfmayr

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-working-papers/>

Die WIFO Reports on Austria sind englischsprachige Kurzanalysen zu ökonomischen Entwicklungen in Österreich. Es werden regelmäßig Beiträge zu den Themen Konjunktur, Wettbewerbsfähigkeit, Makroökonomie, Arbeitsmarkt, Digitalisierung, Cash-Flow und Lohnstückkosten veröffentlicht, die die wesentlichen Entwicklungen in diesen Bereichen in Österreich zusammenfassen.

8/2026 Economic Slowdown and Uncertainty Continue to Shape the Austrian Labour Market

Julia Bock-Schappelwein, Rainer Eppel

In 2025, Austria recorded a modest recovery following two years of recession, with inflation-adjusted GDP expanding by 0.6 percent. Growth was uneven throughout the year, with periods of expansion alternating with phases of stagnation. Export activity and industrial output gained momentum, while the contraction in the construction sector moderated relative to the preceding year. Inflation remained elevated at 3.6 percent, exerting downward pressure on real household incomes. As in 2024, the lingering effects of the recession constrained employment growth to just 0.2 percent. While the pace of increase in unemployment decelerated somewhat in the second half of 2025, the unemployment rate rose once again on an annual average. The number of job vacancies continued to decline. In spring 2026, employment growth accelerated relative to the previous year. Although the rise in unemployment has recently moderated, the uncertainty stemming from the war with Iran poses a risk to the sustainable stabilisation of the labour market.

June 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71911098>

Frühere Ausgaben

7/2026 Rising Energy Prices Due to the Iran War are Dampening Economic Sentiment. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of April 2026

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

June 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/71911004>

6/2026 Modest Growth Replaces Recession. The Austrian Economy in 2025

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christian Glocker, Margit Schratzenstaller

May 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/70481675>

5/2026 Iran War Threatens Economic Recovery. Economic Outlook for 2026 and 2027

Marcus Scheiblecker, Stefan Ederer

April 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/68053058>

4/2026 Hesitant Improvement in Economic Assessments at the Start of the Year. Results of the WIFO-Konjunkturtest Quarterly Survey of January 2026

Werner Hölzl, Jürgen Bierbaumer, Michael Klien, Agnes Kügler

February 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67269118>

3/2026 The WIFO Radar of Competitiveness for the Austrian Economy 2025. Focus Topic: Price Trends in Tourism as a Competitive Factor

Michael Peneder, Benjamin Bittschi, Anna Burton, Daniela Kletzan-Slamanig, Thomas Url

February 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67264607>

2/2026 Austrian Industrial Production in a Country Comparison. Update 2026

Marcus Scheiblecker

February 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/67078958>

1/2026 Austria's Economy Sees Light at the End of the Tunnel. Economic Outlook for 2025 to 2027

Stefan Ederer, Stefan Schiman-Vukan

January 2026 • <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/66406971>

Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo-reports-on-austria/>

8/2025 Konjunkturbelebung lässt in Österreich weiter auf sich warten • Stabilisierung der Konjunktüreinschätzungen zu Sommerbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2025 • Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung blieb 2024 rückläufig • Drei Jahrzehnte Landwirtschaft und Agrarpolitik im Ländervergleich. Eine Fallstudie zu Finnland, Norwegen, Österreich, Schweden und der Schweiz

9/2025 Konjunktur verläuft schleppend, Inflation steigt • Private Krankenzusatzversicherung expandierte 2024 kräftig • Einfluss der Agrargüter- auf die Lebensmittelpreise schwindet • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2025. Sonderthema: Die Rolle von Batteriegroßspeichern in der Energiewende

10/2025 Österreich schleppt sich aus der Rezession. Prognose für 2025 und 2026 • Strukturprobleme dämpfen das mittelfristige Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2030 • Relative Lohnstückkosten 2024 erneut deutlich gestiegen • Österreichs Innovationsfähigkeit im internationalen Vergleich

11/2025 Konjunktur in Österreich verläuft flach • Konjunktüreinschätzungen kaum verändert. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2025 • Digitalisierung in Österreich: Die Rolle der künstlichen Intelligenz am Arbeitsplatz • Oliver Fritz, Heimischer Tourismus zieht immer mehr Gäste an • Unsicherheitsabhängige Konfidenzintervalle für WIFO-Konjunkturprognosen

12/2025 Anzeichen einer Stabilisierung der Industriekonjunktur • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2025. Schwerpunktthema: Die Preisentwicklung im Tourismus als Wettbewerbsfaktor • Die WIFO-Schnellschätzung: Revisionsanalyse und Kurzbeschreibung der Methode • Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Pflegekosten. Neue Evidenz aus einer dynamischen Mikrosimulation

1/2026 Österreichs Wirtschaft sieht Licht am Ende des Tunnels. Prognose für 2025 bis 2027 • Österreichs Industrieproduktion im Ländervergleich. Aktualisierung 2026 • Investitionspläne für 2026 zeigen allmähliche Bodenbildung an. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2025 • Schutzwälder in Österreich. Volkswirtschaftliche Bedeutung und Optionen zur Verbesserung der Governance

2/2026 Inflationsrate sinkt deutlich, doch Konjunktur ist bislang matt • Zögerliche Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen zu Jahresbeginn. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2026 • Europäische Industriepolitik im Wandel • Europäisches Bauwesen vor moderatem Aufschwung. Euroconstruct-Prognose bis 2028

3/2026 Geopolitische Unsicherheit belastet die Konjunktur • Europäische Wirtschaftspolitik 2025. Auf der Suche nach Lösungen für langfristige Strukturprobleme • Allmählich wieder mehr Produktneueinführungen und höhere Innovationsausgaben • Budgetkonsolidierung im österreichischen Bundesstaat

4/2026 Iran-Krieg gefährdet die Konjunkturerholung. Prognose für 2026 und 2027 • Mittelfristiges Wirtschaftswachstum bleibt aufgrund anhaltender struktureller Schwächen verhalten. Mittelfristige Prognose 2026 bis 2031 • Leichtes Wachstum löst Rezession ab. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2025 • Ende des Zinssenkungszyklus, zaghaftes Kreditwachstum und Hausse an den Börsen

5/2026 Auswirkungen des Iran-Krieges auf die Konjunktur bereits sichtbar • Energiepreisauftrieb infolge des Iran-Krieges drückt Konjunkturstimung. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2026 • Konjunkturlaute und Unsicherheit prägen weiter den österreichischen Arbeitsmarkt • Leichte Erholung in der Industrie bei schwachen Exporten und investitionsgetriebenen Importen. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2025

Präsident**Dr. Harald Mahrer****Vizepräsidentin****Renate Anderl**, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer**Vorstand****Mag. Jochen Danninger**, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich**Wolfgang Katzian**, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes**Georg Knill**, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie**Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Kocher**, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank**Anton Matile**, Landeshauptmann von Tirol**Kuratorium**

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Streb, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische Hagel-

Direktorium**Direktor:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD**Stellvertretende Direktor:innen:**

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittsch, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Katharina Drescher, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Marian Fink, Simon Finster, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Szergej Licsagin, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Sujata Pokhrel, Sebastian Poledna, Silvia Rocha-Akis, Simon Rütten, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Gayline Yuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehnfragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin**Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin**, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien**Josef Moosbrugger**, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich**Barbara Novak, MA**, Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien**Mag. Tobias Schweitzer**, Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell****Mag. Harald Waiglein, MSc**, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

versicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mBh, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Hendrik Mahlkow, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Birgit Niessner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Tobias Thomas, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Gabriel Haintz, Kathrin Hofmann, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Victoria Plöchl, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Stephan Schreml, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Christopher Arndt, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klotz, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Romana Löffner, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Doblhofer

